Zeitschrift: Das Konzept : die Monatszeitung
Herausgeber: Verband der Schweizerischen Studentenschaften VSS
Band: 9 (1980)
Heft: 9

Heft

Nutzungsbedingungen
Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Siehe Rechtliche Hinweise.

Conditions d'utilisation
L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. Voir Informations légales.

Terms of use
The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. See Legal notice.

Download PDF: 09.05.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

AZ 8006 Zürich Weinbergstr. 31, Tel. ☎ (01) 47 75 30 | 9. Jahrgang Auflage 32 000 | Nr. 9 September 1980 | 2 Fr.

das konzept

Essenslust

DIE MONATSZEITUNG

«Unzucht mit einem Kind» EIN PROZESS Seite 3

Mangelsdorff über: FREE JAZZ Seite 9

Isolation ist Folter HOCHSICHERHEITSTRAKT Seite 10

Streiks – ein Weg zum Sozialismus in Polen? Seite 11

INFOTHEKE Seite 8

Zürcher

Splitter

Aufgelesen mit Handschuhen

«Die Polizei setzte Tränengas, Wasserwerfer und Gummigeschosse gegen die Chaoten ein.» Der harmlos tönende Satz ist zur Gewohnheit der Nachrichtensprecher und folglich auch der Hörer und Seher geworden. Das Sehen ist dann einer jungen Frau vergangen, welche mit einer Gummigeschossverletzung am Auge in die Notfallstation eingeliefert werden musste (das Auge ist für immer blind). Und das Reden einem unbeteiligten Passanten, welchem ein Gummigeschoss die ganze obere Zahnreihe wegriss.

Weiteres zu Medien/Krawall Seiten 4–6

Die Bürgerwehr hat sich – auf Anregung der Sogenannten Volkspartei SVP – bereits formiert. An den Auseinandersetzungen übers erste Septemberwochenende tauchten sie auf, die ersten bewehrten Vaterlands- und Glasscheibenschützer. Zum Beispiel am Limmatquai. Ein massiger 35er geht gegen die Barrikadenbauer an. Zuerst mit harten Worten und Fäusten. Dann zückt er die Pistole. Fuchtelt damit wild in der Luft herum: «Haut ab, ihr Sausieche.» Auf Intervention eines Bedrohten beim zuständigen Polizeikommandanten wird der verhinderte Ordnungsheld abgeführt, von drei Zivilen, die in ihren abgewetzten Jeans, den etwas verlausten Haaren und dem unvermeidlichen Tüchlein um den Hals eben so aussehen, wie sich die Polizei den Durchschnittsdemonstranten vorstellt. Die drei Pseudo-Spontis jedenfalls hielten sich für so täuschend echt, dass sie ihrer Aufgabe, die an den Wasserwerfern ihrer uniformierten Kollegen vorbeiführte, äusserst ungern nachkamen. «Lasst mich in Ruhe, ich habe nur für Ordnung gesorgt», meinte der militante Bürgerwehrler bei seiner Festnahme. Der Fall soll juristisch verfolgt werden.

*

Mit dem «Hereinnehmen» war die Polizei diesmal nicht eben wählerisch. 338 Personen war der von Stadtpräsident Widmer an seinem geliebten Radio 24 stolz vorge-

Fortsetzung auf Seite 4

1. August 1980: Die Zufriedenen . . . . . und die Unzufriedenen

Bilder: Gertrud Vogler

«Blick» und «Züri-Leu» eröffnen:

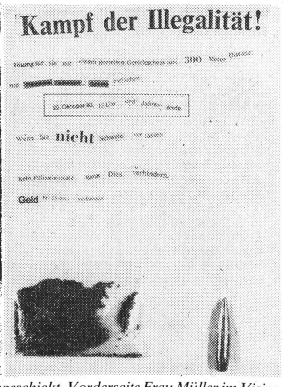
Jagdszenen in der Schweiz

Miriam Jamal Aldin*, bekannt durch ihren Fernsehauftritt als «Frau Müller», kann sich ihres Lebens nicht mehr sicher sein. Kaum ein Tag vergeht, ohne dass irgendein anonymer Anrufer oder Briefschreiber die vermeintliche «ausländische Agitatorin» mit Morddrohungen oder Schmähungen primitivster Art zum Verlassen unseres Landes auffordert. Die Nationale Aktion verteilt im Quartier Flugblätter, und ein bürgerlicher Parlamentarier macht Stimmung bei den Nachbarn gegen Miriam und ihre Freunde. Eine Geschichte nimmt ihren Lauf, die fatal an die Kommunistenverfolgung von 1956 erinnert.

Angefangen hat die ganze Kampagne gegen «Frau Müller», als die Polizei Name und Adresse der Jugendsprecherin der Zürcher Tagespresse zuspielte. Die Polizeiinformation war jedoch falsch. Aufgrund einer Verwechslung gelangten

Fortsetzung auf Seite 4

*Vorname von der Redaktion geändert



Kampf der Illegalität!

Dieser Brief wurde Frau Müller anonym zugeschickt. Vorderseite Frau Müller im Visier. Rückseite: «Tötung für sie mit einem gezielten Genickschuss aus 300 Meter Distanz mit Präzisions-Zielfernrohr-Gewehr zwischen 25. Oktober 80 12 Uhr und Jahresende. Wenn Sie nicht Schweiz verlassen, kein Polizeieinsatz kann Dies verhindern. Geld Fr. 25 000.– vorhanden.» Dazu: Original-Schwarzpulver und -Geschoss.

Der Angriff auf die SRG hat wirtschaftliche Gründe

Das Telsat-Projekt

Von Jürg Frischknecht

Wirtschaftskreise, denen die «zu grosse» Meinungsvielfalt bei Radio und Fernsehen schon lange ein Dorn im Auge war, wollen auch nicht länger hinnehmen, dass ihnen bei diesen Medien saftige Gewinne durch die Latten gehen. Das grosse Geschäft heisst: Telsat. Das Projekt, dem es völlig an inhaltlicher Programmkonzeption mangelt, soll in kürzester Zeit durchgeboxt werden.

Hinter dem Namen Telsat AG verbirgt sich das ehrgeizigste Medienprojekt, von dem die Schweiz je gehört hat. Eine Aktiengesellschaft (später 55 Prozent schweizerisches und 45 Prozent britisches Kapital) beansprucht sämtliche fünf Satellitenkanäle, die der Schweiz zustehen. Mit Investitionen und jährlichen Betriebskosten von je gegen 400 Millionen Franken sollen ab 1984 fünfzig Millionen europäische Haushaltungen mit einem deutschen, einem französischen und einem italienischen TV-Programm beglückt werden. In den Studios im Raum Basel sollen mehrere tausend Mitarbeiter beschäftigt werden. Die Initianten hoffen auf Werbeeinnahmen von 270 bis 510 Millionen Franken. Als schweizerische Wortführer des Projekts sind vorläufig Zeitungsverlage ins Rampenlicht getreten. Präsident ist der «La Suisse»-Verleger *Jean Claude Nicole*, Vizepräsident *Josef Jäger*, Direktor des erzbürgerlichen, von der Wirtschaft mitausgehaltenen Artikeldienstes *spk* (Schweizerische Politische Korrespondenz). Welche Interessenten noch aus der Telsat-Wundertüte steigen werden (Banken, Grossfirmen, vor allem aus der Elektronikbranche, usw.), ist völlig ungewiss. Anfang Juni ist im Departement Schlumpf das Konzessionsgesuch der Telsat AG eingetroffen. Bis Ende Oktober läuft die Vernehmlassung bei den interessierten Kreisen.

Medienpolitische Wende

Telsat ist zweifellos das gewichtigste, aber nicht das einzige Medienprojekt, das eine medienpolitische Wende signalisiert. Noch Ende der siebziger Jahre war die traditionelle Arbeitsteilung im Medienbereich kaum bestritten: Auf der einen Seite die privatwirtschaftliche Presse mit strukturell bedingter bürgerlicher Schlagseite, auf der andern Seite die elektronischen Medien Radio und Fernsehen, die auf eine politische Meinungsvielfalt verpflichtet und ausdrücklich den Profitmechanismen entzogen sind – bislang. In den achtziger Jahren wird sich das möglicherweise gründlich ändern. Die Geschäftemacher in der Medienbranche und ausserhalb sehen nicht länger ein, weshalb nicht auch Radio und Fernsehen Profit abwerfen sollen. Die technische Entwicklung (mehr UKW-Frequenzen, fünf Satellitenkanäle pro Land) kommt solchen Gelüsten entgegen. Während die privatwirtschaftliche Struktur der Presse höchstens am Rande in Frage gestellt wird (zum Beispiel von der Schweizerischen Journalisten-Union), blasen die Kommerzler zum Sturmangriff auf Radio und Fernsehen.

Am bisherigen Zustand stört diese Kreise nicht nur die fehlende Profitmöglichkeit, sondern auch der pluralistische Auftrag der Monopolmedien. Weil sie das einseitige Pressespektrum als Massstab nehmen, verteufeln sie die Programme der Schweizerischen Radio- und Fernsehgesellschaft (SRG) als linkslastig – und das wollen sie ändern. Wenn aber Radio und Fernsehen der SRG ihren Auftrag nach Meinungsvielfalt nachkommen wollen, so müssen sie «linkslastiger» sein als die einseitig bürgerliche Presse, in der eine beträchtliche Bandbreite des politischen Spektrums nicht oder kaum mehr vertreten ist.

Jugendunruhen – Das Brokdorf der Schweiz

So wie in der BRD die TV-Berichterstattung über die Bürgeraktionen auf dem AKW-Gelände in Brokdorf für die CDU der willkommene Anlass war, dem öffentlichrechtlichen NDR an den Karren zu fahren und kommerzielle Stationen zu fordern, so schlachten hiesige Medienpolitiker die Radio- und Fernsehberichterstattung über die Zürcher Jugendbewegung hemmungslos für ihre medienpolitischen Absichten aus. Ein Schulbeispiel lieferte der Zürcher Stadtpräsident Sigmund Widmer: Eine Woche nach den ersten Krawallen lokalisierte er Schuld und Ursache bei Familie (Erziehung) und Medien. Die Familien, die ja auch seine Wähler sind, liess er später aus dem Spiel, die Schuld fiel nur noch *«den Massenmedien»* zu. In der denkwürdigen medienkritischen Sendung vom 14. Juli (vgl. «Die verzerrte Welt des Sigmund Widmer» auf den S. 5/6) schloss Widmer die Presse plötzlich ausdrücklich von seiner Kritik aus, um dafür um so undifferenzierter und demagogischer auf die SRG zu schiessen. Eine Woche später liess er die Katze vollends aus dem Sack: In ganzseitigen Inseraten warb Widmers Landesring für die Anti-SRG-Initiative. Nicht immer sind die Verfechter eines privatisierten Rundfunks derart offen beim Kochen ihres medienpolitischen Süppchens zu ertappen.

Im Gegensatz zur BRD ist in der Schweiz die medienpolitische Meinungsbildung erst in Gang gekommen. Im Moment verfügt einzig die SP über ein aktuelles und umfangreiches Medienkonzept (vor zehn Jahren konnte die CVP diese Pionierrolle für sich in Anspruch nehmen – die dynamische Mitte lässt grüssen). Den andern Parteien steht diese Arbeit noch bevor. Dass die Medienpolitik von den bürgerlichen Parteien nicht besonders gepflegt wurde, hat zweierlei Gründe. Erstens konnten diese Gruppen mit dem Ist-Zustand einigermassen zufrieden sein, und zweitens sind die Parteistrategen der Meinung, für das Mobilisieren des Stimm- und Wahlviehs gebe es bessere Themen als Medienpolitik.

«Weniger Medienpolitik, mehr Wirtschaftsfreiheit»

Nicht alle Interessengruppen sind dem medienpolitischen Fanklub zuzurechnen. Während sich einzelne Parteien und

Fortsetzung auf Seite 5

INSERAT

EUROTRAIN

Fahren im Zug.
Sparen im Zug.

- bis zu 50%
- bis 26 Jahre
- 280 Destinationen in 23 Ländern

Verlang den Sonderprospekt mit allen Preisen! Tel. 01/242 30 00

SSR-Reisen
Postfach, 8023 Zürich

echo

Das totale Interview des Monats

Luftig, leicht und unvernebelt
*Diesmal mit der totalen Redaktion**

das konzept: Das geheimnisumwobene, mit viel Spannung ersehnte Magazin ist da . . .

Die totale Redaktion: . . . wir wollen unsere Unzufiedenheit nicht länger verschweigen.

dk: Es gibt keine allgemeinverständliche Zeitung mehr?

Die totale Redaktion: Jeder von uns braucht Spontaneität und phantastische Kreativität, die an übergeschnappte Unverständlichkeit grenzt.

dk: So viele sind ja heute unbefiedigt und enttäuscht, ersticken an der Negativität.

Die totale Redaktion: Wir lassen das lustvolle Schöne nicht verkümmern.

dk: Ihr wollt nicht nur versauern. Was wollt ihr sonst noch?

Die totale Redaktion: Wir wollen zur Erheiterung der Gemüter beitragen und haben deshalb den Sprung ins kalte Wasser gewagt.

dk: Da fällt aber auch eine Zeitung leicht den üblichen Krankheiten anheim.

Die totale Redaktion: Wir wollen uns die Unbehaglichkeiten, die sich bis in unsere intimsten Lebensbereiche auswirken, nicht täglich neu angewöhnen, wir sind offen für Kritik.

dk: Habt ihr deshalb in jeder Nummer viel Platz für Phantasievolles, für lebensnahen Galgen- und anderen Humor reserviert?

Die totale Redaktion: Ja. Unser redaktioneller Leitspruch heisst: «Witz komm heraus. Du bist umzingelt.»

* Vielleicht haben wir nicht alles ganz richtig mitbekommen, aber es steht zum Glück und zur Sicherheit wortwörtlich (und inkl. Fehlern) auch noch auf Seite 3 des totalen Magazins «smog».

«Dich haben sie, mich wollen sie»

«Unterschiede im Leben des Walter S. und des Kurt F.», von Walter Stürm, in «das konzept» Nr. 7/8 1980. Der folgende Text ist ein leicht gekürzter Brief an Walter Stürm.

Lieber Walter,
Mach weiter so und lass Dich ja nicht unterkriegen von diesen Typen, die nur ein Anliegen haben: menschliche Regungen abzutöten, notfalls mit Gewalt wie bei Dir. Du hast mir mit Deinem Brief an Kurt F. aus dem Herzen gesprochen, obwohl ich nur einige Male im Gefängnis war und nur einmal zu streiken hatte, damit wieder Ruhe einkehrte. So, wie's bei Euch einige Kategorien von Gefangenen gibt, so gibt's halt bei uns draussen auch einige Kategorien. Ich denke hier jetzt an die Bescholtenen und Geächteten, denen laufend die Gefahr droht, eingelocht, bevormundet und sonstwie entrechtet zu werden.

Weil ich kein Schläger, Alkoholiker, Einbrecher oder dergleichen bin, fehlt meinen lieben Mitbürgern laufend ein plausibler Grund, mich endgültig und für immer zu versenken. Und weil es sie gottsjämmerlich ärgert, dass ich immer noch frei herumlaufe, suchen sie halt seit 15 Jahren sonstige Gründe, aber erfolglos. Ich habe auch so meine Erfahrungen gemacht, wie man in der Schweiz jemanden, der nicht nach des Oberen Pfeife zu tanzen gedenkt, fertigmachen kann und will. Ich gehöre nicht zu jenen Fürsorgefällen, die sich dank der Fürsorge gesundstossen konnten, und ich gehöre auch nicht zu jenen, die man abgeschrieben hat, weil es für sie keine Rettung mehr gibt. Ich gehöre zur dritten Kategorie, zur Kategorie der Politischen, denen anders nicht beizukommen ist als mit permanenter Zerstörung des Lebens und der Umgebung. Zwischen Deinen Vorgesetzten in Pfäffikon und meinen Vorgesetzten in der Fürsorge besteht ja nur der Unterschied, dass sie Dich schon haben, während sie mich erst noch kriegen wollen, weil ich als frei herumlaufender Bürger zu viele Umtriebe und Sorgen bereite.

Weisst Du, ich bin niemand mehr. Ich bin noch gut genug, um ins nächstbeste Arbeitslager versorgt zu werden. Ich werde Dir nur auf Deinen ausdrücklichen Wunsch hin mein 40jähriges Leben schildern, obwohl Du nichts Neues erfahren wirst, denn meine 40 Jahre sind die Jahre von x-Tausenden: gewöhnlicher als das Leben von Hunden und verschissener als jenes von Sklaven. Du hast es mit der Justiz zu tun und mit all jenen, von Deinem Zuchthausdirektor bis oben hin zu Kurt F. Mit mir weiss die Justiz als hoffnungslosem Fall nichts mehr anzufangen. Das braucht sie eigentlich auch gar nicht, denn die Machthaber im Fürsorgewesen Biel sind nicht schlechter als jene vielleicht in Zürich, Basel oder anderswo. Die Fürsorge hat immer recht – so wie die Justiz auch, und mir gehen diese Leute schon so auf die Nerven, dass ich kaum mehr mit ihnen reden mag.

Du musst ausharren, denn sie sind es allesamt gewohnt, Sieger und Herrscher zu sein über alles, was da fliegt, geht und kreucht, und sie kriegen Zustände, wenn es nicht mehr geht. Sie lassen ihre Wut zwar an ihren Kindern und Frauen aus oder bestrafen den nächsten Fall um so härter, damit sie ihre Frustrationen und Gelüste befriedigen können.

Du klebst Papiertüten. Ich habe einmal einem Hilfssheriff im Bieler Amtshaus den Garten gejätet, weil er selber zu faul war und lieber mit seinem Karabiner irgendwohin üben ging. Du hast Dich mit einem Hungerstreik gegen die Bestien gewehrt – ich habe einmal im Bieler Amtshaus einen Arbeitsstreik gemacht, weil der Kleine die Post meiner Freundin beschlagnahmte, in der Hoffnung, einen tollen Liebesbrief und Hinweise auf Sexuelles zu vernehmen. Ich habe immer Blechnäpfe abgewaschen und Böden und Gänge gefegt, und wenn ich aus dem Amtshaus kam, glaubten meine Freunde immer, ich käme aus den Ferien zurück, so braun war ich. Du musst wissen, dass ich immer im Frühjahr hingegangen bin, weil drei Wolldecken des Nachts zwar warm geben, aber zu schwer auf den Füssen liegen.

Wenn ich höre, dass Du aus irgendwelchen Gründen entlassen bist, dann gehe ich mit irgendwem irgendwohin feiern. Denk daran, wenn sie wieder kommen, mit den Schlüsseln rasseln und das Essen durch die Luke reichen: die können gar nicht anders, und reden hilft meistens auch nichts mehr.

Mit solidarischen und verständnisvollen Grüssen
B. S., Biel

Zu ernst genommen

«Lungen- und andere Brötchen», Leserbrief von H. Frei in «das konzept» Nr. 7, 8/80.

Im Leserbrief von H. Frei steht folgender Satz: *«Trotz staatlicher Subventionierung der Maoisten, der ‹Oktober›- und ‹offensiv›-Leute war dies» (die Verbesserung des Klimas des Wehrwillens an der Uni Zürich) «bisher nicht so recht gelungen.»*

Ich finde, das ist vielleicht ein kleiner, aber immerhin recht dicker Hund. Die «Oktober»- und «offensiv»-Leute nehmen für sich in Anspruch, Kommunisten, Marxisten-Leninisten, Revolutionäre usw. zu sein; unter staaolicher Subventionierung muss aber wohl finanzielle Unterstützung durch den angeblichen Gegner verstanden werden, was sich unmöglich mit diesen Ansprüchen verträgt. Es scheint mir in jedem Fall falsch, eine solche Mitteilung so unauffällig untergebracht und unkommentiert zu übernehmen:

Entweder H. Freis Behauptung ist wahr; dann würde es sich wohl lohnen, solchen angeblichen Revolutionären die Maske in aller Öffentlichkeit herunterzureissen, sie aufgrund unwiderleglicher Tatsachen ein für allemal zu diskreditieren.

Oder aber diese Behauptung ist falsch, und H. Frei hat keine Beweise dafür; dann wäre das ja wohl der schüchterne Versuch eines «Rufmords» an «Oktober»- und «offensiv»-Leuten, was nicht nur moralisch-politisch, sondern unter Umständen strafrechtlich zu verurteilen wäre.

Christian von Arx, Schönenwerd

Wir haben den Verfasser des Leserbriefs, H. Frei, gebeten, Stellung zu nehmen:

Mein ganzer Leserbrief war in einem bösartig-ironischen Ton gehalten: Angefangen bei der «Gauloise-Reklame» bis hin zu den «Drogen-Waffen-Werbe-Fritzen». Der Brief von Christian von Arx zeigt, dass man die bösen Spässe ernst nehmen konnte. Dies tut mir leid, denn dadurch habe ich die engagierten Leute dieser Zeitschriften in ein schiefes Licht gebracht. Gerade die Zeitschrift «Oktober» bringt immer wieder lesenswerte Artikel.

H. Frei

HINTERGRUND

«konzept»-Artikel sind keine Eintagsfliegen. Deshalb weisen wir an dieser Stelle auf frühere «konzept»-Berichte hin, welche Hintergrundinformationen für wichtige aktuelle Fragen bieten. Die Nummern sind bei der Administration gegen 2 Fr. in Briefmarken erhältlich. «das konzept», Weinbergstr. 31, 8006 Zürich.

Ehrlose Linke

Ehre, wem Ehre gebührt – mit dieser volksdümmlichen Weisheit scheinen sich die bürgerlichen Juristen seit kurzem zu begnügen, wenn es um den Art. 28 ZGB (Persönlichkeitsverletzung) geht. Der *politische* Entscheid, wer den Ehrbaren noch zuzurechnen sei und wer nicht, ersetzt da offenbar das mühsame juristische Geschäft der Wahrheits- und Gerechtigkeitssuche. In den acht Fällen von Persönlichkeitsverletzungsprozessen, die das Demokratische Manifest vor kurzem dokumentiert hat, ist jedenfalls ein durchgehender Grundtenor auszumachen: Die Kläger werden als «Linksaussen» eingestuft, ihre Persönlichkeit ist also schon von daher so tief einzuschätzen, dass sie durch kleine Unwahrheiten von seiten der Beklagten (in vier Fällen Cincera, zweimal Trumpf-Buur-Inserate, einmal FDP) nicht weiter beschädigt werden kann. Wohlgemerkt: Es geht in allen acht erwähnten Fällen um *faktische Irrtümer* (Namensverwechslung, Adressenkoinzidenz als «Identitätsbeweis», unzutreffende Behauptung betreffend die Zugehörigkeit zu politischen Organisationen . . .) und *nicht um Werturteile* in der politischen Auseinandersetzung. Es ist auch Linken klar, dass sich politische Gegner allerhand Schlötterlige austeilen können, bis der Kadi einschreitet. Zwischen einem wutentbrannten Schimpfwort und dem Verbreiten von auch vom Gericht als unwahr bezeichneten politischen Verbindungen sollte aber bei funktionierender Gewaltentrennung doch ein Unterschied gemacht werden, würde man meinen. Besonders da für die Linken solche «Ungenauigkeiten» sehr schnell zu präzisen Reaktionen bei Anstellungsverträgen etwa führen. Bereits im September 1978 titelte «das konzept»: «Linke sind vogelfrei» und fragte dann im Januar 1979 nach: «Schützt das Gericht stille Berufsverbote?» Die (vorläufige) Antwort heisst offenbar: ja.

AUSGELESENES

Es gibt ja auch, wie man weiss, die andere Jugend, die richtige, die Jugend, die Jugend genannt zu werden verdient. Beweis: Im Schindlergut in Zürich, dem von der überaus tatkräftigen Zürcher Polizei vollständig gesäuberten ehemaligen Jugendhaus, ist eine Disco eröffnet worden:

«Die persönliche Inneneinrichtung des Discoclubs wird dem vornehmen Charakter des Hauses – ehemals eine geschmackvolle Herrenvilla – völlig gerecht . . . Der kühle Drink aus dem Eisschrank und der heisse Sound . . .»

Meet you there!

* Presseinfo der Discoleitung.

*

Wenn die Schweiz kein Musterstaat ist! Da steht doch noch am feierlichsten aller Feiertage, am 1. August, ein mündiger Bürger mit dem sinnigen Namen von Rotz auf, um seine demokratischen Pflichten bzw. Rechte wahrzunehmen. In Form eines als Petition verfassten Gegen-Gegenvorschlags zu Gleichberechtigungsinitiative und -gegenvorschlag:

«Die Wiederherstellung der Frau als Persönlichkeit der Gleichberechtigung mit dem Manne darf nicht mit einer Ungleich-Verpflichtung, -Verantwortung usw. zum Nachteil des Mannes verbunden werden durch absichtliches, perfides Weglassen (eines Gleichverpflichtungsartikels; die Red.), sondern muss mit den neuen Rechten gekoppelt werden, oder es ist nie mehr nachzuholen möglich gemacht, weil die Frauen demokratisch Stimmen-Mehrheit haben und Pflichten ohnehin scheuen wie die Katze das Wasser.»

Wenn's nur nicht so *viele* Kater wären, die das Erstarken der Frauen fürchten wie die Kastration am eigenen Leibe . . .

* A. von Rotz. Eigenverlag, 1. August 1980

*

Boliviens Putschgeneräle werden international isoliert. Die Gründe dafür liegen nicht *«in den anhaltenden Verstössen gegen die Menschenrechte, in organisierten Liquidationen politischer Gegner. Unter solchen unschönen Auspizien hatten früher auch andere Militärregierungen Lateinamerikas die Staatsgewalt an sich gerissen.»*

Liquidation von Gegnern ist unschön. Es gibt Schöneres:

«Vielmehr lässt sich heute nicht mehr verkennen, dass die Motive der Putschisten um General García Meza weniger ideologischer, antikommunistischer und damit politisch vertretbarer Art gewesen sind. . . . .»

Am Schönsten ist die Liquidation von Kommunisten.

* Christoph Mühlemann in der «NZZ» vom 23./24. August 1980

*

Vielen fällt ja der Berufswechsel nicht gerade leicht, psychisch, vor allem wenn eine grössere Umstellung verlangt wird. Andere schaffen das spielend:

«Der Ruf nach einer sogenannten gerechteren Besteuerung der Banken wäre dann berechtigt, wenn diese bis anhin gegenüber anderen Unternehmungen bevorzugt worden wären. Da dies in keiner Weise der Fall ist, hätte eine zusätzliche Belastung den Charakter einer diskriminierenden Sondersteuer.»

Vor drei Jahren noch hatte der, der solches sagte, die Sondersteuer für Konsumenten, die Mehrwertsteuer, mit Redefeuer vertreten als «gerecht, sozial und verantwortbar». Aber damals war er halt noch Bundesrat, während er heute Verwaltungsratspräsident der Schweizerischen Volksbank ist. Oder die Konsumenten waren anderen Unternehmungen gegenüber bevorzugt?

* Ernst Brugger an der Generalversammlung der Schweizerischen Volksbank 1980.

Schaffe, Schaffe!

Dann reicht's auch für ein Abonnement auf **das konzept**

«das konzept», Jahresabonnement 20 Fr., Ausland 26 Fr. Aus technischen Gründen laufen die Abonnemente stets bis Ende Jahr.

Ich bestelle ein Abonnement «das konzept» (Zutreffendes ankreuzen)
☐ *Oktober 80–Dezember 81 für 26 Fr. (Ausland 32 Fr.)*
☐ ***Unterstützungsabonnement (doppelter Betrag)***
☐ *Geschenkabonnement (Name des Beschenkten hier eintragen, Adresse für Rechnung auf Zeitungsrand)*

Name, Vorname:

Adresse: *PLZ, Ort*

Beruf: *Datum:* *dk 9/80*

Talon einsenden an: ***«das konzept», Weinbergstr. 31, 8006 Zürich***

Unser Briefkasten für Ahnungslose

Lieber Onkel Adolar!

Lieber Herr *Fr.* aus *Ick.* Mein Gott, jetzt jammern Sie doch nicht so über die paar blauen Flecken, die sie als «unbeteiligter Passant» bei den Auseinandersetzungen der Polizei mit den Demonstranten am letzten Augustwochenende abbekommen haben. Ja sehen Sie denn eigentlich nicht ein, dass Ihnen Gelegenheit geboten wurde, die Polizei, das unbekannte Wesen, mal aus nächster Nähe kennenzulernen: Damit die Zürcher nicht mehr über die Hüter der Ordnung weinen müssen, treten sie jetzt nicht mehr via Tränengaskontakt an die Bevölkerung heran, sondern mittels «Knüppelkontakt». Sollten sich einige Starrköpfe immer noch weigern, die Polizei zu lieben, werden die Polizisten – wie mir von zuständiger Stelle bestätigt wurde – nicht vor dem letzten Schritt zurückschrekken und auf Körperkontakt umstellen.

*

Es zeugt nicht gerade von Ihrer staatsbürgerlichen Mündigkeit, Herr *Kt. Z.*, wenn Sie jetzt meinen, zusammen mit ein paar (linken!) Zürcher Kantonsräten auf dem ehemaligen Gesundheitsdirektor Bürgi herumhacken zu müssen, bloss weil dieser seinem Freund Cincera ein paar Unterlagen über die Lernschwester R. Sp. zugestellt hatte. Bürgi konnte sich doch darauf verlassen und wusste es auch, dass sein Kumpan die Informationen sorgfältig behandelt, damit sie nicht verlorengehen. Und noch etwas: Was sollte denn der Vertrauensmann Cincera dafür können, dass die Lernschwester für den Pflegeberuf ungeeignet ist und entlassen werden musste? Mir scheint, Sie wollen da zusammen mit einer fragwürdigen Radiosendung (das sind wir ja schon gewohnt!) miese Stimmung machen. Mit mir nicht.

*

Seien Sie doch ein bisschen beweglicher, liebe Frau *V. C.* in *S.*, dann kommen Sie schnell zur Einsicht, dass es gar nichts schadet, wenn wir ein bisschen schneller als mit «generell 50» durch die Städte flitzen können. Erstens sind wir dann viel schneller am Ziel, zweitens hält ein zügiges Verkehrsgeschehen die Fussgänger rüstig, weil sie sich ein bisschen rassiger bewegen müssen, und drittens wird so die natürliche Selektion unserer rasanten Zeit nicht gefährdet: Wer bei dem Tempo nicht mitkommt, findet ewige Ruhe. (Einen Gruss Ihrem in der Autobranche tätigen Herrn Schwager: Mit «generell 50» hat die Zahl der Unfälle ja um 27 Prozent abgenommen, hoffentlich nicht auch sein Umsatz.)

DM sucht 6516.50 Franken

(dmb) Das Demokratische Manifest appelliert an alle, die seinerzeit das Auffliegenlassen von Cinceras Denunziokratie wichtig und richtig fanden, mitzuhelfen, ein Loch im DM-Prozessfonds von 6516.50 Franken zu stopfen.

Anfang 1977 denunzierte Ernst Cincera in seinem Buch sechs DM-Ausschussmitglieder unter Nennung der vollen Namen und Berufe, beim Einbruch in sein Archiv durch Schmierestehen oder als Chauffeur beteiligt gewesen zu sein. Die sechs hatten mit dem Einbruch nachweislich nichts zu tun – andernfalls wären sie ja wegen Mittäterschaft verurteilt worden. Für das DM war es damals eine selbstverständliche Solidarität, die sechs Ausschussmitglieder in ihrer Klage gegen Cinceras Diffamierung zu unterstützen. Allzu deutlich zielte diese gegen die berufliche Existenz. Die konsultierten Juristen waren sich damals einig: Aufgrund der Gerichtspraxis war nicht daran zu zweifeln, dass Cinceras Unwahrheit als persönlichkeitsverletzend eingestuft würde. Nun – die Gerichte haben ihre Praxis inzwischen den politischen Verhältnissen angepasst (vgl. den Artikel «Ehrlose Linke»).

Spenden können einbezahlt werden auf das PC-Konto 80-48476, DM Zürich, Vermerk Prozessfonds. Vielen Dank!

das konzept

Redaktion: Marianne Fehr, Fredi Hänni (Bern), Georg Hodel, Ruedi Küng, Liselotte Suter, Daniel Wiener (Basel).

Redaktion und Administration: Weinbergstrasse 31, CH-8006 Zürich, Schweiz. Telefon ✆ (01) 47 75 30. PC-Konto 80-37626.

Redaktionsstelle Bern: Postfach 1351, CH-3001 Bern, Tel. (031) 25 88 05

Redaktionsstelle Basel: D. Wiener, Postfach, CH-4001 Basel, Tel. (061) 22 41 41.

Nachdruck nach vorheriger Absprache mit der Redaktion und mit Quellenangabe gestattet. Für unverlangt zugesandte Unterlagen kann keine Verantwortung übernommen werden.

Herausgeber: Verein «das konzept» (Mitglieder: Verband der Schweizerischen Studentenschaften, Verband der Studierenden an der ETHZ, Verband Studierender an der Uni Zürich).

Erscheinungsweise: Monatlich an allen Hochschulen, Techniken, Lehrerseminaren, Musikkonservatorien, Höheren Wirtschafts- und Verwaltungsschulen und Schulen für Sozialarbeit der deutschen Schweiz sowie am Kiosk. Auflage 32 000.

Abonnemente: pro Jahr 20 Fr. (Ausl. 26 Fr.), PC-Konto 80-37626

Inserate: Inseratenverwaltung «das konzept», Weinbergstrasse 31, CH-8006 Zürich.
Tel. ✆ (01) 47 75 30, PC-Konto 80-36651
1-sp-mm-Zeile (27 mm) –.68 Fr. Gültiger Tarif Nr. 81

Druck und Versand: Tages-Anzeiger, Zürich

Redaktionsschluss: Nr. 10/80: 29. 9. 80
Inserateschluss: Nr. 10/80: 2. 10. 80

«Unzucht mit einem Kind»

EIN PROZESS

Aus der Sicht des Angeklagten*

Am 10. 3. 1980 habe ich vor dem Strafamtsgericht stehen müssen. Der Vater von E. klagte mich wegen «Unzucht mit einem Kind» an. Sein Sohn war etwas über fünfzehn, etwas grösser als ich; – man würde ihn älter als fünfzehn schätzen. Der Vater dachte, ich hätte seinen Sohn vergewaltigt, verführt. Nun scheint es, dass die Familie nicht nur mich zerstört, sondern auch E. einen psychischen Schaden zufügt. Ich weiss, dass E. diesen Kontakt gesucht hat. Der Polizei sagte er jedoch, dass er alles aus Angst vor mir über sich ergehen liess.

Der Gerichtspräsident Sch. scheint total schwulenfeindlich eingestellt zu sein. Der Gerichtspräsident hat selber Kinder. Heisst das Verständnis oder Unglück für mich? Er ist sachlich, trocken, aber nervös und unruhig. E. ist nicht zur Hauptverhandlung erschienen. Der Richter glaubte, es könnte dem fünfzehnjährigen Kind noch mehr Schaden zufügen. Oder hat E. sich für sein lügenhaftes, ihn freisprechendes Verhalten, seine ihn entschuldigenden Anschuldigungen doch noch geschämt?

Nicht immer verstehe ich die Fragen des Gerichtspräsidenten. Er fragt schnell. Es scheint, als wisse er die Antworten zum voraus, als interessierten sie ihn gar nicht. Der Gerichtspräsident verwirrt mich. Die (geschworenen) Laienrichter sitzen zuerst ruhig da. Die zwei Frauen glotzen mich an. Auch zwei untersetzte Männer sind als Laienrichter da. Sie sollten nichts von meinem Fall zum voraus wissen, sondern sollen alles der Reihe nach von mir und dem Richter erfahren. Auch ein Gerichtsschreiber ist da. Im Halbkreis sitzen sie, ich in der Mitte, und ich werde wie ein exotisches Tier von allen angeschaut. Die Laienrichter nehmen sich nicht einmal die Mühe, ihre Empörung zu verbergen.

Für mich ist der Fall klar: Hier bist du abgeschrieben. Ein Ausländer, noch dazu schwul. Du hast nicht geklaut, nicht gemordet, nicht vergewaltigt. Aber für diese Leute bin ich bereits verurteilt.

Der Gerichtspräsident brummt schnell meine Daten vor sich hin. Da mein Lebenslauf nichts zum Fall zu sagen hat, blättern die Laienrichter in den ihnen vorgelegten Papieren. Das ist wahrscheinlich die Praxis so. Es sieht eingespielt aus: Ein Gerichtsteam, das über ein Menschenschicksal zu entscheiden hat.

* * *

Ich dachte an meine Kindheit. Ich wuchs in Heimen und Erziehungsanstalten, hinter Gittern versorgt, auf.

Ich sehe wieder E., wie er mir entgegenkam. Kein Schein von Ablehnung, nur ungeheure Neugierde und Drang nach Befriedigung. Das war kein Kind vor mir. E. wusste genau, was er wollte. Auf meine eigene Befriedigung verzichtete ich. Ich begriff, dass E. nur sich selbst sah.

Ich habe, subjektiv gesehen, nichts Kriminelles getan und deswegen von Anfang an zugegeben, was geschehen war. Ich konnte nicht den leisesten Schatten einer kriminellen Handlung an unserem Erlebnis entdecken. Ich wurde depressiv. Ich konnte nicht mehr Bücher lesen, nicht mehr studieren. Ich fing an, Schuldgefühle zu entwickeln. Ich betrank mich. Ich flüchtete mich in harte physische Arbeit: Monatelang arbeitete ich nachts auf der Post, vormittags schlief ich, und nachmittags unterrichtete ich an meiner Sportschule. Auch samstags unterrichtete ich, sonntags grübelte ich und betrank mich. Mein Leben hatte sich plötzlich verändert. Ich wollte mich umbringen. Ich suchte nach meiner Schuld. Ich suchte und suchte und fand es nicht heraus.

* * *

Gerichtspräsident Sch. wird böse. Seine Hände rasen durch die Luft. Doch er schreit nicht. Ich habe seine Frage wirklich nicht verstanden. Er wird ungeduldig und trotzig.

* * *

Als kleine Kinder haben wir schon hart arbeiten müssen. Für jede Kleinigkeit gab es Schläge, oft auch mit dem Gummikabel. Wir waren während unserer ganzen Kindheit physischen und psychischen Repressalien ausgesetzt. Tausendmal haben wir im versteckten, in einer dunklen Ecke, unter Angst unsere früh geweckten sexuellen Gefühle befriedigt. Wenn man uns dabei erwischte, wurden beide Partner dafür zusammengeprügelt. Da hatte man sich nackt ausziehen müssen, und dann sausten die Knüppel der Erzieherinnen oder Erzieher los. Einmal wurde auch ich, als ich mit einem Jungen angezogen am Boden herumbalgte, erwischt. Am Tag darauf hat mich Direktor R. aus der Dusche geholt. Ich zitterte vor Angst. Er riss mir das Handtuch vom Körper. Beide Türen schloss er ab und nahm den Schlüssel an sich. Ich konnte nicht davonlaufen. Ich stand nackt da und bebte, aber ich bettelte nicht. «Über den Tisch beugen», befahl er mit Hass in den Augen. Ich konnte jedoch kein Glied bewegen, ich stand fassungslos da. Da nahm er den Gummiknüppel aus dem Tisch und schlug schreiend kräftig zu. «Du schwule Sau, du Sauhund, wir schlagen es dir schon aus dem Leib . . .» Meine Hoden schwollen gross an, ich pisste lange schmerzhaft, Urin mit Blut gemischt. Monatelang ging ich leblos und teilnahmslos, wie ein Nachtwandler, durch das Haus. Und doch; trotz diesen massiven Repressalien, kamen diese unerlaubten sexuellen Abenteuer, wenngleich unter ständiger Angst, entdeckt zu werden, stets zustande. Meist im Schmutz im Kesselraum oder nach der gewohnten Mitternachtskontrolle.

* * *

Ich denke an E. Als ich die Erektion seines Gliedes sah, ohne ihn vorher berührt zu haben, war ich verwirrt. Er schaute mich sanft an. Es lag Erwartung in ihm. «Hast du schon dergleichen Erfahrungen?» fragte ich ihn. Er bejahte.

* * *

«Sie sind ja Sportlehrer. Machen Sie es mit andern Kindern auch so? Laden Sie jeden zu sich nach Hause ein?» fragt mich aggressiv der Gerichtspräsident. Ich sehe seine kleine spitze Nase, das hervorstehende Kinn, seine durch die dicke Brille mich verabscheuend anglotzenden Augen. Ich kann diesem Mann sagen, was ich will, er legt es beliebig aus. Ich spüre seine Eigensinnigkeit, seinen Willen, mich hereinzulegen. Diese Schnelligkeit des ganzen Verfahrens. Und plötzlich entdecke ich seine grosse Ähnlichkeit mit den Anstaltsleitern meiner Jugend. Die gleiche Ungeduld, der Hass gegen die Schwulen, den er da offenbart, das Nicht-zu-Wort-kommen-Lassen, den Anspruch auf alleiniges Recht, die abschätzige Behandlung, die grosse Verachtung. Auch ohne den Gummiknüppel erkannte ich in ihm den Direktor R. Er schlägt mich nicht mit dem Gummiknüppel, aber zertritt meine Gefühle, er zerstört das Höchste – die Menschlichkeit. Diese Menschen, die abgestumpft nur noch ihre Paragraphen sehen . . .

Der Gerichtspräsident versucht, das psychiatrische Gutachten ins Lächerliche zu ziehen. Er ist scheinbar ein besserer Psychiater als ein studierter Oberarzt, ein Fachmann. Er, der Herr Gerichtspräsident, kann offenbar innerhalb der drei Stunden der Gerichtsverhandlung, in denen er fast ausschliesslich das Wort hat, in denen er einfach die Akten vergleicht, in denen der eingeschüchterte Angeklagte kaum ein Frage zu beantworten hat, die Persönlichkeit und Psyche des noch nicht verurteilten Angeklagten einfühlend erkennen.

Er liest die Angaben über meine Person so schnell, durch die Lippen gepresst, dass ich fast nichts verstehe. Es scheint auch keinen der Anwesenden zu interessieren. Man fragt mich nichts über mein Leben, man fragt nicht, aus welcher Motivation und warum ich es getan habe.

«Er hat den Penis des Kindes in den Mund genommen . . .» Die Laienrichter verzerren ihre Gesichter. «Haben Sie mit einer Therapie angefangen?» fragt der Gerichtspräsident. «Ja», antworte ich unsicher. «Was wollen Sie mit Ihrer Therapie bezwecken?» fragt er barsch, fast abschätzig. Auch in meinem jämmerlichen Zustand weiss ich, dass jede Antwort sinnlos ist. «Damit ich besser mit dieser Gesellschaft zurechtkomme, damit ich lernen kann, mich besser unter Kontrolle zu halten», antworte ich leise.

Alles, was ich habe sagen wollen, habe ich plötzlich vergessen. Ich gerate in Panik. Ich kann meine Schuld nicht begreifen. Ich kann nicht begreifen, dass diese Menschen über mein Schicksal entscheiden können. Ich bin wie geschockt. «Ich wollte E. nicht schaden . . ., wie kann man mit fünfzehn überhaupt noch ein Kind sein?» frage ich, «in diesem Alter müssen sie so wichtige Entscheidungen treffen wie die Berufsausbildung, warum können sie nicht frei entscheiden, mit wem sie schlafen wollen? Warum liegt in Deutschland und in einem so konservativen Land wie Italien das Kinderschutzalter bei 14 Jahren?»

* * *

Nach einer halbstündigen Pause die Urteilseröffnung: «Neun Monate Gefängnis unbedingt . . .»

«Wissen Sie, dass Sie mich ruiniert haben?» schreie ich das Richtergremium an.

«Wir können nichts dafür, wir sind vom Volk gewählt», sagt trocken der Gerichtspräsident.

Ende. 9 Monate Gefängnis. Warum dieser Schwulenhass? Warum diese ungeheure Diskriminierung?

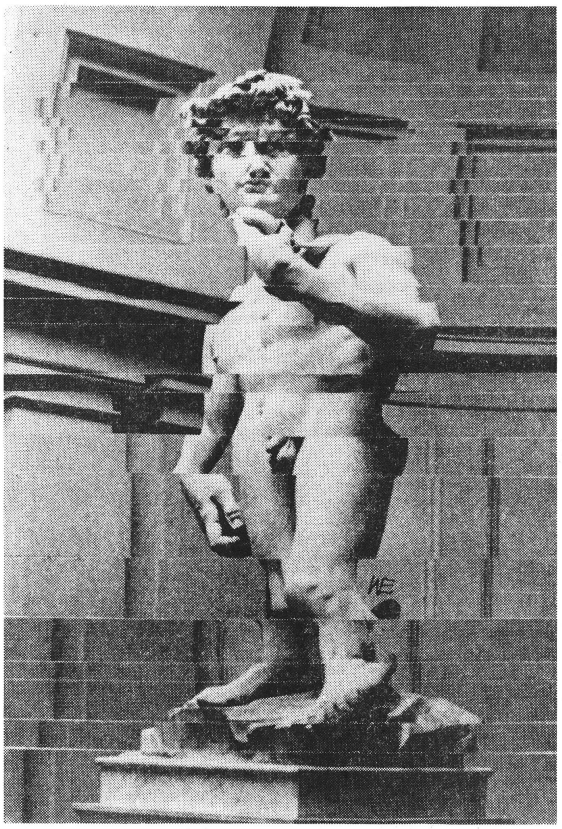
* * *

Der Angeklagte, ansonsten guter Leumund, wurde vom Strafamtsgericht zu neun Monaten Gefängnis unbedingt und zur Bezahlung der Gerichtskosten von 1500 Fr. verurteilt.

Dem Angeklagten geschieht im Namen des Volkes:

1. Er verliert die Freiheit und
2. die Stelle als Sportlehrer bei der Stadt.
3. Ihm wurde als Leiter in Jugend und Sport in allen Bereichen gekündigt.
4. Seine mühsam aufgebaute Existenz, seine Sportschule bricht zusammen.
5. Er wird nie einen Doktorabschluss an der Universität machen können.
6. Er wird nie mehr eingebürgert.
7. Er bekommt 15 Jahre lang kein gutes Leumundszeugnis mehr.
8. Er gilt ab sofort als Krimineller, als Kinderschänder.
9. Er wurde aus den schweizerischen Verbänden ausgestossen.
10. Durch das ganze Verfahren sind Schulden entstanden.

Und welche anderen Repressalien der Gesellschaft sind in Zukunft noch zu erwarten? ●



Reduzierte Persönlichkeit Foto: Walter Erb

* Kurzer Lebenslauf

1946 geboren, die Eltern waren Tschechen. Die Mutter wurde von den kommunistischen Behörden verhaftet, der Vater «verschwand». Deshalb wuchs E. S. in Heimen und Internaten auf. Die Erziehung war streng. Sexualität unterdrückt. Als Lehrling in einer Fabrik; arbeitete im verborgenen auf die Matura, da die Fabrikleitung ihm den Besuch des Nachmittagsgymnasiums nicht erlaubte. Nach den Maturaprüfungen besuchte er die Wirtschaftshochschule. Erlebte den Einmarsch der Warschau-Pakt-Truppen in Prag. Viele Bekannte (auch die Gymnasiumsdirektorin, welche ihn unterstützt hatte) verschwanden. Floh über Österreich und Deutschland (wo seine Verwandten nichts von ihm wissen wollten) in die Schweiz. Hier zuerst Hilfsarbeiter, dann als Übersetzer tätig, schliesslich Büroangestellter. Seine Matura wurde nicht anerkannt. Holte sie nach und begann zu studieren. Gleichzeitig begann er mit dem Aufbau einer Sportschule.

Sexualstrafrecht in Revision

Das Schutzalter

rk. *In einem Gespräch gab uns Dr. M. Kilias, Verfasser einer Dissertation über «Jugend und Sexualstrafrecht»* einige Hinweise zur juristischen Regelung der Jugendsexualität.*

Die Idee eines «Schutz»-Alters kam erst relativ spät auf (im 19. Jh.), im Zusammenhang mit der Herausbildung einer eigentlichen Jugendphase zwischen Kindheit und Erwachsenendasein. Die Kinder wurden nicht mehr direkt in den Produktionsprozess eingegliedert, um dadurch Erwachsene zu werden, sondern sie kamen zuerst in die Schule. Die Dauer der Schulausbildung nahm ständig zu. Parallel dazu fand eine stetige Erhöhung des Schutzalters statt. Die untergeordnete Rolle, welche die in Ausbildung stehenden Jugendlichen in der Gesellschaft erfüllten, machte sie «schutzbedürftig». Aber setzte sie, wie M. Kilias betont, gleichzeitig auch einer Fremdbestimmung aus. Der Schutz brachte die sexuelle Unterdrückung mit sich.

Heute wird die soziale und berufliche «Reife» relativ spät erreicht (Bürgerrechte mit 20 Jahren, Berufsausbildung oft noch wesentlich später), die sexuelle Reife setzt dagegen früher ein. Sexuelle Enttabuisierung war auch ein wichtiges Thema der 68er Bewegung. In der Folge verschwand der zeitliche Unterschied in der sexuellen Entwicklung zwischen den verschiedenen Bildungsschichten: Heute haben Lehrlinge und Studenten im selben Alter sexuelle Ersterfahrungen. Noch in den fünfziger Jahren bestand hier eine grosse Differenz: die Studenten waren viel später.

Das heute geltende Recht wird von vielen (und besonders von den Strafverfolgungsbehörden) als unzeitgemäss empfunden:

– Bis zum 16. Lebensjahr ist jegliche Sexualität strafbar (was oft nicht beachtet wird, da der zweite Teil dieser Bestimmung im Vordergrund steht); strafbar ist Sexualität mit Jugendlichen unter 16.

– Strafbar ist auch die «Verführung» einer Frau im Alter von 16 bis 18 Jahren.

– Für Homosexuelle sind die Bestimmungen noch schärfer: Bis zum 20. Altersjahr dürfen Personen gleichen Geschlechts nicht «verführt» werden (wobei die «Verführung» im Gesetz breit gefasst ist).

In der Schweiz werden im europäischen Vergleich am meisten Verurteilungen wegen Unzucht mit Kindern ausgesprochen (absolut 1975: 1169). Der Grund dafür liegt nicht etwa in einem besonders hohen Schutzalter – auch andere Staaten haben das Schutzalter bei 16 Jahren –, sondern in der Praxis der Behörden: Bei der Hälfte der angezeigten Fälle wird Klage erhoben. Im Ausland ist die Quote viel geringer. Das bedeutet, dass dort auf stillem Weg eine «Revision» sich abzeichnet, welche bei uns 1973 auf Gesetzesebene in Gang gesetzt wurde. Allerdings schläft der Expertenbericht zu dieser Revision zurzeit in Furglers Schubladen. Die Experten sehen darin eine generelle Reduktion des Schutzalters auf 14 Jahre vor.

Der entscheidende Punkt in dieser Frage liegt allerdings, so M. Kilias, in der «Art der Beziehung»: Strafbar sollte eigentlich nur die aufgrund von Abhängigkeit erzwungene Sexualität sein.

* *Verlag Paul Haupt, Bern und Stuttgart 1979. 30 Fr.*

·TIP·TIP·TIP·

Hausgenossenschaften

Hausgenossenschaften sind eine mögliche Antwort auf die Misere im Wohnungsmarkt. Gemeinsam ein Haus kaufen, es nach seinen eigenen Vorstellungen einrichten und bewohnen, selber über Renovation und Mietzinsgestaltung bestimmen, zusammen kochen und sich bei der Kinderbetreuung abwechseln – all das schwebt immer mehr Leuten vor. Um der Idee der Hausgenossenschaften und den damit zusammenhängenden Fragen und Problemen nachgehen zu können, wurde im April dieses Jahres eine Arbeitstagung durchgeführt. In verschiedenen Arbeitsgruppen haben Mitglieder bestehender und noch zu gründender Hausgenossenschaften ihre Erfahrungen ausgetauscht und mit Fachexperten besprochen. Die Dokumentation *«Selbstbestimmtes Wohnen»* gibt Auskunft über die Arbeitsergebnisse (aus dem Inhalt: Finanzen, Probleme des Liegenschaftenkaufes, rechtliche Fragen usw.).

Die Dokumentation kostet 4 Fr. Erhältlich in den Zürcher Buchhandlungen Pinkus und Rathausbrükke oder über «das konzept»-Bücherservice (Talon in dieser Nr. benützen).

Billiger Wohnraum

Auch in St. Gallen wird es immer schwieriger, eine Wohnung zu einem angemessenen Mietzins zu finden. Schuld daran ist eine Abbruch- und Renovationswelle: Billige Wohnungen werden abgerissen und durch Geschäftsbauten, Parkhäuser, Büropaläste und Strassen oder teure Luxuswohnungen ersetzt; oder es wird «renoviert», und gute Wohnungen werden in teure Appartements umgewandelt. Das Linsenbühl-Quartier ist besonders stark von diesem Sanierungswahn betroffen. Dagegen wehrt sich der *Verein zur Erhaltung von billigem Wohnraum.* «Wir wollen der Zerstörung des Quartiers einen Riegel schieben und zeigen, dass man in diesem Quartier sehr wohl leben kann», heisst es in einem Communiqué des Vereins. «Wir werden in nächster Zeit mit verschiedenen Aktivitäten an die Bewohner des Linsenbühls und an die St.-Galler Bevölkerung gelangen. Wir suchen interessierte Mitarbeiter, weitere aktive Vereinsmitglieder und finanzielle Beiträge für unsere Arbeit.»

Kontaktadresse: Verein zur Erhaltung von billigem Wohnraum, Postfach, 9003 St. Gallen.

«Entschuldigung, ist dieses Haus schon besetzt?»

Fortsetzung von Seite 1

tragene Verhaftungsrekord an der (verhinderten) Septemberdemo. Demonstranten, Passanten, alles Durcheinander. Denn alle sich im Umkreis von Auseinandersetzungen Befindenden werden von der Polizei neuestens als «passive Demonstranten» gekennzeichnet – und damit zur Jagd freigegeben. Ein Polizeigefängniswagen trifft auf den etwa 40jährigen Z., auf dem Heimweg mit seinem Sohn. Als die Polizisten mit leider schon routinemässiger Brutalität auf den Jungen losgehen, stellt sich der Vater schützend dazwischen. Ergebnis: Der Vater findet sich mit Risswunden auf der Stirne in einer Zelle wieder. Dazu Z.: «Das einzige, was sie erreicht haben, ist, dass ich das nächste Mal mit der ganzen Familie an die Demo gehe.»

Dem Stadtzürcher Polizeieinsatzleiter Hubatka wurde – es ist kein Witz – von Staatsanwalt Marcel Bertschi ein Verfahren wegen Begünstigung in Aussicht gestellt. Grund für diese obrigkeitliche Drohung: Hubatka hatte seine «gueten Mannen» zu lange Zeit in das autonome Jugendhaus nur hineinschiessen, nicht aber hinein g e h e n lassen. Dieses Verhalten wertete der SP-Staatsanwalt als strafwürdig. Pikant an der ganzen Angelegenheit ist, dass sich der durch und durch bürgerliche Hubatka beim Parteikollegen Bertschis, Fünfschilling, beschweren ging. Zur Beruhigung kann gemeldet werden: Herr Hubatka befand sich nie in Haft und hat sein Versäumnis inzwischen gründlich nachgeholt.

*

Kommt jetzt die nächtliche Ausgangssperre? Dies fragen sich seit dem letzten Samstag manche Beobachter der Zürcher Krawalle, nachdem die Zürcher Innenstadt von der Polizei buchstäblich leergefegt worden war. Zu viele Passanten (Polizeijargon «Gaffer») behindern die Demonstrantenjagd. Dass die Polizei neuerdings auch gegen Unbeteiligte einschreitet, mussten die Besucher des Musikrestaurants «Bazillus» erfahren. Als 6 Polizisten eines Rollkommandos vor dem Jazzlokal einen Demonstranten fast spitalreif schlugen und sie sich der Beobachtung durch die Restaurantbesucher gewahr wurden, besetzten sie kurzerhand das Lokal und verhafteten die unfreiwilligen Augenzeugen.

Ausländerin X. war dabei, als die Zürcher Polizei die Scheiben eines Zürcher Cafés demolierte. Bei diesem Einsatz floss auch Zivilistenblut. X. entschloss sich, in dieser Sache als Zeugin auszusagen. Wenige Tage später wurde sie von zwei zivilen Polizeibeamten heimgesucht, welche ihr erklärten, sie solle sich die ganze Sache doch noch einmal durch den Kopf gehen lassen. Etwas später erhielt sie einen Telefonanruf eines ihr unbekannten Herrn, welcher meinte, im Hinblick auf eine in wenigen Jahren mögliche Einbürgerung wäre es vielleicht von Vorteil, in dieser Angelegenheit nicht als Zeugin auszusagen. Es wäre doch zu schade, wenn die Einbürgerung aus diesem Grund scheitern müsste . . .

*

Der Zürcher Photograph K. (der auch für «das konzept» arbeitet) wurde vor der bekannten Grossdemo vom 12. Juni «irrtümlicherweise» verhaftet. Deshalb ersuchte er bei der Polizei um eine offizielle Pressearmbinde – die ihm nach Feststellung der Personalien auch gewährt wurde. Nicht schlecht staunte er, als er am Abend des nächsten Tages von einer Passantin angesprochen wurde. Sie habe eben einen Polizisten mit Funkgerät gehört: «Ich habe K. gesehen, er trägt eine schwarze Lederjacke und offizielle Pressearmbinde, er steht auf der Liste der sechs gesuchten Personen, was soll ich tun?» Es wurde im folgenden bekannt, dass auf dem Detektivbüro ein Bogen ausgehängt mit sechs Bildern, darauf auch K. Er wohnt am polizeilich bekannten Domizil, hat keine Vorladung erhalten, ist nicht verhaftet worden (wozu auch kein Grund bestünde): Es kann also nur darum gehen, ihn als missliebigen Informanten der Medien bei Polizeiaktionen auszuschalten.

Vollversammlung der Zürcher Jugend am Tag der AJZ-Schliessung: Ein SP-Mann verkündet: «Es hat überhaupt keinen Sinn, jetzt zum AJZ zu gehen und dort Stunk zu machen. Dort sind lediglich Polizisten, die euer Eigentum schützen.»

*

Zwei Mädchen, KV-Stiftinnen, im Alter von 17 Jahren gingen ins Zürcher Renommier-Strumpfgeschäft «Fogal». Anstelle der höflichen Frage: «Was darf's sein», wurde den beiden bedeutet, schleunigst und ohne Widerrede den Laden zu verlassen. Solche Leute würden hier nicht mehr bedient! Sie schauten an sich rauf und runter und konnten es nicht glauben, dass sie irgend etwas falsch gemacht hätten. Sie schickten deshalb zwei gleichaltrige Freundinnen (in ähnlicher, gewöhnlicher «Aufmachung») in dasselbe Geschäft. Die zwei mussten die gleiche Behandlung über sich ergehen lassen. Wahrlich, eine Revolution erschüttert Zürich: Nicht einmal mehr «der Kunde ist König» . . .

Jagdszenen in der Schweiz

Fortsetzung von Seite 1

Name und Adresse von Miriams Schwester in die Zeitungen. Ärger und Hass aufgebrachter Fernsehzuschauer und Zeitungsleser entluden sich über einem völlig ahnungslosen Opfer. «Blick» reagierte zuerst auf diesen Missgriff: er setzte die Jagd auf die publizistisch zum weiblichen Bürgerschreck avancierte Jugendsprecherin fort. Eine Reportercrew vom «Blick» spürte Miriam an ihrem Wohnort auf und verlangte sie zu sprechen. Als dies den Reportern verwehrt wurde, drohten sie mit der Veröffentlichung diffamierender Stellungnahmen von Lesern. Miriam und ihre Freunde blieben standfest, und der Fall «Frau Müller» wurde vom «Blick» genüsslich in der Öffentlichkeit ausgeweidet.

Nur wenig später beteiligte sich auch der «Züri-Leu» an der Rufmordkampagne. In der Ausgabe vom 2. September weiss die «Züri-Leu»-Redaktion eine «unglaubliche Geschichte» aufzutischen: ««Frau Müller» wohnt gratis bei der Stadt!» – Eine glatte Lüge, wie sich herausstellte. Miriam und ihre Freunde wohnen keineswegs «gratis und franko». Als die jungen Leute an ihrem jetzigen Wohnort einzogen, mussten sie über 6000 Franken in die damals leerstehenden und *unbewohnbaren* Stadtwohnungen für deren Instandstellung aufwerfen. Die laufenden Unterhalts- und Heizkosten sowie die Arbeitskosten sind in dieser Summe nicht eingerechnet, alles in allem ergibt sich für die «Gratismieter» ein monatlicher Beitrag von etwa 200 Franken pro Wohnung, das ist mehr, als was die regulären Mieter der gleichen Stadtliegenschaft aufbringen müssen. Eine weitere «Züri-Leu»-Infamie ist die Behauptung, «Frau Müller» sei Ausländerin, genauer Irakerin: «Frau Müller» ist *Schweizerin*, auch wenn sie in ihrem Schweizer Pass einen arabischen Namen trägt.

Die Unterstellungen, Verdrehungen und Verleumdungen der Zürcher Boulevardpresse haben System. Unterschwellige Vorurteile und Ängste werden geschürt: Fremdenhass, das Vorurteil einer trägen, verwöhnten, nur aufs Fordern und Randalieren bedachten Jugend wird heraufbeschworen. Um weitere «Unzufriedene» von vornherein abzuschrekken, sich mit den Jugendlichen zu solidarisieren, wird die Jagd auf ein ausgewähltes Opfer freigegeben: «Frau Müller», der man weiter nichts vorwirft, als dass sie in einer Fernsehsendung die wohlabgewogenen Rechtfertigungsversuche stadträtlicher Autoritäten ins Absurde überspielte. Wer ist dabei zu Schaden gekommen? Die Autorität unserer Stadtväter und -mütter? Seit wann beruht sie auf dem Respekt ihrer Untertanen und nicht auf der Überzeugungskraft ihrer eigenen Leistung? Und was berechtigt den «Züri-Leu» dazu, nicht nur die primitivsten menschlichen und journalistischen Rücksichtnahmen ausser acht zu lassen, sondern auch gesetzlich garantierte Rechte des Persönlichkeitsschutzes, und «Frau Müller» mit Name und Adresse dem Ärger und Hass der Bevölkerung preiszugeben? Doppelt erbärmlich, dass sich solche Kopfjägerei hinter dem Titel der Gesamtredaktion verbergen muss! ●

Das traurige Ende der «sanften» Basler Polizei

«Heute sind wir brutal»

Von Daniel Wiener

Basels «Schugger» hatten bis vor kurzem einen guten Ruf: im Alltag freundlich und tolerant, bei politischen Einsätzen zurückhaltend – so kannte die Humanistenstadt ihre Gendarmerie. Seit Amtsantritt von Polizeikommandant Markus Mohler ist das alles anders geworden. Die Masken sind gefallen.

Vor der Ära Mohler – sie begann am 1. Dezember 1979 – gab es in Basels Polizeigeschichte nur zwei Tränengaseinsätze. Den ersten am 1. März 1978 bei der Auflösung einer Demonstration gegen Trampreiserhöhungen: Dieser Gewaltakt – das steht heute fest – geschah gegen den Willen des damaligen Polizeikommandanten Fritz Meyer und war von Einsatzleiter Oberleutnant Heiniger eigenmächtig befohlen worden. Polizeidirektor Karl Schnyder (SP) übernahm die politische Verantwortung. Im Sommer 1979 befahl Schnyder dann persönlich den Tränengaseinsatz gegen ein harmloses Mieter «Sleepout» auf dem Marktplatz.

Basler Polizei – anders als die andern?

Im Zusammenhang mit der Zürcher Jugendbewegung gab es auf dem Theaterplatz in Basel am 20. Juni eine Informationsversammlung mit dem «Opernhaus»-Videofilm. Eine unbewilligte Demonstration von gegen 1000 Menschen im Anschluss an diese Veranstaltung wurde zwar von der einsatzbereiten «Schmier» nicht behindert. Als aber an der nächsten Vollversammlung (23. Juni) die Besetzung des alten Gaswerkareals als Jugendzentrum versucht wurde, blockierte ein massives Polizeiaufgebot alle Zugänge. Auf dem Rückzug zum Besammlungsort griffen dann die offensichtlich aufgehetzten Beamten in voller Montur an.

Vergeblich redeten prominente Basler auf den anwesenden Kommandanten Mohler ein: Seine Truppe schlug zwei Stunden später nochmals zu. Ein etwa 70köpfiger Haufen Demonstranten wurde auf der mittleren Rheinbrücke eingekesselt und von beiden Seiten mit Tränengas-Wasser nassgespritzt. Gleichzeitig forderten Mohlers Leute die Eingekreisten auf, die Demonstration aufzulösen – eine Aufforderung der man nur mit einem Sprung in den Rhein hätte nachkommen können . . .

Am 27. Juni begann die Besetzung von vier Abbruchhäusern an der Ryffstrasse. Acht Wochen später kam es wieder zu einem Polizeieinsatz, obwohl die Besetzer ein Ultimatum des Regierungsrats befolgt und die Häuser verlassen hatten. Das anschliessende «Sleepout» endete in den frühen Morgenstunden im Tränengasnebel. Nicht ohne Grund standen an diesem Montag Krankenwagen des Kantonsspitals in der Nähe bereit, als die Einsatzleitung zum Angriff blies: «Heute sind wir brutal», hörte eine Zeugin Polizeikorporal Charles Burla seine Leute anfeuern.

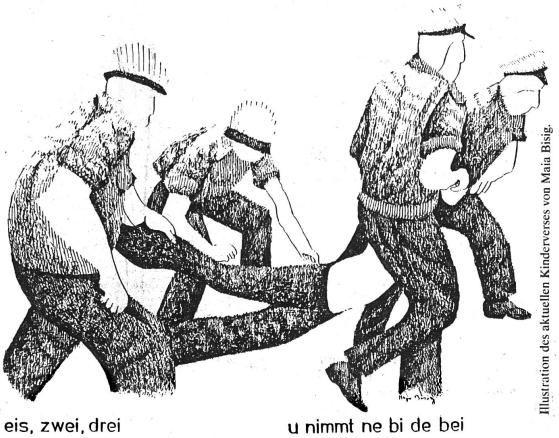


Illustration des aktuellen Kinderverses von Maia Bisig.

eis, zwei, drei
es chunnt e polizei

u nimmt ne bi de bei
u lat ne nümme hei.

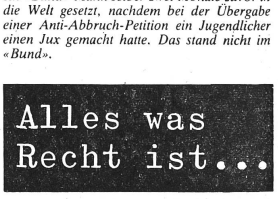
Verhaftung einer Demonstration

Am 20. August schliesslich führte ein Trauermarsch von 70 Menschen durch die Stadt zum Untersuchungsgefängnis «Lohnhof», weil sich dort zwei Tage zuvor ein Häftling erhängt hatte. Unterwegs kam es zu einer von der Polizei vorausgeplanten Massenverhaftung von 64 Demonstranten, die alle kriminaltechnisch registriert wurden (Finger- und Handabdrücke, Verbrecherphotos). Bei der fanatischen Verfolgung eines Demonstranten durch den dunklen Spitalgarten stürzte ein Polizist kopfvoran in einen sieben Meter tiefen Schacht. Der Beamte musste in die Notfallstation eingeliefert werden. Mohlers gefährliches Spiel fordert bereits Opfer in den eigenen Reihen. An diesem 20. August wurden selbst Medienschaffende von dem polizeilichen Racheakt nicht verschont: Auch sie wurden ins Untersuchungsgefängnis geschleppt.

Schelte für die Polizeioberen?

Wegen Nötigung und Freiheitsberaubung wird sich Polizeikommandant Markus Mohler (Liberaldemokrat) vor dem Strafgericht Basel-Stadt verantworten müssen. Einige Demonstranten haben gegen den ehemaligen Staatsanwalt Strafklage eingericht. SP-Polizeidirektor Schnyder droht der Ausschluss aus seiner Partei. Er hat sich sowohl mit dem Gewerkschaftskartell (Sekretär: SPS-Präsident Helmut Hubacher) als auch mit der «Basler AZ» angelegt. Der sozialdemokratischen Tageszeitung warf Schnyder vor, «an Nazimethoden erinnernde Lügenmeldungen» «nach bewährtem Göbbelschem Rezept» zu verbreiten. Noch nie hatte ein Ausschlussbegehren gegen Schnyder in der SP Basel-Stadt soviel Aussicht auf Erfolg. Könnte die Delegiertenversammlung darüber entscheiden, wäre ein Ausschluss so gut wie sicher. Zuständig ist hier aber die Geschäftsleitung. ●

Berns freisinnige Zeitung, «Der Bund», wusste es genau: Die Jugendbewegung ist «aus Deutschland gesteuert», wie es am 28. August auf der Titelseite hiess. Als Indiz dafür wurde ein Demo-Flugblatt aufgeführt, in dem der Treffpunkt mit «Heiligkreuzkirche» (richtig: Heiliggeistkirche) angegeben war. Ausserdem hätten Jugendliche «mehr oder weniger» genaue Angaben über «Profi-Demonstranten» mit Taggeld und Spesenentschädigung gemacht. Nur: Das ominöse Flugblatt («Bund»: «In Deutschland hergestellt») war von einem Demonstranten aus einem Berner Vorort geschrieben worden. Und die Taggeldsage hatte ein «Bund»-Mann selber zwei Monate zuvor in die Welt gesetzt, nachdem bei der Übergabe einer Anti-Abbruch-Petition ein Jugendlicher einen Jux gemacht hatte. Das stand nicht im «Bund».



Entlastungszeuge – ein heisser Job

Nass-heisser Sommer 1980. Krawalle in Zürich. X wird von der Polizei hereingenommen. Als Steinwerfer. Juristisch heisst das dann: «Gewalt und Drohung gegen Beamte», «Landfriedensbruch».

Mit der Festnahme wird das Untersuchungsverfahren eröffnet. Die Polizei hat Zeugen. Unzählige sogar. Aus den eigenen Reihen. Nicht genug damit: sie führt auch gleich die entscheidenden Befragungen in eigener Regie. Die Polizei befragt Polizisten. Völlig neutral: «Also säg emaal, wie isch jetz das gsy?» Antwort: «Du, ich weiss nüme racht, also sägemer emaal . . .» Neutral klar, versteht sich. Wir leben ja schliesslich in einem Rechtsstaat.

Das Verfahren geht weiter. Vor dem Bezirksanwalt: X bringt einen Entlastungszeugen zur Verhandlung. Dieser bezeugt, dass X keine Steine geworfen hat. Also keine Gewalt und Drohung . . . Freispruch? Denkste! Der Hase läuft anders. Der Bezirksanwalt setzt den Entlastungszeugen in Haft: Wenn der schon gesehen haben will, dass X keine Steine geworfen hat, dann hat er doch ebenfalls mindestens an der unbewilligten Demo teilgenommen. Folge: Landfriedensbruch. Auch gegen den Entlastungszeugen ist deshalb ein Strafverfahren zu eröffnen. Das hat nicht nur für den Zeugen Folgen, sondern auch für X. Denn nach der herrschenden «kontinentaleuropäischen Rechtsauffassung» kann ein Angeschuldigter nicht zugleich Zeuge sein. X ist also mit seinen Polizisten wieder allein.

Diese Geschichte ist *nur zum Teil* erfunden. Vom Sinngehalt her hat sie sich hier heute und jetzt in Zürich tatsächlich zugetragen. Vielleicht ist es nicht gut, diese Geschichte, die kein Märchen ist, zu erzählen. Vielleicht könnten einige, die als Entlastungszeugen in Frage kämen, aus Angst, selber in ein Strafverfahren involviert zu werden, die Flinte ins Korn werfen und ihre Wahrnehmungen weiterhin für sich behalten wollen. Man soll vorsichtig sein – aber nicht feige. Deshalb unser Rat: Wer nicht so recht weiss, ob er aussagen soll oder nicht, der konsultiert mit Vorteil *vorher* einen Anwalt. «das konzept» vermittelt entsprechende Adressen.

Dokument:

So werden Verhaftete verhört

Die Bezirksanwaltschaft Zürich, wo die an Demonstrationen Verhafteten verhört werden, hat für die Verhörrichter (Bezirksanwälte) einen Fragebogen zusammengestellt, damit diese das Richtige fragen. «das konzept» dokumentiert.

Fragebogen der Jugendanwaltschaft/Bezirksanwaltschaft in Sachen Jugendkrawalle

I. Landfriedensbruch

Frage 1:
War Ihnen bekannt, dass die Demonstration verboten war?
– Wenn ja, warum haben Sie daran teilgenommen?
– Wenn nein, warum haben Sie sich nicht entfernt trotz Aufforderung durch die Polizei?

Frage 2:
Warum sind Sie an die Demonstration gegangen?

Frage 3:
Wer hat Sie auf den Gedanken gebracht, an die Demonstration zu gehen?

Frage 4:
Hatten die Eltern davon Kenntnis?

– Wenn ja
Anweisung zur Durchführung einer Hausdurchsuchung, wobei Befehl gegen den Angeschuldigten auszustellen ist

– Wenn nein
4.1. Was haben Sie zu Hause gesagt, wohin Sie gehen würden?
4.2. Warum haben Sie die Teilnahme verschwiegen?

Frage 5:
Wofür haben Sie die sichergestellten Gegenstände (z. B. Pflastersteine, Schlagzeug etc.) gebraucht?

Frage 6:
Wer hat Ihnen diese Gegenstände gegeben?

Frage 7:
Wo haben Sie sich vor der Besammlung/Demonstration aufgehalten (wo, was, wann)?

II. Gewalt und Drohung gegen Beamte

Frage 1:
Geben Sie zu, sich in einer zusammengeballten Menge von Personen aufgehalten zu haben, die mit Ihrem Wissen
– die Polizei mit Steinen bewarf
– oder die Polizei genötigt hat, die Menge gewaltsam zu zerstreuen, um den ordentlichen Verkehr zu gewährleisten.

Anhang

Grundsätze, nach denen die Untersuchungshaft verhängt wird

Alternativ (d. h. einer der folgenden Punkte genügt für Untersuchungshaft, die Red.):
1. Verweigerung der Aussage
2. Verweigerung der Unterschrift unter Einvernahmeprotokoll
3. Nichtbekanntgabe der Wohnadresse
4. Erhebliche Delinquenz
5. Ausländer, der Aktivist ist
6. Ausländer, die anheizen
7. Wenn Hausdurchsuchung notwendig ist

Dokument

Zeitung vor Drohungen gekuscht?

«Tagi, Fuss!»

Grossinserenten und Unternehmer haben dem Zürcher «Tages-Anzeiger» mit dem Entzug von Aufträgen gedroht – und ihre Drohungen teilweise wahrgemacht. Klammheimlich ist jetzt die erste redaktionelle Kurskorrektur vorgenommen worden.

dk. Typisch für das «Tagi»-Betriebsklima: Kaum jemand gibt zu, dass es sich tatsächlich um eine Kurskorrektur gehandelt hat, als die Geschäftsleitung am Morgen des 27. August über Neuerungen in der Behandlung heisser Themen im redaktionellen Teil informierte. Als absolutes Novum gilt: Artikel, die in der Öffentlichkeit den Eindruck entstehen lassen könnten, der «Tagi» politisiere und mache Stimmung, müssen den diversen firmeninternen Instanzen zur Begutachtung vorgelegt werden. Ein gewichtiges Wort will dabei die Inseratenabteilung mitreden. Ein Vetorecht von dieser Seite konnte für einmal gerade noch abgewendet werden.

Also: Nicht wenn der TA tatsächlich anheizt, sondern wenn ein solcher *«Eindruck»* entstehen könnte, sollen die neuen Zensurmassnahmen – ob Selbstzensur oder tatsächliche Eingriffe überwiegen werden, ist dabei wohl nebensächlich – gelten.

Was der Leser nicht weiss . . .

Die Leserschaft darf (noch) nichts davon wissen, dass «ihre» Zeitung so rasch auf die – nicht nur von Globus/ABM/Interio wahrgemachten – Drohungen auf Inseratentzug reagiert hat.

Die Migros hat z. B. ihre Inserataufträge für die nächsten zwei Jahre um 35 Prozent des Umfangs gekürzt. Hat Peter Studer, Mitglied der Chefredaktion, vor einem Jahr noch über die Pressionsversuche der Autoinserenten einen Kommentar schreiben dürfen, ist das jetzt tunlichst unterblieben. Nur nicht davon sprechen, heisst die Devise. Denn es dürfte nicht noch mehr Schaden angerichtet werden. Nur: Welches ist der grössere Schaden? Offen darüber informieren und damit auch die eigenen Möglichkeiten ausnützen oder mit Lavieren und Kompromissen die zwangsläufig bestehenden Gräben zuzuschütten versuchen?

Niemanden verärgern

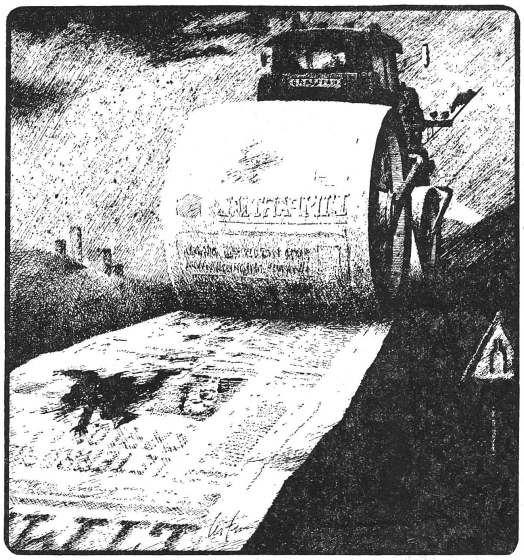
Für die «weiche Linie» spricht auch das jüngste Beispiel: «Tagi»-Redaktor Marcel Waeber, der als «Privatmann» eine Jugoslawienreise mit Hotelplan unternahm, musste an Ort und Stelle erleben, dass Hotelplan-Prospekte und touristische Wirklichkeit nicht ganz übereinstimmten. In einem ausführlichen Artikel beschrieb er diese Erfahrungen. Nachdem der TA bereits von einer andern Reisebürofirma (Imholz) wegen seiner Berichterstattung zurechtgewiesen worden war, legte Waeber vorsorglicherweise den Hotelplan-Oberen den Text vor. Ergebnis: Hotelplan kündigte eine saftige Erwiderung an, sollte der Artikel in dieser Form erscheinen. Um die ganze Reisebürobranche nicht noch mehr zu verbiestern – was ja letzten Endes auch in einen Inserateboykott hätte ausarten können –, zensurierte Waeber seinen Text gleich selber. Der Redaktor der TA-Rubrik «Tourismus und Reisen», Fritz Kübler, verzierte ihn noch mit einem beschwichtigenden Kommentar mit dem Tenor: Der Tourist möge nicht erstaunt sein, wenn all seine Wünsche, die der Reiseprospekt geweckt habe, nicht erfüllt würden. In touristischen Entwicklungsländern wie Jugoslawien hänge das auch mit der wirtschaftlichen und politischen Situation zusammen.

Dass Waebers Kritik an der Hotelplan-Politik nicht ganz aus der Luft gegriffen war, beweist wohl schon die Tatsache, dass ihm alle Reisekosten vom Hotelplan zurückerstattet wurden.

Wer ist der nächste?

Hintergrund der «Tagi»-Sensibilität: Bis 1984 will das Unternehmen über 200 Mio. Franken investieren. Unter anderem sind ein neues Druckzentrum (135 Mio. Fr.) und eine neue Tiefdruckmaschine (total 40 Mio. Fr.) geplant. Das nötige Geld soll *«zum grössten Teil aus selbsterwirtschafteten Mitteln»* («TA» vom 9. Mai 80) bereitgestellt werden. Diese Unabhängigkeit von den Banken wird jetzt offenbar mit einer braveren politischen Linie der Zeitung, was die einkalkulierten steigenden Inserateinnahmen garantieren soll, bezahlt (Spieglein, Spieglein an der Wand, wer ist die dickste im ganzen Land?).

Bei ihren Feldzügen wider angeblich Subversives, die alle zwei Jahre wieder erfolgten, hat die Werbewirtschaft immer Opfer gefunden: Ihre Aktionen oder die Angst vor Inserateentzug, die sie damit schürte, wirkten auch auf andere Verleger und Redaktionen disziplinierend. Zuerst war das «Badener Tagblatt» zu wirtschaftskritisch. Dann garantierte die Basler «National-Zeitung» kein wirksames Umfeld mehr für Anzeigen und fette Druckaufträge der Banken. Es folgte der rasche Tod der «Tat», die nach Boykotten von Auto-, Tabak-, Getränke- und was weiss ich für Inserenten auch von der Migros fallengelassen wurde. Heute ist der «Tages-Anzeiger» an der Reihe. Und morgen? ●



Zeichnung: Martial Leiter

Von Roman Brodmann

Köpft den Boten!

Natürlich ist in erster Linie das Fernsehen an allem schuld. Fliegende Steine, zerbrochene Schaufenster, knüppelnde Polizisten, Tränengas-Granaten, ausgelebte Aggressionsbedürfnisse – das alles hätte eine bürgerliche Wohlstandswelt von solch magischer Integrationskraft ausschwitzen und verdrängen können, wäre es nicht durch das Fernschen in so penetranter Weise öffentlich geworden. Ausserdem braucht man Prügelknaben, greifbare, angreifbare. Die jungen Leute, die in ihrer Ohnmacht zu Steinen griffen, sind für diese Rolle nicht gesellschaftsfähig, nicht satisfaktionsfähig. Man könnte sich eine Verzierung abbrechen, wollte man die verantwortungslosen Krawallbrüder zur Verantwortung ziehen. Nein, das Fernsehen ist schuld, es war der Transmissionsriemen des Aufruhrs. Dieser Vorgang ist mir seit langem vertraut.

In den späten sechziger Jahren hörte man es von den Apologeten des gerade restaurierten Rechtsbürgertums und von den Neonazis in der BRD auch nicht anders. Studentenunruhen, Demonstrationen, Strassenschlachten, das waren unerhörte Erscheinungen, Alpträume der Ordnungsbürger, die sich nicht mehr unter den Teppich kehren liessen, wenn das Fernsehen darüber in Bild und Ton berichtete. Von dieser Erkenntnis war es nur noch ein kleiner Schritt zur These, dass das Fernsehen veranstaltend wirkte. «Wenn das Fernsehen dabei ist, geht es überhaupt erst richtig los», sagte man mit der Gebärde des grossen Vorwurfs an die Leute der Television, die schliesslich nur ihrer Pflicht nachkamen, über aktuelle Ereignisse zu berichten.

Natürlich wirken präsente Medien stimulierend auf Demonstranten, denn eine Demonstration hat ja bekanntlich den Sinn, sich einer grösseren Öffentlichkeit vorzustellen. Politiker, Verwaltungsräte und andere Oligarchen erreichen den gleichen Zweck mit der Einberufung von Pressekonferenzen. Die weniger Privilegierten, die sich nicht die Presse zum Hofhalten bestellen können, sorgen auf ihre Weise für die nötige Spannung und Attraktion, die Macht und Einfluss zu ersetzen haben. Und wehe, wenn das funktioniert!

Der ganze Rechtsverein von der «NZZ» bis zum hilflosen Bildungsbürger Widmer macht nun den elektronischen Medien den Vorwurf, sie hätten mit Sympathie für die Demonstranten Bericht erstattet. Nach allem, was ich gehört und gesehen habe, ist das ein Lob, das meine Kollegen von Radio und Fernsehen kaum verdienen. Schön wäre es ja, wenn sie, die nicht den Speichel von Inserenten lecken müssen, von ihrer Freiheit zugunsten der Unterprivilegierten Gebrauch machen könnten, aber gegen solche Utopien sind zu viele Sicherungen ins System gebaut. Nein, das Vergehen der Fernsehleute liegt allein in der Tatsache, dass sie ihre Berufspflicht erfüllten in Situationen, die nach dem Zürcher Wohlstandsbürgerraster nicht öffentlichkeitswürdig waren. In früheren Jahrhunderten hat man Boten, die schlechte Nachrichten übermittelten, geköpft. Daran hat sich nicht viel geändert.

Radio und Fernsehen wären da nur aus dem Schneider gekommen, wenn die Reporter von Anfang an mit verunglimpfenden Kommentaren gegen die Demonstranten einen Weg des amtlichen Wohlgefallens eingeschlagen hätten. Das wäre dann sachlich und objektiv gewesen, da hätte keiner von Manipulation gesprochen, das hätte gepasst in den Massenbetrug, mit dem uns die Medien jahraus und jahrein eine geschminkte heile Schweiz vorzaubern, an der es nichts zu kritisieren gibt, es sei denn, man will seinen Job oder Inserate verlieren, Globus-Inserate zum Beispiel. Das Fernsehen ist an allem schuld, weil man es noch nicht so fest im Griff hat wie die Presse, weil es da noch unzuverlässige Elemente gibt, die imstande sind, Nachrichten weiterzugeben, ohne sie zuvor in der Wolle eingefärbt zu haben. Aber das soll sich ja nun auch ändern. Wenn dann auch Radio- und Fernsehsender ausser freisinnigen Meinungen nur noch Schwachsinn ausstrahlen, wäre eigentlich der Zeitpunkt gekommen, auch noch die letzten Reste unzensurierter Kommunikation radikal abzuschaffen. Köpft den Boten!

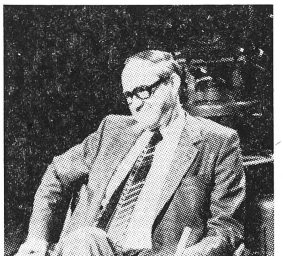
Die Medienstrategen im Zürcher Stadtrat ziehen gegen die SRG los

Die verzerrte Welt des Sigmund Widmer

«Newsgeil», «vom Schnelligkeitswahn besessen», «verantwortungslose Anheizer» – das sind Radio und Fernsehen nach den nicht eben zimperlich gewählten Worten der Zürcher Stadträte Widmer und Kaufmann. Solche Pauschalverurteilungen sind nicht einfach peinliche emotionale Ausrutscher von an sich publizitätsgewohnten Politikern. Die Medienkritik anlässlich der Berichterstattung über die Jugendbewegung wird – wie der folgende Diskussionsausschnitt* dokumentiert – systematisch zu gezielten Schüssen auf die SRG und ihre Monopolsituation genutzt.

Picard: In der Folge der ersten Krawalle hat bei den Behörden, aber auch bei den Jugendlichen die Kritik an der Berichterstattung der Massenmedien eingesetzt. Beide fanden – wenn allerdings auch aus unterschiedlicher Optik –, ihre Anliegen seien falsch oder nicht angemessen berücksichtigt worden. (. . .) Herr Dr. Widmer, der Hauptvorwurf, vor allem der für die Massenmedien schwerwiegendste kommt von Ihnen. Sie haben einmal in einem Radiointerview gesagt, die Massenmedien hätten die eigentliche Schuld zumindest langfristig –, dass es zu den Opernhauskrawallen gekommen sei. Wie begründen Sie das, wie können Sie diesen Vorwurf beweisen?

Widmer: Zuerst möchte ich beim Begriff Massenmedien klar unterscheiden zwischen Zeitungen, insbesondere Tageszeitungen, bei denen eine Pluralität besteht, wo die verschiedensten Meinungen präsentiert werden können, und auf der andern Seite den Monopolmedien Fernsehen und Radio, wo bei uns bekanntlich keine freie Konkurrenz besteht. Meine Kritik wendet sich also primär gegen die halbstaatlichen Monopolmedien, die wir in unserem Land haben. Ein Grund für die Mitschuld der Massenmedien an der Entwicklung ist, dass Radio und noch mehr Fernsehen zweifellos die Passivität der Menschen erhöhen; vor allem die jungen Leute spüren, dass sie durch das passive Aufnehmen von Nachrichten und von anderen Mitteilungen immer mehr ausgeschlossen werden von einem kreativen täglichen Handeln.



Sigi Widmer in der CH-Sendung (Bild: Zoom)

Der zweite wichtige Punkt ist, dass unsere Massenmedien ein seltsam verzerrtes Weltbild präsentieren. Ich habe hier den Inhalt einer «Tagesschau» aufgelistet . . .

(. . .) Nehme den 28. 6., «Tagesschau», ich habe sie selber gesehen: Zürcher Jugend konnte heute ihr autonomes Jugendhaus beziehen. Tränengaseinsatz in Bern gegen demonstrierende Jugendliche. Weitere blutige Unruhen in El Salvador, Ex-Schah von Persien musste wieder ins Spital. Südafrika wurde erneut von der Uno verurteilt. Wahlen in Bolivien. Die Leichen des abgestürzten italienischen Verkehrsflugzeugs konnten im Mittelmeer gesichtet werden. Neue Bombenexplosionen und Attentate in Spanien. Streik in San Sebastian. Entführung eines französischen Industriellen. Papst Johannes Paul II. zieht Bilanz über seine bisherige Amtszeit. Neuer Zwischenfall in amerikanischem Kernkraftwerk. Das waren die Inhalte der «Tagesschau».

Also den Papst, den würde ich unter etwas Friedliches einreihen und die Wahlen in Bolivien noch so knapp. Alles übrige läuft doch – da müssen wir ehrlich sein – unter dem Titel «Unglücksfälle und Verbrechen». Das beeinflusst die Menschen in unserem Land in einem hohen Mass und die jungen Leute sicher noch stärker, weil sie stärker beeinflussbar sind; das muss sich langfristig auswirken.

Den nächsten Punkt, den ich euch vorwerfen muss, ist dieser seltsame Schnelligkeitswahn, der beim Radio ausgeprägter ist wegen seiner technischen Möglichkeiten. (. . .)

Anheizen statt mässigen

Zum Fernsehen vor allem gehört dann die Neigung, Diskussion und was immer man präsentiert, unter der Sicht einer möglichst bildgerechten, vom Schaucharakter her beeinflussten Art darzustellen. Man neigt dazu, gut und böse möglichst scharf gegeneinanderzusetzen. (. . .)Was wir empfinden – und ich glaube, auch die Bevölkerung dieses Landes empfindet es –, ist, dass die Leute, die in diesen Massenmedien arbeiten, gar nie auf die Idee kommen, sich zu überlegen, dass sie allenfalls eine konstruktive Rolle spielen könnten; also beitragen zur Mässigung von Emotionen. Wenn überhaupt, dann lieber anheizen statt einen Beitrag leisten zu einem friedlichen Zusammenleben in diesem Land. (. . .)

Angst vor der vierten Macht?

Heiniger: Bedauern Sie, dass Sie keine Möglichkeiten zum direkten Einfluss auf die Massenmedien haben, vielleicht sogar gewisse Sanktionsmöglichkeiten? (. . .)

Widmer: Ja, also Sanktionsmöglichkeiten, das ist ausserhalb jeder politischen Realität. Ihr seid schon lange eine vierte Macht im Staat, in dem wir nur kleine, kleine Menschen sind – so eine Gemeindebehörde, also ich weiss nicht. Vielleicht hat der Bundesrat die Möglichkeit, aufs Fernsehen und aufs Radio einzuwirken, aber wir nicht. Wir können höchstens eine Beschwerde machen, und die nützt nichts. Nun gut, jetzt haben wir in den letzten zwei, drei Wochen aus der Empfindung einer echten Notlage heraus einfach angefangen, uns zu wehren und eine öffentliche Erklärung abzugeben,

** Am 14. Juli strahlte das Schweizer Fernsehen die medienkritische Sendung «Opernhauskrawalle – haben die Massenmedien versagt?» aus, eine Diskussionsrunde zwischen Medienschaffenden von Presse, Fernsehen und zwei Stadträten. Wir zitieren daraus die heftigen Angriffe der Stadträte Widmer und Kaufmann (SP) auf die SRG und ihre Berichterstattung über die Jugendunruhen. André Picard und Ueli Heiniger leiteten die Diskussionsrunde.*

Wie lange provozieren uns die Extremisten noch?

Zürich grüsst Danzig

Hat das denn nie seine Ruhe? Nicht einmal am Feierabend vor dem Fernseher findet man Erholung von des Tages schwerer Arbeit. Bilder von Strassenschlachten und lärmige Auftritte jugendlicher Krawallisten, welche ganze TV-Sendungen zu Gurkensalat verarbeiten wollen und mit diesem Vorhaben bei den allgemein linkslastigen Medienleuten offensichtlich viel Sympathie geniessen, provozieren eine Welle des gerechten Zorns im ganze Schweizer Volk. Die völlig einseitige Berichterstattung von Radio und Fernsehen hat damit aber – entgegen den Versprechungen ihrer Direktoren – kein Ende gefunden. Nur Wochen nach dem Debakel der Monopolmedien flimmern erneut Bilder politischer Unruhen über den Bildschirm und verunsichern den Zuschauer.

In der polnischen Hafenstadt Danzig rotteten sich einige tausend arbeitsunwilliger Elemente zusammen (eigene Leute sprechen von gegen 100 000) und brachten durch ihr bedrohliches Auftreten der Verkehr vollständig zum Erliegen. Sie besetzten in der Folge mehrere Fabrikgelände und stellten schon bald ultimative Forderungen an die polnische Landesregierung, die sich völlig überrascht einem massiven Druck der Strasse gegenübersah. Tagelang wurde in unseren Medien an vorderster Stelle vom illusteren Treiben der Arbeitsscheuen berichtet, ihre Anführer, Mitglieder extremer Oppositionsgrüppchen, wurden vom offiziellen Radio und Fernsehen der Schweiz täglich um Stellungnahmen gebeten und erhielten so Gelegenheit, ihre wirren Ideen millionenfach zu verbreiten. Die Erklärungen der polnischen Landesväter, die sich sogleich um Wiederherstellung von Ruhe und Ordnung bemühten, wurden hingegen entweder glattweg unterschlagen oder allerhöchstens in entstellter Form dargestellt. Und von der ungeheuren Mehrheit des polnischen Volkes, von den gut 35 Millionen Polen, die Tag für Tag ihren Teil leisten am Ausbau der Volkswirtschaft, war und ist natürlich in unseren sensationslüsternen Medien wenig zu hören.

Das ist, nach den Zürcher Jugendunruhen, bereits der zweite Fall skandalöser einseitiger Berichterstattung der Monopolmedien. Man ist zur Annahme gezwungen, dass die Krawallisten über Mittelsmänner in den Medien verfügen. Wann endlich werden Köpfe rollen? Wie lange werden wir dieses schamlose Polit-Trommelfeuer in unserer Wohnstube noch erdulden müssen? Nicht einmal in den Zeitungen war diesmal eine Spur von Ausgewogenheit zu finden. Die «NZZ» scheint ihren Hofjuristen in die Ferien geschickt zu haben – der hätte doch sonst bestimmt längst in einem paragraphenblitzenden Artikel die x-fache Illegalität der polnischen Rebellen bewiesen.

Martin Frischknecht

dass wir uns dies und jenes an Falschinformationen nicht mehr bieten lassen, aber von Sanktionen ist keine Rede. Ich kann nur hoffen, dass es eine Wirkung hat, und *eine* Wirkung besteht darin, dass wir heute hier zusammensitzen.

Picard: Irritiert Sie die Vorstellung von vierter Macht, Sie haben das vorhin selber erwähnt? Also Presse und Radio und Fernsehen, die anfangen, sich für jene einzusetzen, die keine Medien haben. Irritiert Sie diese Vorstellung?

Widmer: Überhaupt nicht. Ich fände es ganz gut, wenn unsere beiden Monopolmedien, also Radio und Fernsehen, formell als das institutionalisiert würden, was sie heute schon sind. Das setzt voraus, dass man einen Verfassungsartikel schafft, in dem eure Kompetenzen umschrieben werden, auch eure Pflichten und Rechte, und da steht euch natürlich noch einiges bevor. Wenn ihr wirklich eine vierte Macht werden wollt . . . Ich sage nochmals, ich habe gar nichts dagegen. (. . .)

Vertritt der Stapi den Hofer-Klub?

Picard: Herr Widmer, Sie sind einerseits Stadtpräsident, Sie sind anderseits Mitglied des Zentralvorstands der Schweizerischen Radio- und Fernsehvereinigung (SRFV), des Hofer-Klubs, Sie sind auch Mitinitiant der Landesring-Initiative, die eigentlich das Monopol der SRG brechen möchte. Das sind drei Funktionen. Wenn Sie die Funktion und die Rolle der Massenmedien in diesen Konflikten, die jetzt bestehen, kritisieren, können Sie sich als Stadtpräsident von Ihren andern Funktionen überhaupt trennen? Es sind ja diese andern Funktionen, bei denen es für Sie von Interesse ist, gegen das Fernsehen und vor allem gegen das Radio aufzutreten.

Widmer: Ich habe das Wort «Landesring-Initiative» bisher nicht in den Mund genommen, nicht mal am Rand, es ist Ihrer Freundlichkeit zu verdanken, dass das Thema hier zur Sprache kommt. Ich danke Ihnen für die Vorlage, ich kann nur sagen, hoffentlich unterschreiben möglichst viele Leute die Initiative aufgrund dieser Sendung, da habe ich gar nichts dagegen. Aber ganz eindeutig ist, dass die Sorgen mit diesen Massenmedien, die wir heute im Stadtrat haben, überhaupt nichts zu tun haben mit meiner Funktion beispielsweise in der Politik des Landesrings. Und Herr Kaufmann, der nicht als Mitglied oder auch nur als Sympathisant des Landesrings gilt, hat eine ganz andere politische Position, aber in bezug auf die Monopolmedien sind wir gleicher Meinung. Er nickt sogar. (. . .)

TV: «Big Carnival»

Kaufmann: (. . .) Wir haben ja gar nichts dagegen, wenn ihr dem nachgeht, was passiert, aber wir haben einfach den ganz tiefen Verdacht, dass ihr dem eben auch nachhelft. Ihr spielt doch genau diese Rolle – und ihr gefällt euch darin auch – wie der Journalist im Film «Big Carnival»: Wenn ihr an einen Unglücksfall kommt, an dem ein Indianer verschüttet ist irgendwo in einem Bergwerk, hilft man diesem nicht, sondern macht zwölf Tage lang eine Riesenshow daraus, man zögert die Rettung bewusst hinaus, damit man die Show hat. Dort müsst ihr einfach einmal ganz deutlich anfangen zu trennen, dass ihr nicht zur Sache gehört, sondern nur berichtet. Ich habe manchmal das Gefühl, dass sich ein ganz grosses Konglomerat gebildet hat von Freude und Lust an dem, was passiert, und von einer inneren Disposition, die immer bereit gewesen ist: Wie kann ich dem noch nachhelfen. Das ist halt ein ganz grosser Unterschied zwischen Einer-Sache-Nachgehen und Der-Sache-selber-Nachhelfen, damit sie möglichst lange funktioniert. (. . .)

Kurze Einführung in die Ästhetik des Films

Kaufmann: Warum habt ihr im «CH»-Magazin *(Beitrag Anfang Juli von Marianne Pietscher, Porträts von drei an den Unruhen beteiligten Jugendlichen, die Red.)* am Anfang Demonstranten und Polizisten gegeneinandergestellt, indem ihr beide im Zeitlupentempo bringt? Wobei ihr ganz genau wisst, dass das Zeitlupentempo bei jemandem, der läuft oder marschiert – das waren die Demonstranten –, unvorstellbar friedlich und abgeklärt aussieht. Und jemand, der im Laufschritt in Zeitlupentempo photographiert wird, wirkt durchaus lächerlich. Das wissen die meisten Kunden von euch nicht, aber solche, die ein bisschen etwas von Filmmedium wissen, verstehen sofort, was ihr mit dem machen wollt. Und euer Publikum ist zu 90 Prozent wirklich nicht informiert, was Film ist. Und da manipuliert ihr, und wenn am Schluss das Mädchen auf der Gemüsebrücke noch vorkommt und sagt: *«Ich cha nüme dure, woni wott, ich cha mi nüme bewege»,* dann macht ihr den zweiten grossen Fehler, indem ihr keinen einzigen Gemeinderat gefragt habt, der am Anfang nicht mehr dorthin konnte, wo er wollte. (. . .) Die sollen an einem Punkt alles von oben herab aufnehmen und filmen, von allem Anfang an. ●

Das Telsat-Projekt

Fortsetzung von Seite 1

vor allem der Staat anschicken, medienpolitische Konzepte zu entwickeln (Kommission Kopp, Radio- und Fernsehartikel, neue Verordnung über den lokalen Rundfunk), versuchen einzelne Kommerzinteressenten, ihre Schäflein noch vorher und ungehindert ins trockene zu bringen. Und das muss möglichst rasch gehen: Während die Initianten für die Vorbereitung des Telsat-Projekts nach eigenen Angaben zweieinhalb Jahre brauchten, verlangen sie vom Staat bis zum 1. Oktober 1980, also vier Monate nach Einreichen des Gesuchs, die Konzession. Dieser Fahrplan ist schlicht erpresserisch. Er würde die Abdankung jeglicher Medienpolitik bedeuten. Es wäre Unsinn, für eine derart bedeutende Veränderung grünes Licht zu geben, bevor die wichtigen grundsätzlichen Weichen gestellt sind (Medien-Gesamtkonzeption, Verfassungsartikel für Radio und Fernsehen).

Die Fait-accompli-Politiker aus dem Telsat-Umkreis (auch ein Schawinski wäre hier anzuführen) versuchen nichts anderes, als medienpolitische Anstrengungen zu unterlaufen. Sie negieren letztlich den Anspruch des Staates, im Medienbereich ordnend einzugreifen – was stets auch heissen muss, den Geschäftemachern Riegel zu schieben. Die Medienkommerzler reiten auf der aktuellen Welle: «Mehr Freiheit, weniger Staat». Oder konkreter: «Mehr Wirtschaftsfreiheit, weniger Medienpolitik».

Die Verkaufstricks der Kommerzler

Die Telsat-Leute wissen natürlich, dass sie mit ihrem Fahrplan ausserhalb jeglicher eidgenössischer Gepflogenheiten liegen. Deshalb haben sie und ihre Anhänger eine Reihe von Verkaufstricks ausgeheckt, die näher anzuschauen sich lohnt, zumal diese Tricks nicht nur beim Satellitenprojekt, sondern auch im Zusammenhang mit kommerziellen TV- und Radiomodellen auftauchen.

Verkaufstrick 1: Es kommt ohnehin. In wenigen Jahren werde die Schweiz ohnehin mit Dutzenden von Satellitenprogrammen überflutet. Sich gegen eine technische Möglichkeit zu stemmen, sei hinterwäldlerisch und erfolglos. Demgegenüber ist festzuhalten: Die technische Machbarkeit ist noch nicht Grund genug für die Lancierung neuer Medien. Zu fragen ist in erster Linie nach dem gesellschaftlichen Sinn: Also Diskussion über Inhalte, Programmkonzepte usw.

Verkaufstrick 2: Jetzt oder nie. Was zum Abc jedes Staubsaugerverkäufers gehört, ist auch den Telsat-Leuten recht. Wenn die Konzession nicht sofort erteilt werde, sei das Projekt gestorben, lautet ihr Tenor: *«Der wirtschaftliche Erfolg unseres Projekts hängt entscheidend davon ab, dass es uns gelingt, vor unseren Nachbarstaaten den Betrieb eines Fernsehsatelliten aufzunehmen.»* Näher begründet wird diese Behauptung allerdings nicht – was auch schwerfallen dürfte. Nach einigen Jahren fragt kein Werbetreibender danach, welche Station zuerst auf dem Markt war, sondern nach Reichweiten und Preisen. Oder spielt etwa im aktuellen Reichweiten-Konkurrenzkampf zwischen «Tages-Anzeiger» und «Züri-Leu» (beide erreichen zwei Drittel der Zürcher Agglomeration) eine Rolle, dass der «Tagi» einige Jahrzehnte mehr auf dem Buckel hat? Oder will jemand behaupten, in zwei, drei Jahren mache «Radio 24» das Werbegeschäft und nicht das Verlegerradio «Üetli», nur weil Schawinski der erste war?

Verkaufstrick 3: Das SRG-Monopol fällt ohnehin. In die Mediendebatte der letzten Jahre hat sich die feste Redewendung vom ohnehin fallenden SRG-Monopol eingeschlichen, ohne dass je eine ernsthafte Diskussion zu dieser Frage stattgefunden hätte. Mit einer Scheinheiligkeit sondergleichen lanciert beispielsweise ein «Blick» (Medienkonzern Ringier) regelmässig Kampagnen gegen die SRG, um später zu vermelden, der Ruf der SRG-Programme beim Publikum werde immer schlechter. Ich meine, dass bei einer sorgfältigen Auflistung der Vor- und Nachteile des SRG-Monopols die Argumente für die Beibehaltung des jetzigen Modells *auf nationaler Ebene* klar überwiegen. Die SRG hat das ganze politische Meinungsspektrum zu berücksichtigen; sie versorgt die ganze Schweiz (auch Randgebiete) und die ganze Bevölkerung (auch Minderheiten) mit Programmen – und nicht bloss die kommerziell interessanten Gebiete und Gruppen. Eine Kommerzialisierung von Radio und Fernsehen würde die Zentrum-Peripherie-Problematik entscheidend verschärfen und auch den helvetischen Föderalismus schwer belasten (die Romands und die Tessiner profitieren heute von einem massiven Finanzausgleich bei den TV- und Radiogebühren).

Verkaufstrick 4: Konkurrenz bringt Vielfalt. Was in der Wirtschaft als Allgemeinplatz gilt (Konkurrenz ist besser als Monopole), wird unbesehen auf die Medien übertragen: Eine Konkurrenz verschiedener TV- und Radiostationen bringe endlich eine Vielfalt in die Programme. Leider ist nach aller Erfahrung das Gegenteil anzunehmen: Konkurrenz bringt Einfalt. Weil Programme, die mit Werbung finanziert werden, stets auf werbeattraktive Zielgruppen ausgerichtet sind, werden sämtliche Programmüberlegungen dem Diktat der Publikumsmaximierung untergeordnet. In Belgien, wo seit einigen Jahren der Kommerzsender RTL (Luxemburg) bestehende pluralistische Stationen bedrängt, waren die Folgen verheerend: anspruchsvollere politische und kulturelle Sendungen sind aus den bisherigen Programmen praktisch verschwunden, rekreative Unterhaltung ist Trumpf.

Wo bleiben Programmkonzepte?

Das Telsat-Konzessionsgesuch trägt in ziemlich allen Punkten dick auf. Mit einer Ausnahme: Die Programmvorstellungen sind derart mager ausgefallen, dass man nur noch den Kopf schütteln kann. Von 67 Seiten sind ganze zwei der «programmlichen Tätigkeit» gewidmet. Ganz offensichtlich haben bei den Telsat-Initianten Manager und Rechner und Juristen mitgemischt, nur nicht Journalisten und Programmacher. Ich meine, dass sich ein neues Medium in allererster Linie von seinen inhaltlichen Leistungen, in diesem Fall von einem fundierten Programmkonzept her, rechtfertigt oder eben nicht rechtfertigt. In diesem Prüfungspunkt sind die Telsat-Initianten radikal durchgefallen, so dass die Antwort auf ihr Konzessionsgesuch nur ein Nein sein kann.

Jürg Frischknecht

Die «gesunde» Konkurrenz

In Belgien empfangen die Zuschauer schon seit Jahren bis zu 15 Programme. Um die letzten Zuschauer nicht zu verlieren, müssen es die öffentlich-rechtlichen RTL den Privaten gleichtun und ihr Unterhaltungsprogramm ausbauen. Variété-, Show-, Quiz- und Musiksendungen haben in den letzten Jahren um mehr als 100 Prozent zugenommen. Verlierer sind die politischen Sendungen, die heute nur noch gerade 10 Prozent der Zuschauer erreichen. Seit Beginn der Verkabelung ist die Produktion von zeitkritischen Fernsehfilmen um 75 Prozent zurückgegangen. Kulturelle und wissenschaftliche Sendungen sind nahezu chancenlos.

braucht

Hörer,
(01) 242 11 12

Informanten
(01) 242 63 27

und Gönner
(PC) 80–53650)

das konzept

braucht

Abonnenten

(01) 47 75 30

und Inserenten

(01) 47 75 30

Optik Iselin
Rämistrasse 39, 8001 Zürich
Telefon 01 69 44 41

Alles, was sauber in die Maschine getippt werden sollte, schreibe ich für Sie promt und zuverlässig (d, f, e)
Tel. abends (01) 362 23 43, Esther Graf

DAS GIBT'S DOCH NICHT !

Das Bankfach im Überblick

Suchen Sie als

Hochschulabsolvent/-in

den idealen Einstieg ins Bankfach?

Unser 18monatiges

Allround-Praktikum

bietet Ihnen Gewähr für eine gründliche und vielseitige Einführung in die vielfältigen Aufgaben einer international tätigen Grossbank.

Dank einer idealen Kombination von Theorie und Praxis sowie Ihrem persönlichen Einsatz erarbeiten Sie sich eine vielversprechende Startposition für Ihre berufliche Zukunft.

Möchten Sie mehr erfahren?

Verlangen Sie unsere Broschüre oder telefonieren Sie unserem Herrn G. Neininger (Telefon 01/234 20 62), der Ihnen für ein persönliches Gespräch gerne zur Verfügung steht.

SUBS G
Schweizerische Bankgesellschaft
Bahnhofstrasse 45, 8021 Zürich

Wieviel politische Rechte haben die Ausländer

Nur für Eid-Genossen

Von Thomas Schaffroth

Die Fremdarbeiter zahlen in der Schweiz Steuern, ohne über deren Verwendung mitreden zu können. Mit dem Stimm- und Wahlrecht für Ausländer tut man sich hierzulande schwer. Aus Angst, die hübsch verkrustete Politlandschaft könnte in Bewegung geraten?

«Man wird es als ein anormales Verhältnis bezeichnen müssen, wenn ein erheblicher Prozentsatz eines Landes Fremde sind, die vermöge dieser Eigenschaft von der öffentlichen Institution ausgeschlossen bleiben, das heisst jeder Mitwirkung an der Selbstverwaltung, die im demokratischen Staat eine immer ausgedehntere wird, enthoben sind.» (Bundesrat, zit. aus BBL. 1901)

«Die politische Betätigung und die nach den demokratischen Spielregeln daraus sich ergebende staatliche Willensbildung ist grundsätzlich Sache des Schweizer Bürgers und nicht des Ausländers.» (Entscheid des Eidgenössischen Justiz- und Polizeidepartements, 23. Okt. 1956)

*

1980: Das helvetische Bürgertum hat kein Interesse daran, dem nichtschweizerischen Sechstel der Wohnbevölkerung das Stimm- und Wahlrecht zu gewähren. Hinter all der staatsrechtlichen Paragraphenjongliererei über die für das Stimmen nötige Blut- und Bodenzugehörigkeit verbirgt sich offensichtlich die Angst, Fremdarbeiter und Fremdarbeiterinnen, welche die elementarsten demokratischen Rechte ausüben, würden die nationale politische Landschaft allzusehr verändern. So enthält auch der Entwurf für ein neues Ausländergesetz – dessen Diskussion in den eidgenössischen Räten bewusst verzögert wird, um zuerst die «Mitenand»-Initiative zu bodigen – keine Spur von demokratischer Rechtsverbesserung für die Ausländer. Im Gegenteil! Die bestehende Rechtsungleichheit wird im Gesetzentwurf aus dem Hause Furgler weiter ausgebaut, indem neuerdings ausländische Vereinigungen (vom Fussballklub bis zur Partei) von den Behörden gezwungen werden können, die Personalien sowie die Herkunft und die Verwendung ihrer finanziellen Mittel bekanntzugeben.

Ausländerräte – ein Übungsrütli

Entgegen dieser harten Linie laufen nun in verschiedenen Gemeinden (z. B. in Yverdon, Lausanne, Baden, Wettingen) Versuche mit sogenannten Ausländerräten oder -parlamenten. Die Stadt Zürich ist gerade daran, ein solches Gremium auf die Beine zu stellen. Mittels einer «Plattform der Meinungsbildung» («NZZ») sollen den Emigrantinnen und Emigranten zumindest dem Schein nach minimale Partizipationsmöglichkeiten auf Gemeindeebene gewährt werden. Denn schliesslich zahlen die «Fremden» auch Steuern und werden von der kommunalen Infrastrukturpolitik direkt betroffen.

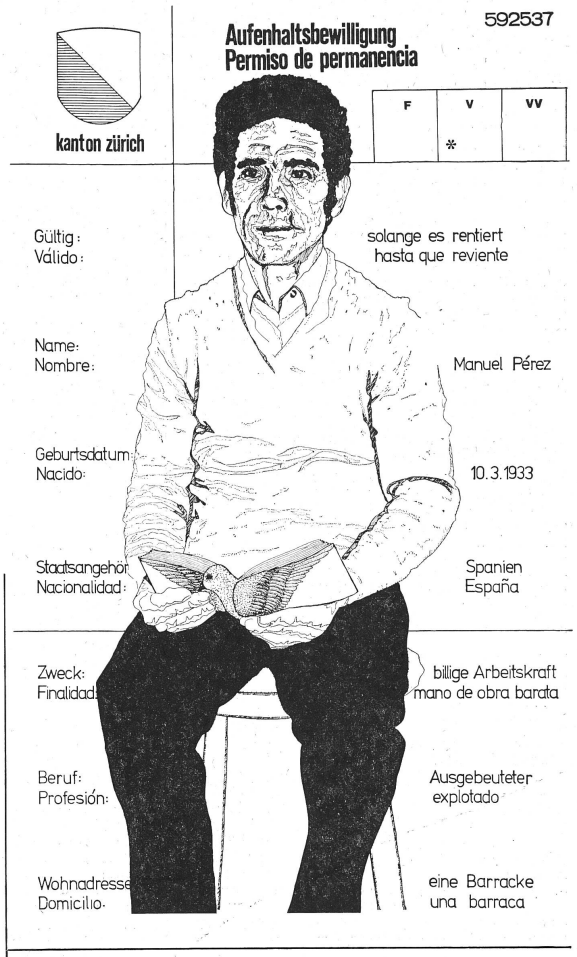
Wie viele Ausländerorganisationen könnte man der Meinung sein, ein Ausländerparlament sei besser als gar nichts. Nur: Betrachtet man die Kompetenzen, die solchen Gremien im besten Fall zugestanden werden (Vernehmlassung, Empfehlungen an die Gemeindelegislative, Recht auf Bdantwortung von Anfragen), so wird man den Eindruck nicht los, es handle sich bloss um eine Alibiübung. Denn auch mit Ausländerrat und Ausländerparlament gibt es keine gesetzlichen Grundlagen, welche die einheimischen Politiker und Politikerinnen dazu verpflichten, auf die Anliegen der ausländischen Bevölkerung einzugehen. In der Bundesrepublik Deutschland und teilweise auch in Belgien wurden bereits vor mehreren Jahren mit gleichen Partizipationsgremien genügend negative Erfahrungen gesammelt, als dass es noch nötig wäre, solche Experimente auch in der Schweiz zunwiederholen. Entweder gingen die Ausländerparlamente mangels Interesses der ausländischen Bevölkerung wieder ein, oder die Ausländerorganisationen zogen sich bewusst zurück, aus Frustration über ihre Kompetenzlosigkeit und auch aus Einsicht, dass sie sich in diesen Gremien erneut ghettoisieren lassen würden.

Politische Mündigkeit als Privileg?

Integration der ausländischen Bevölkerung kann nur dann stattfinden, wenn sie auch politisch an unserem Alltag teilhat und ihn mitgestaltet. Der Kampf um die politische Rechte der Ausländer wird jedoch ein lange dauerndes und schwieriges Unterfangen sein, vergleichbar vielleicht mit dem Kampf um die Einführung des Frauenstimmrechts vor rund 10 Jahren. In den Gewerkschaften, dort, wo Ausländer und Schweizer bereits heute gemeinsam politische und ökonomische Forderungen stellen und Solidarität üben, sollte die politische Mündigkeit der Emigrantinnen und Emigranten allerdings schleunigst zur Selbstverständlichkeit werden. Eine Spaltung der Arbeiterklasse nach Nationen wirkt sich nicht nur gegen die Ausländer, sondern letztlich auch gegen die einheimischen Arbeitnehmer aus. ●

Wie stimmen Ausländer?

In Schweden erhalten die Fremdarbeiter und Fremdarbeiterinnen seit 1976 nach dreijähriger Aufenthaltsdauer das Regional- und Kommunalstimmrecht. Bei den letzten Gemeindewahlen waren die Hauptnutzniesser dieses neuen Wählerpotentials eindeutig die Linksparteien. Bei einer Stimmbeteiligung der Ausländer von rund 60 Prozent legten 60 Prozent der stimmenden Ausländer für die SP ein und 18 Prozent für die KP. Die übrigen 22 Prozent wählten bürgerliche Parteien. Obwohl in der Schweiz die Ausländer in den Kantonen Neuenburg und Jura das Stimmrecht auf Gemeindeebene auch ausüben können – allerdings erst nach mindestens zehnjähriger Aufenthaltsdauer (Niederlassung) –, gibt es bis anhin noch keine Untersuchungen über die Stimmpräferenzen der ausländischen Bevölkerung in der Schweiz.



TIP·TIP·TIP

Kaiseraugst nein!

Am 27./28. September findet im Kanton Zürich die Volksabstimmung über die Wünschbarkeit des Atomkraftwerks in Kaiseraugst statt. Das Resultat wird von grossem Gewicht sein: Es ist die einzige Abstimmung in der ganzen Schweiz, bei der sich das Volk direkt zu Kaiseraugst äussern kann. Die Zürcher Koordinationsgruppe Atomschutz, ein Verein, in welchem Bürgerinitiativen, AKW-Gegner, Umwelt- und Energiegruppen zusammengeschlossen sind, wird mit Inseraten für ein Nein zum Atomkraftwerk Kaiseraugst werben. Helfen Sie mit.

Zürcher Koordinationsgruppe Atomschutz, Postfach 205, 8034 Zürich. Tel. 69 14 00. PC 80 – 58 906.

«Basta»! – Jetzt reicht's!

Im Jahr 1980 werden in der Schweiz in Sachen Ausländerpolitik wichtige Entscheide gefällt (Ausländergesetz, Saisonnieratut). Die Veröffentlichung dieses Lesebuchs über die Problematik der Ausländerbeschäftigung kommt gerade zur rechten Zeit. Die Autoren haben nicht nur eine Fülle von Informationen über die Situation der Fremdarbeiter in der Schweiz zusammengetragen, sie lassen auch unsere ausländischen Arbeitskollegen, Männer, Frauen und Jugendliche, ausgiebig zu Wort kommen. Die zutage geförderten Tatsachen und herrschenden Meinungen zum Ausländerproblem zeigen, dass die helvetische Ausländerpolitik kein Ruhmesblatt darstellt für ein Land, das sich oft mit seinen humanitären und demokratischen Traditionen brüstet.

«Basta! Fremdarbeiter in den 80er Jahren». Gloor/Ley/Pletscher/Schaffroth/Scherr/Schiavi. Limmat-Verlag, 1980. 285 Seiten. 20 Fr.

Männerzeitschrift

Bereits die dritte Nummer der Zeitschrift *«de Maa»* liegt vor, der Zeitschrift der Männerbewegung («wänns würklich eso öppis gää setti», wie die Herausgeber schreiben). Lesenswert in Nummer 3 sind die «Notizen eines verunsicherten Mannes».

«de Maa», Postfach 161, 8033 Zürich. 2 Fr.

Friedenspolitik

Die Zeitung der Arbeitsgemeinschaft für Rüstungskontrolle und ein Waffenausfuhrverbot, *«Friedenspolitik»*, fasst in ihrer Juliausgabe die neusten Informationen zum Export schweizerischer Kampfflugzeuge, der Pilatus-PC-7 und der Bravos, zusammen. Diese als

Trainingsflugzeuge deklarierten Maschinen wurden 1973 von Gnägi vom Kriegsmaterial ausgenommen, obwohl sie Einbauten für Waffen (Halterungen) besitzen, wie internationale Fachzeitschriften beweisen. Ein breites Angebot von Ausrüstungen zu Kampfzwecken steht zur Verfügung.

Ein Verantwortlicher der belgischen «Fabrique Nationale Herstal», Jacques Dobbelaere, erklärte, dass die Firma mit dem Pilatus PC-7 ihr Bewaffnungssystem für leichte Flugzeuge überhaupt erst fertig entwickelt habe. In Inseraten bietet die Firma an: *«Ihre leichten Flugzeuge können schwer zuschlagen . . .»*

Dass die Flugzeuge in Länder der dritten Welt geliefert werden, wo sie gegen Aufständische eingesetzt werden, ist längst kein Geheimnis mehr. Nur der Bundesrat weiss von all dem nichts.

«Friedenspolitik», Postfach 28, 8026 Zürich. Jahresabonnement 5 Fr.

EMD-Oberstleutnant als Cincera-Lieferant

Ehrlich währt am längsten

Die immer wieder geleugneten Verbindungen EMD–Cincera gibt es halt doch. Es hat allerdings lange gedauert, bis die Herren Juristen auch dieser unbequemen Wahrheit nachsuchten. Jetzt wird Oberstleutnant und Cincera-Lieferant René Schmid vor Gericht gestellt.

dk. Der 53jährige Oberstleutnant aus Zollikofen BE hat der Organisation Cincera in den Jahren *1974 bis 1976* Personalinformantionen über unbequeme Wehrmänner zugestellt und in umgekehrter Richtung Auskünfte erhalten. *René Schmid,* damals als Major, Verbindungsoffizier *Heer und Haus* in der EMD-Abteilung für Sanität, muss sich jetzt wegen wiederholter Verletzung des Amtsgeheimnisses verantworten.

Überführt wurde Schmid durch zwei Dokumente, die schlecht zu leugnen waren. Das erste Dokument stellten Mitglieder des Demokratischen Manifests seinerzeit im Cincera-Archiv sicher: Ein *«Dringendes Nachrichtenbegehren»* über den Saniätskorporal S., von dem Schmid gleich ein Passphoto und eine Handschriftenprobe nach Zürich schickte – entnommen dem militärischen Vorschlagsdossier. Das zweite Dokument, eine Schmid-Anfrage über sechs *«Verdächtige» Sanitätsrekruten,* kam bei der *Entsiegelung* des Cincera-Archivs zum Vorschein. Dabei wurden auch die beiden dazugehörenden Bearbeitungsformulare der Organisation Cincera gefunden. Diese zeigen, dass Cincera selbst die Schmid-Anfragen intern weitergeleitet hat.

Beängstigendes Tempo

Das am meisten belastende Dokument über den Korporal S. hat das DM den Zürcher Untersuchungsbehörden bereits Ende November 1976 übergeben. Wenige Tage darauf wurde Schmid in Zeitungsartikeln und im «Dossier Cincera» als mutmasslicher Täter der Amtsgeheimnisverletzung genannt. Das veranlasste Schmid zu einer internen *Beichte bei André Amstein,* in Personalunion Chef der Bundespolizei und der militärischen Abwehr, und bei Ausbildungschef *Gérard Lattion.* Trotz diesem Geständnis wurde erst ein gutes Jahr später (!) vom EMD eine «vorläufige Beweisaufnahme» wegen Verletzung militärischer Geheimnisse angeordnet. Noch einmal rund zwei Jahre später, am 7. und 10. Dezember 1979, wurde Schmid zum ersten Mal detailliert zu den ihn belastenden Dokumenten verhört. Abgesehen von den nicht zu leugnenden Beweisstücken wurde Schmid von seinem Gedächtnis ziemlich im Stich gelassen. Nicht im Stich gelassen wurde er vom Bundesrat, der ihn am gleichen 10. Dezember vom Major zum Oberstleutnant *beförderte.*

Im Februar 1980 endlich, über drei Jahre nach dem Auffliegen von Cinceras Denunziokratie, verfügte Bundesrat Kurt Furgler auf Antrag des EMD die Ermächtigung zur Strafverfolgung: *«Durch sein Verhalten dürfte sich René Schmid der mehrfachen Verletzung des Amtsgeheimnisses im Sinne von Art. 320 Ziff. 1 StGB schuldig gemacht haben.»* Die Strafverfolgung wurde dem Kanton Bern übertragen, wo sich der Untersuchungsrichter 7, Fürsprecher Kaelin, noch heute mit der Voruntersuchung herumschlägt. Wer weiss, vielleicht gelingt es der Justiz, Schmid bis zum vierten Jahrestag der Cincera-Affäre im November vor Gericht zu stellen? Zum Vergleich: Die Anklageschrift gegen die drei DM-Mitglieder, die bei Cinceras Akten sicherstellten, wurde in gut zwei Monaten fertiggestellt . . . ●

Offener Brief an den Bundesrat betreffend Zivildienstinitiative

Waffendienst – mit aller Gewalt

Sie haben kürzlich beschlossen, Volk und Ständen die Ablehnung der neuen Zivildienstinitiative zu beantragen. Gleichzeitig wollen Sie auf die Ausarbeitung eines Gegenvorschlags verzichten.

Die von über 100 000 Bürgern unterzeichnete Initiative für die Einführung eines Zivildienstes stellt zurzeit für viele junge Schweizer die einzige Hoffnung und die einzige Alternative zur Militärdienstpflicht dar. Ihr Entscheid bedeutet in seiner Konsequenz nichts anderes, als dass die Regierung der Meinung ist, dass all diese jungen Leute auf Jahre hinaus übergangen werden können. Eine Minderheit, die seit Jahrzehnten für ihre Rechte kämpft, soll weiterhin ignoriert werden. Aus diesem Entscheid können wir mit dem besten Willen weder Mut noch Sorge um die Zukunft herauslesen. Die knappe und einfallslose Absage hat uns enttäuscht. Es geht ja nicht nur um die rund 400 Schweizer, die jedes Jahr von den Militärgerichten abgeurteilt werden. Es geht auch um die viel grössere Zahl derjenigen, die aus begreiflicher Angst vor den angedrohten Folgen nicht so leben können, wie es ihre Überzeugung von ihnen verlangen würde.

Wir, die in der Strafanstalt Oberschöngrün gefangengehaltenen Dienstverweigerer, wurden für insgesamt 20 Monate hinter Gitter gesperrt, nur weil wir anders denken und fühlen, als es im bestehenden Gesetz vorgesehen ist, nur weil wir den Dienst an der Gemeinschaft ohne Waffen leisten möchten – was uns nicht möglich ist, da es bei uns einen Zivildienst noch nicht gibt. Wir wurden unserer Freiheit beraubt und erhielten eine zivilrechtlich gültige Strafe aufgebrummt, mit deren Belastung wir in Zukunft leben müssen, nur weil wir eine andere Meinung haben über eine aktive Friedenspolitik unseres Landes. Wir versuchten, unsere Haltung ehrlich darzulegen und zu begründen. Als Antwort erhielten wir eine zwei auf drei Meter grosse Zelle mit einem kleinen vergitterten Fenster zugewiesen.

Es ist schwer, diese Ungerechtigkeit über Monate hinaus zu ertragen. Es war nur möglich mit der Hoffnung, bald zu den letzten zu gehören, die auf diesen sinnlosen Weg abgedrängt werden. In dieser Situation empfanden wir die bundesrätliche Absage an die Zivildienstinitiative so, als würde jemand zusätzliche Gewalt gegen uns ausüben, Gewalt mit Mitteln, die Ihnen, geehrter Bundesrat, zur Verfügung stehen. Es gibt Entscheide, die wirken wie Steine. Sie haben uns getroffen und verletzt – und wir möchten den Schmerz nicht einfach still in uns hineinfressen.

Da unsere Hände gebunden sind, treten wir in einen Hungerstreik, mit dem wir unsere Betroffenheit und unsere Aufgebrachtheit zum Ausdruck bringen wollen. Den Hungerstreik betrachten wir als Protest gegen die rücksichtslose Haltung des Bundesrats. Auch als Aufruf an alle: damit sie auf verschiedenste Art dazu beitragen, einen menschenunwürdigen Zustand baldmöglichst zu überwinden.

Unsere Forderung: Amnestie für alle Dienstverweigerer ***ab Januar 1981.*** *Wir möchten die letzten Schweizer sein, welche die Folter des Meinungsgefangenen am eigenen Leib erfahren müssen.*

*Die in der Strafanstalt Oberschöngrün inhaftierten Dienstverweigerer**

** 4 Dienstverweigerer unter den rund 70 Insassen des Gefängnisses Oberschöngrün. Der Hungerstreik begann am 29. August.*

Zivildienstinitiative

Die Bundesverfassung wird wie folgt ergänzt:

Artikel 18bis (neu)

1. Wer den Militärdienst verweigert, wird von der Wehrpflicht befreit, wenn er Zivildienst leistet. Der Zivildienst dauert anderthalbmal so lang wie die Gemtheit der verweigerten militärischen Dienste.
2. Zivildienst bezweckt die Förderung des Friedens, indem er dazu beiträgt, Ursachen gewaltsamer Auseinandersetzungen zu beseitigen, menschenwürdige Lebensverhältnisse zu schaffen und die internationale Solidarität zu stärken.
3. Der Zivildienst vollzieht sich im Rahmen öffentlicher und privater Organisationen und Institutionen, die seinen Zielsetzungen entsprechen. Koordination und Aufsicht obliegen dem Bund.

(Vgl. auch «das konzept» 11/77.)

Grafik: Eugen Bisig

INFOTHEKE

Zürich: Mütter stellen aus. Bis 30. Nov. (Mo.–Fr. 8–12, 14–18 Uhr, am 14. Sept., 8., 14. Okt. je 20–22 Uhr) in der Paulus-Akademie, Carl-Spittler-Str. 38: Frauen stellen Bilder aus zum Thema «Frauen, Kinder und Beruf.»

Sommeri: «Dr Tscharniblues». Sa., 13. Sept., im «Löwen», Sommeri: «Dr Tscharniblues», ein berndeutscher Spielfilm über Jugendliche in einem Wohnghetto.

Zürich: Anti-AKW-Film
Fr., 12. Sept., 20 Uhr: AGZ und ZAK zeigen im Volkshaus Zürich (Blauer Saal) «Die Herren machen das selber, dass ihnen der arme Mann feyndt ist», ein Film über den Widerstand der Bevölkerung in Gorleben.

Boldern: Homosexualität
Sa/So, 13./14. Sept. (ab Sa 16 Uhr): In Sachen Homosexualität . . . von Liebe, Angst und Vorurteilen. Offene Tagung des Boldern-Studienzentrums und der Paulus-Akademie. In Boldern, 8708 Männedorf.

Bern: Keller-Kino: Kubanische Filme
Sa, 13. Sept., 14.30 und 16.30 Uhr: «La ultima cena» von Tomas Gutiérrez Alea. So, 14. Sept., 14.30 und 16.30 Uhr: «El otro Francisco» von Sergio Giral.

Stäfa: Kulturkarussell Rössli
Fr, 12. Sept., 20.30 Uhr: Liliput und Ladyshave, Punk-New-Wave-Konzert mit Tanz. Fr, 19. Sept, 20.30 Uhr: Jim Page, Meister des Talking Blues.

Wetzikon: Alternativ-Fest
Sa, 20. Sept: September-Märtfäscht auf dem Vilan-Parkplatz in Wetzkon. Stände vom «Alternativ-Kuchen» Zürcher Oberland, Fest mit Jim Page, Clips etc.

Wartensee: Frauen und Frieden
Mo, 29. Sept., bis Fr, 3. Okt.: Tagung im Zentrum Schloss Wartensee, 9400 Rorschacherberg, zum Thema «Frauen und Frieden».

Zürich (und anderswo): Theaterwehr Brandheide
Bis So, 28. Sept., in der Roten Fabrik: «Ulli Richter ist nicht Ulli Richter oder der POZ,» ein Stück über die Frage, ob sich ein uniformierter und gepanzerter Mensch (Polizist) verändern kann. (3. Okt. im Sternen Felsberg, 10. Okt. Kreuz Solothurn, 11. Okt. Kleintheater Luzern, 12. Okt. Rest. Neuhof Buchs ZH).

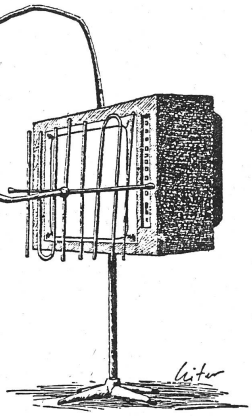
Zürich: Fotos aus der Bewegung
Seit 29. Aug. stellt der Videoladen Zürich, Tellstr. 21, 8004 ZH; Fotos aus der Bewegung aus. Weitere (Hobby-)Fotografen(-innen) sind willkommen.

Do, 11. Sept., 19.00 Uhr, Südwest 3
«Der ich unter Menschen nicht leben kann», Erinnerungen an Ingeborg Bachmann. Enge Freunde der verstorbenen Schriftstellerin, wie Frisch, Walser, Böll, Johnson, denken an ihre Erlebnisse mit Ingeborg Bachmann zurück. Ein Film von Peter Hamm.

Sa, 13. Sept., 19.50 Uhr, Südwest 3
«Take the money and run» von und mit Woody Allen aus dem Jahr 1969, ist die Geschichte eines ausgesprochenen Pechvogels, dem alles misslingt, was er in die Finger nimmt. Im Anschluss an den Spielfilm (21.10 Uhr) bringt Südwest 3 die Dokumentation «Was gibt's Woody?», in der der Autor, Regisseur und Schauspieler Allen über sein Leben und seine Arbeit berichtet.

So, 14. Sept., 20.15 Uhr, ZDF
Zum Anlass des 75. Geburtstages der «Göttlichen» zeigt das ZDF 5 Filme mit Greta Garbo. 14. Sept. «Ninotschka»; Di, 16. Sept., 19.30 Uhr «Mata Hari»; Sa, 11. Okt., 21.15 «Anna Karenina».

Mo 15. Sept., 22 Uhr, Südwest 3
In «Jazz am Montagabend» spielen Albert Mangelsdorff und das Michel-Portal-Quartett. Es ist eine Aufzeichnung des 150. NDR-Jazzworkshops Ende März in der Hamburger «Fabrik».



Mo, 15. Sept., 22.40 Uhr, SRG
Filmszene Schweiz: 6 neuere Schweizer Trickfilme.

Di, 16. Sept., Di, 23. Sept., Di, 30. Sept., jeweils 14.45 Uhr, SRG
Da capo. Wiederholung der dreiteiligen Dokumentation von Heinz Bütler «Wach auf, Schweizervolk!». Die Schweiz zwischen Frontismus, Verrat und Selbstbehauptung 1914–1940.

Mi, 17. Sept., 10.25 Uhr, ZDF
Frauen machen Geschichte: Das Zimmer von Mrs. Woolf. Ein Film über die englische Schriftstellerin Virginia Woolf.

Di, 23. Sept., 20.55 Uhr, SRG
CH. Zufrieden oder resigniert? Ein Bericht über Jugendliche, die keine Schlagzeilen machen. Ganz im Sinne Sigi Widmers, der kritisiert, dass die Braven nie im Fernsehen kommen, soll jetzt das Bild der «Jugend» korrigiert werden. Drei Jugendliche aus ländlichen Gegenden sagen, was sie über die Krawalle denken, sprechen von ihrem Verhältnis zu Freizeit, Arbeit, Staat und Zukunft.

So, 5. Okt., 20.00 Uhr, SRG
«Rebel without a cause» (deutsche Fassung: «Denn sie wissen nicht, was sie tun»), amerikanischer Spielfilm mit James Dean von 1955.

So, 12. Okt., 21.05 Uhr, ARD
«Berlin Alexanderplatz» von Rainer Werner Fassbinder, 1. Teil. Die restlichen 12 Folgen der Döblin-Verfilmung werden jeweils montags um 21.30 Uhr vom 13. Okt. bis 29. Dez. wöchentlich ausgestrahlt.

Im Wirrwarr unseres Rechtsdschungels fühlen Sie sich vielleicht etwas weniger hilflos, wenn Sie einen fortschrittlichen Anwalt zu Rate und ins Vertrauen ziehen können. Deshalb haben wir eine Liste von Juristen aus den Regionen Basel, Bern, Genf, Lugano und Zürich zusammengestellt. Telefonisch geben wir Ihnen die Adressen bekannt. Ihr Recht können wir Ihnen nicht garantieren, aber mit einer ernsthaften Behandlung Ihrer Anliegen durch die Anwälte dürfen Sie rechnen.

Telefonieren Sie: (01) 47 75 30.

Eine «konzept»/SSR-Dienstleistung

Gratis-Reisepartnersuche

Max. 35 Wörter (Schreibmaschine) an: das konzept, *Reis mit,* Weinbergstr. 31, 8006 Zürich. (Keine kommerziellen Inserate, Chiffre-Inserate siehe Rubrik «Kontakt».)

Gesucht: Reisepartnerin für **südliches Europa,** vorzugsweise Sardinien, vom 14.–28. Sept. 1980. Devise: Sport als Erholung: Tennis, Surfen, evtl. Segeln, ist aber nicht Bedingung. Ich (männl., 23) erwarte Deinen Anruf. Tel. G (056) 22 86 44, P (056) 83 13 76 (ab 18.30 h).

Ich, 28, suche Reisepartnerin für 6–8 Wochen, Start Anfang September. **Richtung Fernost oder südliches Europa.** Regula Häfeli, Tel. P 53 41 30, G 715 41 71.

Tennisbegeisterter Jüngling (18) sucht für die SSR-Ferien, **1 Woche Tennis + 1 Woche Sardinien** auf eigene Faust, vom 21. 9.–5. 10. in Alghero, junge(n) Begleiter(in). Bitte meldet Euch per Telefon: (031) 32 51 09, oder schreibt mir an folgende Adresse: Stefan Jhlenfeld, Robinsonweg 20, 3006 Bern.

Wer kommt mit mir Ende Sept. für ca. 3 Wochen **nach Griechenland?** Ich freue mich auf Deinen Anruf: Regula Feiner, (083) 2 12 41.

Polen-Rundreise: Wer fährt mit? 18. 8.–2. 9. Autostopp + Bahn/Jugendherberge + Camping/Besichtigung (Danzig, Warschau, Krakau, Breslau), Bergsteigen (Tatra), Paddeln (Masuren) etc. Jürgen Kunz, Blarerstr. 38, D-775 Konstanz (Stud., 27 J.)

Suche für einen 6–8monatigen **Zentral- und Südamerika-Tramp** einen Reisepartner. Start zirka Anfang November 1980. Evi Haussener, Thormannmätteliweg 37, 3004 Bern, (031) 23 69 62.

Wer hätte Lust, mit mir, weibl. vom 27. Sept.–10. Okt. **irgendwo** Ferien zu machen? Schreib oder telephoniere an Marlies

Fuhrimann, Heigelloch 2, 5443 Niederrohrdorf, (056) 96 26 88.

Student (30); Partnerin zum Reisen in **ein Land Südeuropas** gesucht. Mögliche Termine: Von August bis Mitte September. Bildzuschrift oder Anruf an: Kurt Richter, Scheffelstr. 50, 776 Radolfzell/BRD, Telefon 07732/10661.

Anfang September **in den Süden** (Frankr., Italien . . . oder . . .)? Suche Begleiter(in) oder Gruppe. Bin weiblich, 28j. Chr. Schüpbach, Stockhornstr. 3510 Konolfingen.

Südamerika, USA, Kanada, ohne grossen Komfort. Wer kommt mit? Ab Nov./Dez. 80 bis ca. Aug. 81, oder etwa in dieser Schuhgrösse. Bitte ruf mich an. Benno Heer, (071) 41 32 63.

Wer möchte **zuerst Kanada, danach Südamerika** kennenlernen. Ich (w., 26) suche auf April 81 Reisegefährtin. Melde Dich doch bei mir. Tel. (052) 23 45 64, Julia Hetschel, Gertrudstrasse 6, 8400 Winterthur.

Wir haben eine Liste zusammengestellt von Ärzten, welche die Abgabe der Pille und anderer Verhütungsmittel liberal und unkompliziert handhaben.
Ausserdem ist ein Merkblatt erhältlich für den Fall, dass ein Schwangerschaftsabbruch in Betracht gezogen werden muss. Sie finden darauf Informationen über Kliniken und Ärzte im In- und Ausland. Erfahrungen, die mit diesen Adressen gemacht werden, finden etwa halbjährlich ihren Niederschlag in einer Neuauflage dieses Merkblatts.
Diese Unterlagen können Sie gratis beziehen. Richten Sie Ihre Bestellung an die Redaktion, und legen Sie ein adressiertes und frankiertes Antwortcouvert bei.

Für 1–2tägige Bergwanderungen suche ich **Partnerin mit etwas Ausdauer** und Freude an der Natur. Ich: m., 28, wohne im Raum **Basel.** Chiffre A 970.

Gsuecht wird: **Mänsch, wiblich, 16–21 Jahre alt.** Liebt und macht Folk und Blues, isch engaschiert, hät Tel. (085/075). En Mänsch, **21 Jahr** alt, männlich, hät Di villicht **gern.** Also: (085) 4 21 67.

Ich, w., habe vor, **Anfang 81 für 3 Monate nach Südamerika** (mit Rucksack) zu verreisen, um die Menschen in der 3. Welt aus nächster Nähe kennenzulernen. Welcher Mann um die 30, der evtl. spanisch spricht, hat Ähnliches vor? Bitte melde Dich unter Chiffre B 971, damit wir unsere Reise gemeinsam planen können.

Hilfe! Wer bringt jungem Mann aus D, 23 J., an einem Sonntagnachmittag gegen Mini-Honorar das **Tanzen** bei? Chiffre. C 972.

Suchen Sie eine Wohngemeinschaft oder Wohngenossen (-genossinnen)? Haben Sie ein Haus zu vermieten?

Zimmer gesucht, mit Küchen- und Badezimmeranteil, Nähe Stadtzentrum. Ab sofort. Bis 250 Fr. Gaby, Tel. (041) 36 73 23.

Suche **2-Zimmer-Wohnung in der Stadt Zürich** (ohne grossen Komfort), Miete bis ca. 350 Fr. Ich weiss, dass ich der einzige bin. Tel. (01) 47 67 35, Bürozeit.

Kleines Zimmer (Mansarde oder so) in der Zürcher Altstadt gesucht. (01) 55 28 88, am besten abends.

Suche immer noch **2-Zimmer-Wohnung in der Stadt Zürich** (ohne grossen Komfort), bis ca. 350 Fr. Jetzt bin ich schon zwei. Tel. (01) 47 67 35, Bürozeit.

Wir suchen ein **Gampiross aus Holz** für unsere Tochter. (01) 69 28 28.

Suche intakte **mittelgrosse Geschirrwaschmaschine.** Bedarfsnachweis kann zwecks Beruhigung des ökologischen Gleichgewichtsgewissens geliefert werden. Während Bürozeit. Tel. (01) 69 27 69.

Gesucht: Günstiger **motorloser Kühlschrank** mit Tiefkühlfach (ca. 60 l). (01) 47 82 10, alle wissen Bescheid.

Wenn alles gut geht, verschenken wir ab ca. Mitte Oktober **kleine Büsi** (allerings nur an Orte mit Garten). Reservationen nimmt entgegen ab sofort Tel. (01) 363 13 13, abends.

Mehrmals umgeschaufelter, teuer analysierter **frauengruppendynamisch kompostierter Psychohaufen** zu freier weiterer Verwendung günstig abzugeben. Tel. (01) 42 75 12.

Teppich zu verschenken, Wolle, 2×3 m, rot gemustert. (031) 25 88 05.

Ovaler **Louis-Philippe-Tisch,** mahagoni, zu verkaufen. Tel. (01) 69 44 41 (morgens)

Kreuzworträtsel Nr. 12

Abo bis Dezember 1981

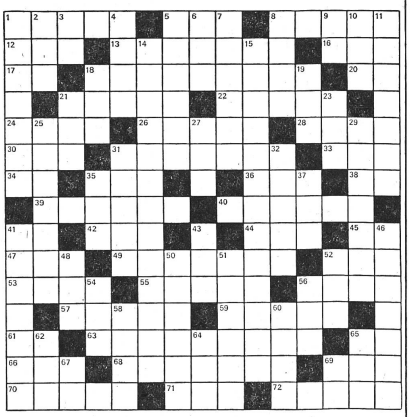
Schreiben Sie auf eine Postkarte **die 6 in der Legende zu 1 waagrecht gesuchten Wörter** und nehmen Sie damit an der Verlosung von 5 Abos bis Ende 1981 teil.

Lösungen bis 1. Oktober 1980 an: «das konzept», **Kreuzworträtsel,** Weinbergstr. 31, 8006 Zürich.

Machen Sie mit – wenn Sie hier gewinnen, ersparen Sie sich das Schlangestehen am Kiosk, wenn am 14. Oktober das nächste «konzept» mit der Literaturbeilage erscheint. Für Geniesser) steht Kreuzworträtsel Nr. 13 an der «Infotheke», für Frustrierte die richtige Lösung von Kreuzworträtsel Nr. 12.

waagrecht (i=j=y)
1 Finden Sie heraus, was unsere Abonnenten haben?
5 Wird im TV-Studio abgefahren
8 siehe 1 waagrecht
12 Braucht AKWs, um die Preise hochzutreiben
13 Dieser italienischen Jugendlichen fehlt ihr US-Soldat
16 Engländer werden schwach mit ihm
17 Citroëns Göttin
18 Was tun mit ihm? Keinen produzierbn?
20 Dieser griechische Artikel weist den Engländern die Richtung
21 Stammvater des Teddybärs
22 Sternblume
24 Dahrendorf intim
26 Wo die Politiker ihre Tricks herholen
28 Nein, keine Fata Morgana
30 Biafrische Volksmehrheit
31 Die wilden Reiter haben den Kopf am Pferdeschweif angebunden
33 siehe 15 senkrecht
34 Schweizer MdB
35 Frage aus dem Groschenroman: Lässt sie den Erdnussfarmer im Stich und folgt dem Filmhelden?
36 In dem dieser Gesellschaft gibt es manchen Wirbel
38 Diesmal hat der Papagallo Einwände
39 Aufforderung an teutscher Frische (2 Wörter)
40 Zahnloser Reim zu Fallera
41 Da staunt er
42 Das OKW in Frankreich
44 Reserviert für studentische Spässe?
45 Wichtiger amerikanischer Beitrag zur Völkerverständigung
47 Noch italienischer als die TSI
49 Solche Bäume sind echt selten
52 Hat zwei von 23 senkrecht, aber trotzdem seine Geschwindigkeit verloren
53 Khomeinis Kollege
55 Der hochsichere dient zur Isolation von Systemkritikern
56 Oooh, schon wieder werden Zürichs Kulturgüter beschädigt
57 Mekkas Würfel leicht durchgeschüttelt
59 So liebt der Italiener seinen Aperitif
61 Deutsche BB
63 Kein Platz für sie im neuen China
65 Kurzer Beginn einer lateinischen Erklärung
66 Diese Faschisten zerbombten Bologna
68 Die Hayworth hat Hollywood verlassen
69 Der Hans war dada und surreal
70 Wollte das Jassen populär machen, erfand deshalb die freie Meinungsbildung
71 Kinder wissen, warum dieses Tier so schnell ist
72 Hat mit Politik zu tun, oder doch nicht?

senkrecht (i=j=y)
1 Indira Gandhi ist eine
2 Morgenröte im alten Griechenland
3 Kurzform eines bekannten Monatstitels
4 So wird die Rechnung vornehmer präsentiert
5 Teffpunkt für Rumäniens neue Klasse
6 Das einzige Kurze an wissenschaftlichen Büchern gerät meistens zu lang
7 Auf den Krieg der Germanen folgt das Unheil der Griechen (2 Götter)
8 Wenn er sich in Harrisburg nach unten fortgesetzt hätte, wären wir die AKWs wohl los
9 Ihr Valentin ist Bauer geworden
10 Auch die «AJZler» werden es gelegentlich
11 Pasolinis Christusparabel
14 In Polen war's noch keiner, im Iran ist's keiner mehr
15 siehe 8 waagrecht (2 Wörter)
18 Die Jünger vom «Divine Light» haben anscheinend auch in Hitlers Namen Versuche angestellt
19 Mancher Papst hörte auf . . . Viele Hunde auch
21 Ordentliche Deutsche halten es reinlich
23 Mit dieser Erfindung argumentieren oft die Technokraten
25 Gilt vielen als Vorbild, trotzdem er seinen Sohn opfern wollte (oder weil?)
27 In Zürich gibt es sie nicht mehr
29 Er war lange vor den Kubaflüchtlingen in Florida
31 Macht zweite hinter 52 senkrecht
32 Deutscher Aufklärer zu Wirtschaftswunders Zeiten
35 C. G. Jungs moderner Mythos
37 berichtet zum Gesamten Einsatz des Kapitals
41 Ihr Faden hält
43 Wird doppelt, dreifach, vielfach in Schweizer Parlamenten produziert
46 siehe 33 waagrecht
48 Stapft zottig in Tibet herum
50 Amerikanisches Handelsschiff
51 Die kleine Flöte hat ihren untersten Ton verloren
52 Heute Tokio
54 So spricht der Amerikaner viele Frauen an
56 In Italien sind die sonnigen häufiger
58 Karthagischer Kinderfresser
60 Mit dieser Frucht hat der Stotterer keine Probleme, sie ist auch von der verkehrten Seite gesund
62 Die meisten Berner haben zwei
64 Auf dieser Fläche könnten die Schweden keine Skistation bauen
65 Wird benötigt, um Lässiges zu steigern
67 Der Arzt schreibt's leicht enttäuscht, der Patient hört's meist erleichtert
69 Fühlt sich in Italien als Vorhut des Proletariats



Lösung zu Kreuzworträtsel Nr. 11 (Juli 80)

waagrecht: 1 Klamauk, 7 Val d'Oro, 13 Kaum an Opern, 14 ab, 16 Slum, 17 logo, 18 Pf, 19 Wan, 21 Ampulle, 22 DFE, 23 Aura, 25 UF, 26 VL, 27 poer, 28 Leibe, 30 Joe, 31 tfoft, 32 lauf Emu, 34 Rad Affe, 36 Egost, 37 Aff Hose, 40 Amt Rari, 44 isere, 45 nom, 46 belle, 47 Mast, 48 ID, 49 MT, 51 road, 52 amt, 53 Echolot, 55 Sne, 56 bd, 57 Juha, 58 Unre, 60 DT, 61 Verdünnung, 63 EGRNEUS, 64 geteert

senkrecht: 1 Krawall, 2 AK, 3 maS, 4 aula, 5 umumu, 6 Kampf Jugendhaus, 7 Vollversammlung, 8 Apoll, 9 Lege, 10 Dro, 11 On, 12 Offerte, 15 Baue auf Sand, 18 Pfefferland, 20 nriU, 22 Doof, 24 Abfahrt, 27 Pfarrer, 29 ee, 31 TD 33 mes, 35 Atm, 37 aimable, 38 Fest, 39 OE, 41 TB, 42 aloS, 43 jede Tat, 48 ich du, 50 Tonne, 53 eure, 54 Trut, 57 Yen, 59 ene, 61 Vr, 62 GE

Lösung: geteert – Pfefferland – Fest – Klamauk

Die billigsten Kleininserate!

·Kontakt·Wohnen·Markt·

5 Zeilen nur 10 Fr., mit Chiffre 15 Fr.

Jede weitere Zeile 2 Fr.

Talon an: das konzept, Inseraterverwaltung, Weinbergstr. 31, 8006 Zürich. Betrag (10/15 Fr. plus je 2 Fr. pro zusätzliche Zeile) auf Postscheckkonto 80-36651, das konzept, *Inseraterverwaltung,* Zürich, einzahlen oder Banknote beilegen. **Ihr Inserat erscheint nach Überweisung des Betrags.**

Name und Adresse:

Gespräch mit Jazzposaunist Albert Mangelsdorff und Jazzpublizist Joachim Ernst Berendt

FREE JAZZ

Hat Jazz etwas mit Politik zu tun? Ist Jazz an sich schon eine progressive, kritische Kunstform? Gehört Jazz zur alternativen Gegenkultur? Am diesjährigen Jazzfestival in Montreux gaben zwei engagierte Jazz-Insider Auskunft über die Geschichte und Wirkung «ihrer» Musik.

«Meine Musik ist funktionell; es ist nichts Intellektuelles in ihr. Sie ist entweder eine Waffe im Kampf, oder sie ist gar nichts.»
Archie Shepp, 1969

«Kunst hat mit Politik nichts zu tun. Auf alle Fälle sollte sie damit nichts zu tun haben. Die Kunst steht über der Politik; und wenn es einen Zusammenhang gibt, so ist dieser gänzlich unbewusst.»
Charles Mingus, 1971

«Wir (Feminist Improvising Group) versuchen Ansätze einer feministischen Musik zu suchen und weiterzuverfolgen. Das beginnt etwa damit, dass in unserer Gruppe ein anderes ‹Feeling› füreinander herrscht. Wir kennen keine Konkurrenz, keinen Leistungsdruck.»
Irene Schweizer, 1979

«Ich kenne keinen Jazzmusiker, der ein Rechter wäre.»
Albert Mangelsdorff, 1978

Das Gespräch mit Albert Mangelsdorff und Joachim Ernst Berendt führte Patrik Landolt

Kann Kunst im allgemeinen, Jazz im speziellen eine politische Funktion erfüllen?

Mangelsdorff: Ich bin der Meinung, dass eine Musik, bei der Freiheit derart im Vordergrund steht, bestimmt irgendwie politisch ist.

Berendt: Wenn man untersucht, was Jazz charakterisiert, dann sind das alles Freiheitselemente. Du kannst Jazz von daher *definieren*. Jeder weiss: Im Jazz ist Improvisation wichtig. Improvisation ist ein musikalisches Element, das ganz von der Freiheit lebt. Sehr wichtig für den Jazz ist der Sound. Jeder Musiker hat seinen eigenen Sound. In der klassischen Musik sind die Sounds weitgehend standardisiert. Die Geigen in einem Sinfonieorchester sollten möglichst den gleichen Sound haben, damit ein homogener Klang entsteht. Im Jazz ist der Sound individualisiert. Das ist wiederum eine Betonung der Freiheit.

Wie ist diese Freiheit im Jazz zu verstehen?

Berendt: Freiheit bedeutet selbst im Free Jazz nicht das vollständige Fehlen von Strukturen. Aber die Strukturen haben nicht das Zwanghafte und Autoritäre der Strukturen in der klassischen Musik.

Mangelsdorff: Ich finde, dass Strukturen im Jazz eben aus dem Emotionalen kommen. Man kann das mit Dingen aus dem täglichen Leben vergleichen. Die Strukturen müssen nicht konventionell festgelegt werden.

Könnte man sagen, dass der Freiheitsbegriff im Jazz etwas mit Anarchie zu tun hat?

Berendt: Ja. Aber nicht mit dem Begriff von Anarchie, wie er öfters in der Umgangssprache benutzt wird. Wenn die Presse dieses Wort gebraucht, liegt ja schon in der Art, wie sie es gebraucht, etwas Denunziatorisches.

Mangelsdorff: Für mich hat Jazz sehr viel mit Anarchie zu tun. Ich empfinde das sehr stark, ich als Person. Diese Musik erlaubt mir nicht nur von ihrem rhythmischen Gehalt her eine grosse Freiheit; ich habe gerade da die Möglichkeit, mir von niemandem irgend etwas vorschreiben lassen zu müssen. Mein ganzes Leben lang war es für mich unmöglich, dass mir irgend jemand sagte: du musst das so und so spielen. Ich wollte die Dinge immer so machen, wie ich sie mir vorstelle, und bin darin sicher Anarchist!

Übertragen sich solche Lebensideale und der Gehalt der Musik auch auf die Zuhörer?

Mangelsdorff: Ganz sicher, klar! Auf

Fotos: Patrik Landolt

eine unbewusste Weise verändert die Musik sicher auch das Bewusstsein.

Berendt: Es ist unmöglich denkbar, dass deshalb, weil nun im Jazz improvisiert wird – damit also freiheitliche Elemente der musikalischen Gestalt eine Rolle spielen –, dies direkt auf das politische Bewusstsein der Hörer durchschlägt. So einfach passieren die Dinge wahrscheinlich nicht. Aber unbewusst muss das eine Wirkung haben. Man kann das daran erkennen, dass bestimmten Arten von Musik bestimmte politische Gesinnungen zugeordnet sind. Ich habe mal eine «Geschichte des deutschen Jazz am Rundfunk» geschrieben. Dabei fiel mir auf, dass Rundfunkstationen, die liberale oder linke Intendanten oder Programmdirektoren haben, schon vor der Nazizeit sehr viel mehr Jazz gespielt haben als Rundfunkstationen mit nationalistischen, rechtsstehenden oder konservativen Intendanten. Das hat sich nach dem Krieg in der genau gleichen Weise wieder eingespielt. Oder: Wenn man zahlreiche Jazzer zusammenhat, Musiker oder Jazzfans, dann ist die Mehrheit der Leute linksstehend oder zumindest liberal. Geht man andererseits zu den Salzburger Festspielen und schaut sich dort die Leute an, so ist die Mehrheit der Leute, die dort hingehen, rechtsstehend. Natürlich gibt es immer Ausnahmen, aber sie beweisen nicht das Gegenteil.

«Die Mehrheit der Jazzfans ist links oder zumindest liberal»

Ist nun dieser politische Zusammenhang in der ästhetischen Form begründet oder nur in einer bestimmten historischen Situation gegeben?

Berendt: Es ist so, dass sich bestimmte Freiheitsbotschaften, die in der Musik enthalten sind, abnutzen können. Ich meine, dass Jazz immer Freiheitsbotschaften getragen hat, dass Jazz in seiner Entstehung bereits ein Schrei nach Freiheit war. Trotzdem kann ich, wenn ich heute Dixieland höre, der in Bierbars voll fröhlich saufender Leute gespielt wird, diesen Freiheitsschrei nicht mehr hören. Wir haben in der Nazizeit diese Swingmusik, die Benny Goodman und andere Leute gespielt haben, als einen ungeheuren Aufstand und Protest gegen all das, was die Nazis uns damals einreden wollten, empfunden. Das ist aber heute nicht mehr möglich.

Im Gegenteil: Diese Art von Jazz wird heute eher vom Establishment in Beschlag genommen.

Berendt: Ja, so ändert sich das offensichtlich ständig, und man kann schon fast mit Grauen daran denken, dass später vielleicht die falschen Leute Free Jazz mit Ansprüchen belegen.

So gibt es keine konstanten ästhetischen Formen, die einen bestimmten Gehalt vermitteln oder ein bestimmtes politisches Bewusstsein ausdrücken?

Berendt: Ich glaube nicht. In der klassischen Musik zeigt sich das genauso. Beethoven hat einmal viel mit Freiheit zu tun gehabt, war eine Musik für Linke und Liberale. Heute spricht diese Musik ein Publikum an, das gerade den entgegengesetzten politischen Standpunkt vertritt.

Mangelsdorff: Na gut, wenn heute europäische Gruppen Dixieland spielen, ist natürlich nichts, gar nichts mehr von seiner ursprünglichen Bedeutung mehr drin. Aber wenn ich heute die Platten von damals höre, dann ist das eine andere Sache, und ich kann bei den heutigen Verhältnissen höchstens von Missbrauch sprechen, aber ich kann nicht sagen, dass diese Musik an sich diese Message nicht mehr hätte. Für mich hat die Musik von Benny Goodman diese Message nach wie vor.

«Die Nazis hatten Angst vor diesem Jazz»

Berendt: Ja, weil du diese Musik und das ganze Drum und Dran noch miterlebt hast. Und was man einmal erlebt hat, das löscht man nicht so leicht aus.

Mangelsdorff: Schon. Aber auch wenn diese Musik heute missbräuchlich eine andere Funktion hat und nicht nur von Leuten gehört wird, für die sie gemacht ist, so muss man trotzdem sagen: Diese Musik ist eine gute Musik. – Wobei man bei Goodman nicht unbedingt denken muss, es sei eine linke Musik. Und trotzdem hatten die Nazis Angst vor diesem Jazz. Die konnten gar nicht begründen, was es eigentlich ist. Es war für sie etwas da, was für sie nicht kontrollierbar war, ausgelöst durch dieses Rhythmische, Emotionale.

Wie verhielten sich zur Nazizeit Jazzhörer und Jazzmusiker zum Regime?

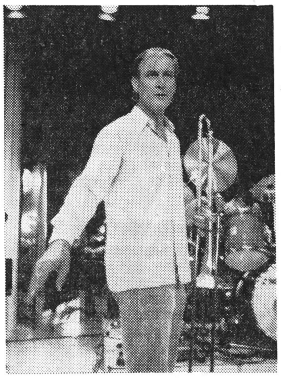
Berendt: Ich habe immer gefunden, dass es praktisch in der Nazizeit keine Gruppe von Menschen gab – die Nazis haben ja alle Kreise mit Spitzeln infiltriert –, wo man sich sicherer fühlen konnte als unter Jazzfans.

Hat das Regime gegen Jazzer eingegriffen?

Berendt: Aber ja! Eine ganze Reihe wurde verhaftet. Wir haben einen ganz bekannten Jazzmann in Deutschland, Karl Vorländer, und auch Günter Voss, den Blues-Mann, die lange inhaftiert waren, ebenso Alberts Bruder, Emil Mangelsdorff.

Aber wir sprechen da immer über die Nazis. Es läuft bei allen totalitären und autoritären Mächten gleich. Das waren nicht nur die rechten Nazis, das war auch der linke Stalin, das waren Mussolini und die japanischen Generäle, welche diese Musik nicht anerkannten. Oder das sind heute, nehmen wir ein ganz aktuelles Beispiel: die Stadtväter von Zürich. Soweit ich dies von Deutschland aus verfolgen kann, sind die Dinge, die sie zur Jugendbewegung und zu deren Kultur sagen, von einer ungeheuren Verständnislosigkeit. Denn was heute schöpferisch an zeitgenössischer Kultur ist, ist wesentlich eine Jugendkultur. Was ich darüber gelesen habe in der «Neuen Zürcher Zeitung», ist genau derselbe Jargon, genau dasselbe Vokabular, das ich seinerzeit in deutschen Zeitungen von Goebbels, Hitler und Konsorten vernommen habe.

Über die Wirkung von Musik auf die Gesellschaft haben wir schon gesprochen. Wie sieht es aus mit den Einfluss aus der anderen Richtung? Wie beeinflusst der gesellschaftliche Rahmen die Musiker und die Entwicklungsrichtung ihrer Musik?



Mangelsdorff: Da ist eigentlich nicht viel darüber zu sagen. Hierzulande ist das ziemlich in Ordnung. Von Äusserlichkeiten wird man wenig beeinflusst.

Aber nehmen beispielsweise Plattenproduzenten Einfluss auf die Entwicklung? Ich denke jetzt an das, was der Schlagzeuger Shanon Jackson erzählt hat, wie der Manager von Blood Ulmer versuchte, Einfluss auf dessen Musik auszuüben, indem er sagte: Du sollst so und so spielen.

Berendt: Es ist natürlich so, dass sich die Alternativität der alternativen Musik, der alternativen Kultur nicht auf das Künstlerische beschränkt, sondern sich auch auf das Veranstalterische bezieht: auf die Leute, welche die Klubs leiten, die Konzerte organisieren, die Tourneen machen. Zahlreiche Angelegenheiten haben die Musiker jetzt selber unter ihre Fittiche genommen. Albert ist Präsident der UDJ, der Union Deutscher Jazzmusiker. Die UDJ hat sehr definitive Ideen über Alternativkultur, wie sie präsentiert werden sollte und wie das Verhältnis zu den Trägern dieser Kultur sein sollte. Damit hängt auch zusammen, dass viele Musiker heute eigene Plattenlabels haben.

Die eigene Infrastruktur finde ich ausserordentlich wichtig. Denn es besteht bei der Alternativkultur immer die Gefahr, dass sie vom grossen Business aufgesaugt wird. Ein Beispiel ist Montreux selber, das in Abhängigkeit vom Plattenmulti WEA steht und seine Programmgestaltung von diesem Interesse her diktieren lässt.

Mangelsdorff: Das ist aber glücklicherweise eine Ausnahme.

«Jazz ist eines der Fundamente der Gegenkultur»

Wir haben Jazz und Alternativkultur immer im gleichen Atem genannt. Kann man Jazz als ein integriertes Moment der Alternativkultur betrachten?

Berendt: Jazz ist überhaupt eines der Fundamente der ganzen Gegenkultur. All das, was heute in Rock, Punk und Folk gemacht wird, baut auf sechzig, siebzig Jahren Jazzgeschichte auf, auch wenn viele Leute, die Stile wie Punk und Rock spielen, überhaupt keine Ahnung von Jazz haben. All das, was in der Musik der Gegenkultur eine Rolle spielt, wie Sound, Beat, Spontaneität, Improvisation usw., hat der Jazz erst auf die Scene gebracht. Aber auch in der Message ist all das Neue nur eine Weiterentwicklung, in gewissen Fällen vielleicht eine Degeneration. Die Alternativkultur schöpft viel vom Jazz. Es liesse sich linguistisch sehr genau zeigen, dass das, was heute Alternativsprache ist, schon da war bei der Hip-Kultur der Schwarzen in den zwanziger Jahren. Die Leute redeten eine Sprache mit einer Fülle von Verben, die Bewegung transponieren. Diese Sprache spielt nun in der Alternativkultur eine grosse Rolle.

Wie ist das Verhältnis der Alternativkultur zum Jazz? Hören die Grünen, die AKW-Gegner, die Spontis oder die zahlreichen Selbstorganisationen Jazz? Verstehen sie Jazz als einen Teil ihrer Kultur?

Mangelsdorff: Bei den Grünen habe ich bis heute noch nie gespielt, aber bei Anlässen wie «Rock gegen rechts» oder bei Anlässen der SPD. Andererseits kommen sowieso vorwiegend junge Leute an Jazzkonzerte. Und ich glaube, das sind schon die, die auch sonst alternativ leben, sich zur Alternativkultur zählen.

Albert Mangelsdorff

Albert Mangelsdorff ist einer der wenigen Jazzmusiker, die in Europa leben und auch in Amerika voll anerkannt werden. Er wurde am 5. September 1928 in Frankfurt a. M. geboren. Mit zwölf lernte er Geige. Posaune beginnt er erst mit 20 Jahren zu spielen. Stilistisch kommt Mangelsdorff vom Cool Jazz her, vor allem von Lee Konitz. Mangelsdorff: *«Die Musik, wofür ich stehen kann, wo ich sagen kann, jetzt mach' ich das, was ich will, beginnt bei mir erst Anfang der sechziger Jahre. Ja, und da waren auch schon die ersten Bestrebungen hin zum freien Spiel.»* Nach 72 begannen Mangelsdorffs berühmte Solo-Auftritte. Er hat auf der Posaune eine mehrstimmige Spielweise entwickelt. Mangelsdorff: *«Man singt und spielt zur gleichen Zeit. Es gibt dann bestimmte Intervalle, und durch die Reinheit des Intervalls zwischen dem gespielten und dem gesungenen Ton bilden sich Obertöne, die bei dieser Technik so stark hörbar sind, dass eben Akkorde entstehen.»* Besondere Beachtung fanden die neueren Einspielungen von Mangelsdorff zusammen mit Elvin Jones. Alphons Mouzon, Jaco Pastorius, Eddie Gomez und neulich der Auftritt am Montreux-Festival zusammen mit dem Drummer Ronald Shanon Jackson und dem Bassisten Jean-François Jenny Clark.

Joachim Ernst Berendt

1922 in Berlin als Pfarrerssohn geboren, 1945 erster Angestellter des Südwestfunks, Autor von zahlreichen Büchern, die in 11 Sprachen übersetzt sind, Herausgeber des jährlich erscheinenden Kalenders «Jazz & Rock». 1964 gründete er die Berliner Jazztage. 1972 leitete er das Jazzfestival im olympischen Kunstprogramm. Seine Plattenproduktionen wurden in der ganzen Welt ausgezeichnet. Berendt leitet die Jazzredaktion des Südwestfunks und produziert Funk- und Fernsehsendungen. Er erhielt zahlreiche Auszeichnungen, darunter den Bundesfilmpreis und den Kritikerpreis des Deutschen Fernsehens.

INSERAT

BAZILLUS

BAZILLUS-MUSIKRESTAURANT
STAMPFENBACHSTRASSE 8 · CH-8001 ZÜRICH

Jeden Abend ab 20 Uhr
Live-Jazz-Musik

Täglich von 11 bis 24 Uhr
offen

preiswerte Menüs über
Mittag und täglich warme
Küche von 11 bis 23 Uhr

. . . . und uufgstellti Lüüt
zum Plaudere und Diskutiere!

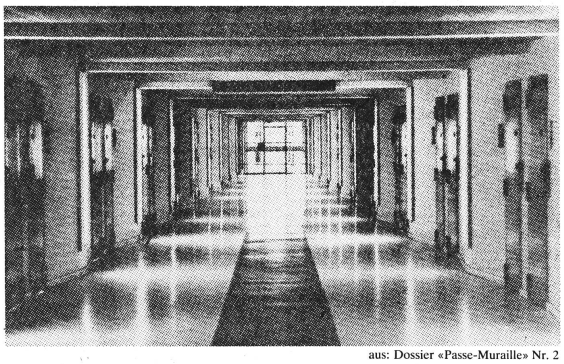
Isolation ist Folter

HOCHSICHERHEITSTRAKT

Aus einem Bericht von Rechtsanwalt J.-P. Garbade

Christian Möller, als Terrorist zu 15 Jahren Zuchthaus verurteilt, befindet sich seit Mai 1979 in einer Sonderabteilung (einem sogenannten Hochsicherheitstrakt) im Thorberg. Gabriele Kröcher, als Terroristin zu 11 Jahren Zuchthaus verurteil, ist seit September 1979 im Bezirktsgefängnis Winterthur. Nach Meinung ihrer Anwälte, Rambert und Garbade, wird die gesundheitsschädigende Isolation mit der politischen Haltung der Gefangenen gerechtfertigt.

Chr. Möller wird im Thorberg in Totalisolation oder in Isolation in sehr kleinen Gruppen gehalten. Seit Mai 1979 ist der Thorberg mit 20 bis 30 TV-Kameras und elektronischen Kontrollanlagen ausgerüstet und verfügt über einen Sondertrakt in einer speziellen Etage des Altbaus. Der Sondertrakt ist in drei Sektoren eingeteilt, die mit Türen voneinander getrennt sind und auf fünf Monitoren überwacht werden können. Im ersten Sektor sind die Besuchszellen, im zweiten Sektor Zellen in der Grösse von 2×3 Metern. Diese sind meistens leer. Einzelne Gefangene werden im zweiten Sektor zwischen drei Wochen und zwei Monaten untergebracht. Eine Zelle wird von Möller «bewohnt». Zwischen Mai 1979 und Januar 1980 war er während dreier Monate allein, in der übrigen Zeit jeweils mit einem weiteren Gefangenen (nie Deutsch sprechend) dort.



aus: Dossier «Passe-Muraille» Nr. 2

Im dritten Sektor befinden sich drei doppelt so grosse Zellen, die als Übergangsstationen für vorübergehend anwesende Gefangene und als Arbeitszellen vorgesehen sind. Alle Routinetätigkeiten, wie Arbeiten, Duschen, Tischtennisspielen, können in der Sonderabteilung erledigt werden. Ausnahme ist der Hofgang.

Das Fenster von Möllers Zelle ist aus Panzerglas. Es kann nur in Schräglage geöffnet werden und ist mit drei Drahtgeflechten und massiven Gitterstäben abgesichert. Nach Ansicht von Chr. Möller hat die Gegensprechanlage in der Zelle auch die Funktion einer Dauerabhöranlage. Das Fenster zum Flur ist auch aus Panzerglas und kann mit einer Klappe geschlossen werden. Wasser und Elektrizität werden von aussen speziell betätigt. Die helle Lampe, direkt vor dem Fenster, wird nachts in Abständen ein- und ausgeschaltet. Das Sonnenlicht erreicht nur im Sommer und nur abends die Zelle.

Der Tagesablauf

Von 7 bis 17.30 Uhr besteht Arbeitszwang mit einem 2½stündigen Unterbruch. Als Arbeit werden simpelste Handarbeiten angeboten, wie Kabelaufwickeln, Tütenkleben, Schaumstoff-Schuhspanner im Rohzustand zurechtschneiden, Bücher für die Volksschule mit Schutzumschlag einfassen. Der Hofgang dauert in der Regel 50 Minuten, davon 20 Minuten mit einer Gruppe anderer Gefangener aus einer anderen Etage. Ausserhalb der Arbeitszeit ist zweimal in der Woche Tischtennisspielen erlaubt, sofern sich andere Gefangene auf derselben Abteilung befinden und die Arbeit verrichtet worden ist. Andere Sport- und Gymnastikgeräte, die sich in der Anstalt befinden, stehen den Gefangenen der Sonderabteilung nicht zur Verfügung.

Vor und nach jedem Hofgang sowie nach Anwaltsbesuchen wird Chr. Möller trotz Trennscheibe einer Entkleidungsprozedur unterzogen. Seine Zelle und all seine Aktenordner werden in unregelmässigen Abständen kontrolliert, durchwühlt. Als einziger der Sonderabteilung muss Möller eine gestreifte Hose tragen.

Im Bezirksgefängnis Winterthur

Seit dem 25. September 1979 befindet sich G. Kröcher im Bezirksgefängnis Winterthur. Seit ihrer Überführung war sie während mehr als fünf Monaten völlig isoliert. Ab und zu wurde ihr der Spaziergang mit einer Untersuchungsgefangenen gestattet. Der längste Kontakt dauerte 6 Wochen. Seit Ende März 1980 ist G. Kröcher wieder total isoliert. Obwohl ihr ein Fernsehapparat bewilligt wurde, besteht aus «technischen Gründen» kein Fernsehanschluss. Der Hofgang dauert nur eine halbe Stunde pro Tag und wird in einem Flur vor den Zellen, in dem die Fenster geöffnet werden, abgehalten. Zweimal pro Woche darf G. Kröcher im Freien spazieren. Dieses «Privileg» steht den Männern täglich zu.

Verteidigerverkehr

Nach der Verlegung Chr. Möllers nach Thorberg wurden sämtliche Effekten, inkl. Verteidigungsunterlagen, für drei Wochen beschlagnahmt und gekennzeichnet. Verteidigerkorrespondenz wird ebenso kontrolliert und gelesen wie die übrige Korrespondenz. Verteidigerbesuche bedürfen einer schriftlichen Bewilligung der Berner Zensurbehörde, auch wenn sie in ausserkantonalen Gefängnissen, so zum Beispiel für G. Kröcher im Kanton Zürich, abgestattet werden! Eine Beschwerde gegen dieses Übergreifen der Berner Behörden auf ausserkantonales Gebiet ist beim Bundesgericht hängig. Verteidigerbesuche finden in einem Raum mit Trennscheibe statt.

Briefverkehr

Der schriftliche Kontakt mit der Aussenwelt ist auf vier Briefe zu zwei Seiten beschränkt, wobei diese an vier verschiedene Personen adressiert sein müssen. Briefe, *«zwischen den dem Sonderregime unterworfenen Insassen und Personen, die wegen Verbrechen im In- und Ausland verurteilt wurden oder noch in Strafuntersuchung stehen, sowie Briefe, die Informationen über Personen und Vorgänge in Beziehung mit Gewaltverbrechen enthalten, einen ungebührlichen oder nicht zu deutenden Inhalt aufweisen oder unleserlich geschrieben sind»*, werden zurückgehalten. Neuerdings (Anstaltsleitungsentscheid vom 11. 7. 79) werden Briefe, die *«Einzelheiten über Tagesablauf, Kontakte usw. enthalten»*, wegen eventuellen Missbrauchs nicht an Aussenstehende übermittelt. Ferner werden Briefe, die *«verzerrte Darstellung der tatsächlichen Verhältnisse»* enthalten, auch abgelehnt. Möller musste zum Beispiel einen Brief viermal schreiben, weil er nie wusste, wo die Zensurstelle die Verhältnisse als «verzerrt» dargestellt betrachtete.

Briefe werden entweder zensuriert (mit der Schere zerschnitten, geschwärzt, oder die zensurierte Stelle wird abgedeckt und photokopiert) oder zurückgeschickt. Eine Zensur wird nie begründet. Ein Brief an Dr. Seiler, den offiziellen Gefängnisarzt, datiert vom 26. 5. 80, wurde nicht weitergeleitet, weil er zu lang war und Angaben über die Anstalt enthielt!

Besuche

Besuchsbewilligungen werden nur an Verwandte erteilt. Da Chr. Möller sozusagen keine Kontakte zu Verwandten hat, werden ihm keine Besuche bewilligt. Besuchsgesuche von Freunden werden ohne Grundangabe regelmässig mit Verweis auf die übliche Praxis verweigert.

Für Informationen aus der Aussenwelt sind die Gefangenen auf das Fernsehen angewiesen (seit Ende 1979 zugelassen, bei G. Kröcher nicht in Funktion). Ferner dürfen sie eine Tageszeitung («NZZ») abonnieren sowie als Wochenzeitung den «Spiegel», welcher jedoch nicht im Abonnement bezogen wird, sondern durch die Zensurstelle Bern wöchentlich eingekauft und zensuriert wird! Als Zensurstelle wurde entgegen den gesetzlichen und reglementaren Vorschriften im Kanton Bern das Polizeikommando, Abteilung Fahndungsdienst, eingesetzt. Auch Bücher – und auch solche, die während der Untersuchungshaft erlaubt waren – werden zensuriert.

Vorwand: Sicherheit

Hochsicherheitsabteilungen dienen nicht – wie immer wieder behauptet wird – der Sicherheit. Vor allem sollen hier die politischen Gefangenen oder jene, die sich dem normalen Strafvollzug nicht unterordnen wollen, diszipliniert werden. Eine «Sonderleistung» für sogenannte unverbesserliche oder renitente Gefangene also, welche allgemeinen erzieherischen oder resozialisierenden Massnahmen nicht zugänglich sind. Die Isolation wird von den Behörden mit dem Argument gerechtfertigt, «besserungsfähige» Gefangene könnten beeinfluss werden (Bachmann, Justizdirektor des Kantons Zürich, an einem Podiumsgespräch in Russikon). In Tat und Wahrheit sollen bestimmte Häftlinge für ihre Uneinsichtigkeit besonders hart bestraft werden.

Amnesty International hält es für möglich, *«Sicherheit mit menschlicher Behandlung in Einklang zu bringen. Die derzeitige extreme soziale Isolation der Häftlinge unter strengen Sicherheitsbedingungen ist deshalb ungerechtfertigt.»*

In ihrem Jahresbericht 1979 legte Amnesty International ihre Bedenken gegenüber den Haftbedingungen von Chr. Möller und G. Kröcher dar. Auch in einem Bericht des Europarats wird auf die medizinischen und psychologischen Folgen der Isolation sowie der Kleingruppenisolation verwiesen.

Gewiefte Taktiker

mif. Ganz gleich, was einer verbrochen hat: Haftbedingungen, die einen Menschen physisch und psychisch zerstören, also Isolationshaft, sind unmenschlich. Der Fall «Stürm» ist dafür Zeugnis: Walter Stürm, der mit ungeheurer Energie für seine Rechte gekämpft hat, ist heute nach langer Isolation mit seinen Kräften völlig am Ende. Dies musste auch der Gefängnispsychiater feststellen: Er verlangte deshalb Haftunterbrechung. Logik der Justizbehörden: Sie bestellen ein «Gegengutachten», welches das erste entkräften soll.

*

Was für «Terroristen» unter dem Vorwand «hoher Sicherheit» gebaut wurde, ist schon Grundlage für jeden neuen Gefängnisbau. Die hohe Selbstmordrate der perfekten Anstalt in Champ-Dollon zum Beispiel ist bekannt, schockt aber keinen von denen, die lauthals die Gesellschaft vor Mördern, Dieben und Terroristen schützen wollen. Und auch die vehementesten Bekämpfer der Isolationshaft sind schnell mundtot gemacht: Stürm-Verteidiger Rambert etwa, der Hehlerei beschuldigt, lässt man hübsch systematisch das Gerücht anhaften, er habe direkte Kontakte zur deutschen Terrorszene. Obwohl diesbezüglich keine Anhaltspunkte bestehen und auch keine Verfahren laufen, konnten sich die Polizeibehörden gegenüber Journalisten nur gerade zu einem «no comment» aufraffen, statt zu dementieren. Perfid wird die Hetze dort, wo die Kampagne zur Abschaffung der Isolation, am Beispiel Stürms etwa, durch die publizistisch ausgeschlachtete Vorverurteilung Ramberts abgeklemmt werden soll – als ob damit die Argumente gegen die Isolationshaft entkräftet wären.

*

Übrigens: Diese Woche hat der Prozess gegen Rolf Clemens Wagner begonnen. Wagner wurde im November 1979 nach der Shop-Ville-Schiesserei verhaftet. Sein Anwalt wäre eigentlich Rambert . . .

Die Supersicheren

In der Schweiz hat man 1975 mit dem Bau von Hochsicherheitsgefängnissen begonnen. Die neuen Untersuchungsgefängnisse werden ausschliesslich im Stil von Hochsicherheitsgefängnissen gebaut.

Bereits «in Betrieb» sind:

Hochsicherheitstrakt im Amtshaus Bern
Hochsicherheitstrakt in Bostadel ZG
Hochsicherheitstrakt in La Stampa TI
Hochsicherheitstrakt in Bochuz VD
Hochsicherheitszellen im Bezirksgefängnis Arlesheim BL
Hochsicherheitszellen in der Psychiatrischen Kantonalen Klinik Friedmatt BS
Hochsicherheitszellen in der Psychiatrischen Klinik Rheinau SH
Hochsicherheitstrakt in Regensdorf ZH
Hochsicherheitstrakt in Pfäffikon ZH
Hochsicherheitstrakt in Lenzburg AG
Hochsicherheitstrakt in Thorberg BE
Hochsicherheitstrakt in Uitikon ZH

Noch im Bau:

Hochsicherheitstrakt in Hindelbank für Frauen BE
Hochsicherheitszellen im Schloss Wimmis BE

Zuschauer bei einem deutschen Prozess:

TEUFEL, TEUFEL

Von Horst auf der Lauer

Ferien – aber um 6.30 Uhr geht der Wecker runter. Schöne Scheisse. Will mich schon zur anderen Seite drehen, da dämmert mir: heute ist Prozesstag. Gestern bin ich in einem Berliner Veranstaltungskalender auf diesen Termin gestossen. Inmitten von Theater- und Zirkusanzeigen der Kalender politischer Prozesse: Heute ist nebst andern Fritz Teufel dran.

Frühmessen gleich beginnen diese Prozesse jeweils um 9.00 Uhr. Eine Stunde verliert man fürs Einchecken in den Gerichtssaal. Nicht mal die Sympathisanten schaffen es, auf Prozessbeginn dort zu sein. Sollen sie auch gar nicht: Je weniger Öffentlichkeit, desto reibungsloser die Justizmaschinerie.

* * *

Das Gerichtsgebäude Moabit ist nicht zu übersehen. Sechs grosse Polizeifahrzeuge stehen davor. A la «Wildwest»: zu einer Wagenburg zusammengestellt. Drei Bullen mit Kindergesichtern sichern den Eingang. Die Maschinenpistolen wie Riesenschnuller in den Händen. Eine Schrifttafel verbietet den Eintritt. Ansonsten Hausfriedensbruch. Prozessbesucher als Hausfriedensbrecher. Ich werde belehrt. Die Politprozesse fänden allesamt nicht im normalen Gerichtsgebäude statt, sondern im Seitenflügel. Beim Portal 5 hätte ich anzustehen.

Auch an diesem Portal ein schriftliches Verbot: Die Mitnahme von Photoapparaten und sonstigen gefährlichen Gegenständen ist nicht gestattet. Der Photoapparat als gefährlicher Gegenstand. Klar, Photos könnten ja die Wirklichkeit des Gerichtsalltags abbilden. Davon soll möglichst wenig an die Aussenwelt dringen.

Plötzlich fährt die grosse Stahltüre mit einem Surren langsam auf. Sie öffnet sich gerade so weit, dass aufs Mal jeweils nur immer eine Person reinschlüpfen kann. Hinter mir fährt der Stahlkoloss mit einem dumpfen Krachen ins Schloss. Ich fühle mich eingesperrt. Stehe in einer Art Schleuse gefangen: Hinter mir Stahl, vor mir Panzerglas. Schräg oben, hinter meinem Rücken, ist ein Spiegel angebracht. Damit wird kontrolliert, ob ich etwas auf dem Rücken verstecke. Beklemmung überkommt mich. Mensch, wolltest du das wirklich? Zu spät. Wieder ein Summen. Durch die Panzerglastüre trete ich in einen Raum. Vor mir drei Bullen. Haben sich hinter Tischen aufgebaut. Darüber, wie im Kino, der Filmoperateur, ein Oberbulle, der das Ganze überwacht. Er äugt durch ein kleines Tiefseefensterchen. Empfang wie beim Arzt: *«Na, dann wollen wir einmal . . .»* Näher treten soll ich, den Kittel ausziehen, sämtliche Taschen leeren und wenden. *«Den Pass, den geben Sie gleich mal ab!»* Lege ihn auf den Tisch. Später sehe ich ihn eben noch durch einen Mauereinlass in Richtung des Oberbullen verschwinden. Das Schicksal meines Passes kenne ich aus Zeitungsberichten: Der wird nun photokopiert und die Kopie dem Polizeicomputer verfüttert. Mit heutigem Datum gehöre ich zum Sympathisantensumpf.

* * *

Der Beamte tastet mich ab. Sorgfältig von oben nach unten. Prüft exakt, ob nebst Penis noch etwas anderes in meinem Hosenlatz stecke. Heisst mich die Schuhe ausziehen. Kontrolliert mich wie einen Flugpassagier mit einem Metalldetektor. Derweil steckt sein Kollege alles, was ich auf mir getragen habe in ein Kuvert, entwertete Fahrscheine und Billette, Geld, Kugelschreiber und Zeitungen. Als ich wegen des Kugelschreibers reklamiere, meint er, Kugelschreiber gälten als gefährlich. Könnten als Wurfgeschosse missbraucht werden. Da habe er seine genauen Dienstanweisungen. Bleistift sei erlaubt. Wenn ich keinen bei mir hätte, so sei das mein Problem. Ich darf nur eine Zeitung mit hineinnehmen. Er händigt mir nicht die neue, sondern die von gestern aus.

«Gut, dann ziehen wir die Schuhe wieder an. Hier is der Pass zurück. Die grüne Nummer müssen Se oben zeigen, sonst kommen Se nicht rein. Und den orangen Zettel hier, den bewahren Se mal janz jut auf, sonst kriegen Se nachher Ihre Ware nicht zurück. Und jetzt jen Se immer aufi, bis Se zum Saal 700 kommen. Dort is es.» Zum Schluss stichelt er noch: *«Heute werden's aber nicht viele. 's Interesse lässt halt schnell nach.»*

* * *

Wieder ein Summen. Und wieder durch Panzerglas hindurch. Vorbei an einer Nische, wo sich die taktische Einsatzreserve langweilt. Zwei Bullen glotzen mir stumpf nach. Die Thermosflasche auf dem Stuhl, am Wurstbrot kauend, die Helme auf dem Tisch. Die Wände des Treppenhauses sehen wie Gefängnismauern aus. Während ich mich die Stufen hochschraube, zieht deutsche Geschichte an mir vorbei. «Freiheit für Agitdrucker» steht auf der Mauer. Weiter oben eine Karikatur: ein Paragraphensymbol baumelt am Galgen. Zuoberst auf der Treppe hockt ein kleines Häuflein Prozessbesucher. Misstrauisch und schweigend werde ich gemustert. Kein Gespräch. Nichts. Dumpfes Warten. Jeder für sich allein. Mit seiner Wut und seiner Angst.

* * *

Mit deutscher Präzision wird punkt neune die schwere Stahltüre zum Sitzungsraum aufgeschlossen. Erneute Kontrolle durch zwei Zivilbeamte. Beim Eintreten bemerke ich, dass der Gerichtspräsident bereits Präsenzkontrolle unter den Anwälten hält. Wie Häfelischüler ruft er sie auf. Tenor: Seid ihr alle auch schön brav da? Sie sind da. Aber schon eine halbe Stunde später ist dem Anstand Genüge getan, da verkrümelt sich ein Pflichtverteidiger nach dem andern aus dem Gericht. Lukrativere Kunden warten.

aus: «Bundesdeutsches Lesebuch – Berufsverbote»

Vor uns Zuschauern ist eine Reihe von sechs Uniformierten plaziert. Als Schutz vor dem Volk für das Gericht, das im Namen des Volkes Gerechtigkeit verordnet. Dahinter zwei Stuhlreihen Journalisten. Unter den Habichtaugen eines Polizeichefs üben sie Pressefreiheit aus.

Während sich ein Pflichtverteidiger in einem langatmigen Monolog über die Unzuverlässigkeit polizeilicher Konfrontationszeugen auslässt, dösen seine Kollegen. Es ist nicht auszumachen, ob die Richter aus Fleisch und Blut sind oder ob der Gerichtsdiener frühmorgens Wachsimitationen von Richterbüsten auf das Podest gestellt hat. Unbeweglich und ausdruckslos starren sie vor sich hin. Daneben, vor den durch hohe Panzerglasplatten abgeschirmten Fenstern, witzeln die Staatsanwälte. Die drei grobschlächtigen Kahlköpfe haben es dezent fröhlich untereinander. Eine Panzerglaswand sichert sie zusätzlich gegen die Zuschauer ab. Neben ihnen gehen die Angeklagten in langen Glaskäfigen wie Zootiere auf und ab. Den Kontakt durch Glas geniessen sie sichtlich nach monatelanger totaler Haftisolation. Sie winken den Bekannten aus dem Zuschauerraum zu. Durch schmale Einlässe im Glaskäfig unterhalten sie sich wie Schalterbeamte mit ihren Anwälten.

* * *

Das Verfahren scheint sich verselbständigt zu haben. Der Prozess hat eine eigene Dynamik entwickelt. Mit den Betroffenen hat er nichts mehr zu tun. Sie sind bloss Prozessanhängsel. Der Prozess ist in Gang, aber niemand macht sich Illusionen über seinen Ausgang. Das Urteil steht längst fest. Es bleibt nur noch formaler Rechtsstaatlichkeit Genüge zu leisten. ●

Polen

Von G. Hoffmann-Ostenhof, Danzig

Bricht der Sozialismus aus?

«Störungen im Arbeitsrhythmus»

Titel in «Neues Deutschland» (DDR) zu den Streiks in Polen

«Beschlüsse zu Kaderproblemen»

Titel in «Neues Deutschland» zur Regierungsumbildung in Polen

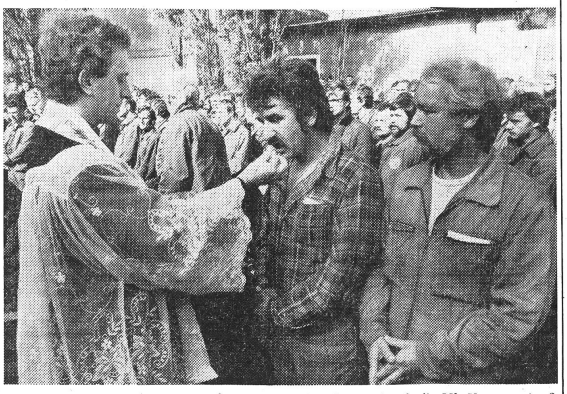
«So wurde Polen frei»

Kioskplakat der «Berner Zeitung»

*

Man schlägt in Warschau die grosse Tageszeitung «Zycle Warszawy» auf, berühmt durch die Langeweile bürokratischer Proklamationen, Ernteberichte und Schönfärberei, und was entdeckt man? Da wird plötzlich von politischen Gefangenen, Zensur, Privilegien der Parteifunktionäre, unabhängigen Publikationen, freien, selbstverwalteten Gewerkschaften usw. geschrieben.

Hätte vor zwei Wochen jemand das vorausgesagt, er wäre als utopischer Spinner und Utopist abgetan worden. Das Unmögliche ist wahr geworden. Ganz Polen las das Abkommen, welches das zentrale Danziger Streikkomitee «MKS» mit der Regierung ausgehandelt hat. Und was die Realpolitiker des Status quo in West und Ost, diejenigen, die dauernd von der Staatsräson, das heisst den sowjetischen Panzern, reden, für ganz undenkbar gehalten haben, ist eingetreten. Freilich hat man damit spekuliert, mit dem Nachgeben in Danzig die Verlagerung der Bewegung auf die Ostseeküste eindämmen zu können. Aber die Bresche, die durch die Veröffentlichung der Vereinbarungen und die Übertragung der Verhandlungen im Radio in die feste Mauer der Zensur geschlagen wurde, hat diese Spekulation zum Scheitern verurteilt. Nach dem Sieg der Danziger Arbeiter, begannen die schlesischen Grubenarbeiter zu streiken. Und wenn man von den Danzigern sagen konnte: Gut, sie haben schon Streik-Erfahrungen aus den Jahren 1970 und 1976 oder ironisch: Danzig war ja lange Zeit «Freistadt» – die schlesischen Kumpeln jedoch haben das letzemal im Jahr 1921 gestreikt und waren immer als eine feste Säule des Regimes angesehen worden.



Streikgeist durch die Hl. Kommunion?

Eine alternative Herrschaftsform

Und auch hier entwickelte sich der Kampf gegen das bürokratische Regime in ähnlich klassischer Weise wie im Norden des Landes. Als zu Beginn des Streiks in der Aula der Danziger Leninwerft, dem Zentrum des «MKS», ein Delegierter vorschlug, man solle die Leninstatue am Podium zerschlagen und das Material für die Errichtung eines Denkmals für die Toten von 1970 verwenden, wurde viel gelacht. Und ein Arbeiter sagte ironisch: *«Lassen wir ihn stehen, immerhin hat er ja die Arbeiterräte erfunden.»* Und tatsächlich: Die Versammlung der Delegierten in der Leninwerft glich eher einer Versammlung des Petersburger Sowjets im Jahr 1917 als einer Gewerkschaftsversammlung in Westeuropa von heute. Und genau das spürt das Regime in Warschau. Die «MKS», die jetzt überall entstehen, in den verschiedenen Regionen und Branchen, sind zwar selbst nach den Aussagen der Initiatoren «nur» freie Gewerkschaften. Faktisch haben sie jedoch im Ansatz eine alternative Herrschaftsform zur Herrschaft der Partei und Staatsbürokratie aufgebaut. Und wenn mir ein Arbeiter der Leninwerft im gleichen Atemzug sagte: *«Das ist die authentische Vertretung der polnischen Arbeiterklasse»* und «freie Gewerkschaft» und *«Wir können das Land und die Wirtschaft wieder nach vorn bringen»*, dann ist hier zumindest das Vorbewusstsein vorhanden, dass die grandiose Renaissance der polnischen Arbeiterbewegung, die wir jetzt erleben können, gleichzeitig ein anderes, unbürokratisches Sozialismusmodell in sich trägt.

Intellektuelle und Arbeiter

Danzig, Stettin und jetzt der schlesische Bergbau sind nur der fulminante Anfang einer Bewegung, die immer mehr soziale Schichten der Bevölkerung erfasst. Schon beginnen sich – nach einer Schrecksekunde – Angestellte, Künstler, Filmemacher, Journalisten in «freien Gewerkschaften» zu organisieren. Und die Universitäten, in Polen immer schon Zentrum der politischen Opposition, sind doch in den Sommerferien . . .

Sosehr die Regierung versucht hat, die Bewegung in brave Arbeiter und antisozialistische Elemente (sprich die politische Opposition) zu spalten, in den Ereignissen hat sich jedoch das Bündnis der Intelligenz und der Arbeiter, der gewerkschaftlichen Belange und der politischen Alternative hergestellt. Das oppositionelle Komitee «KOR» hat gute Vorarbeit geleistet. Man muss gesehen haben, wie die Delegierten auf der Leninwerft den Verkäufern die neue Ausgabe der KOR-nahen Zeitschrift *«Robotnik» (der Arbeiter)* aus der Hand gerissen haben, um zu ermessen, welchen Einfluss die politische Opposition auf die Streikbewegung hat. Und obwohl die Streikenden aus taktischen Gründen nicht viel von «KOR» und der politischen Opposition sprechen wollen, von den Arbeitern in der Danziger Streikleitung sind etwa die Hälfte «KOR»-Mitglieder oder «KOR»-Sympathisanten.

Ein Punkt freilich, der bei aller Sympathie mit den Ereignissen in Polen der westlichen Linken Probleme machen dürfte, ist die Rolle der Kirche und der katholischen Religion in der polnischen Bewegung – das Faktum, dass statt der «Internationale» eher Marienlieder gesungen werden und die rote Fahne nicht wohl gelitten ist. Auf die Frage, ob er sich einen Bischof in einer zukünftigen Regierung vorstellen könnte, antwortete ein Danziger Arbeiter: *«Nein, das ist nicht die Aufgabe der Geistlichkeit, ihr Ressort ist die Moral und nicht die Politik.»* Sosehr also die Religion, vermischt mit Nationalbewusstsein, kulturellen Humus für den Kampf darstellt, sosehr aber auch scheint die Trennung von Kirche und Staat in den Köpfen und Herzen der Polen hergestellt zu sein. Der pathetische Aufruf ihres Kardinals Wyszynski, die Arbeit wiederaufzunehmen, hat die Streikenden nicht im geringsten beeindruckt. Und die Entwicklung der Bewegung zeigt aufs eindrücklichste, dass von christlicher Demut nichts zu spüren ist.

Ein Streikdelegierter und «KOR»-Sympathisant scherzt: *«Marx hat geglaubt, der Sozialismus komme in den entwickelten kapitalistischen Ländern; dann schaute man nach Russland. Nach dem Zweiten Weltkrieg hoffte man auf die dritte Welt. Jetzt schaut es so aus, als ob der Sozialismus in den sozialistischen Ländern ausbreche.»* ●

Deutschland im Herbst

8 Ks – 75

Im Oktober 1980 findet in der Bundesrepublik Deutschland die Demokratie statt. Statt Schmidt ist Strauss zu haben. Er habe keine Chance, meinen die, die meinen, es lasse sich voraussehen. Hoffen wir es. Leider gewinnen wir nichts, wenn Strauss nicht gewählt wird.

Es findet im Oktober auch ein Prozess statt in der BRD. Er findet seit fünf Jahren statt. Bisher (20. August) genau 417 Tage lang. 100 Kilometer Protokolltonband sind mittlerweile durchgelaufen. Aktenzeichen 8 K s – 75: der Majdanek-Prozess in Düsseldorf. Gegenstand des Verfahrens: Mord und Mordbeihilfe in mindestens 250 000 Fällen.

Die Richter halten sich an einen Beschluss des Bundesgerichtshofs, wonach Naziverbrecher nicht als Mörder angesehen werden dürfen, wenn sie die Mordtat im Auftrag oder im Interesse eines anderen begangen haben. – Im Auftrag des Führers?

Zeugen, die der Hölle von Majdanek vor 37 Jahren entkommen konnten, erfahren aus dem Mund der Richter, dass «Tötungshandlungen vorgekommen sein sollen». Das ist die notwendige Justizsprache: rechtsstaatlich.

«Selektion» ist der immer wiederkehrende Ausdruck für die Verbrechen – ein schon von den Nazis verwendeter Begriff.

Wie gross die Peitsche der «blutigen Brigitta» gewesen sei, fragt der Richter die aus Australien herbeigereiste Zeugin.

Die Verfolgung der Naziverbrecher ist von Anfang an schleppend vor sich gegangen und immer schleppender geworden. Die Nazis haben sich in der Staatsmaschinerie und in der Gesellschaft so gut eingenistet, dass sie auch ganz oben wieder salonfähig geworden sind – mit der üblichen Distanzierung zur eigenen Vergangenheit. Das hat seine Auswirkungen gehabt auf die «Bewältigung».

Wenn Strauss gestoppt ist, ist er nicht weg, und all seine Gesinnungsfreunde auch nicht. Wir haben nichts gewonnen und nicht einmal etwas verloren.

R. Küng

Chun Doo Hwan heisst der neue Diktator von Südkorea. Er hat sich jetzt auch noch zum Staatschef wählen lassen, ein abgekartetes Spiel. «Also eine verwerfliche neue Diktatur?» fragt rhetorisch Eric Mettler in der «NZZ». «Nicht unbedingt. Die ausgeprägt konfuzianische Tradition Südkoreas lässt dort eine autoritäre Regierungsform natürlicher erscheinen als eine Demokratie des atlantischen Typs.» Und welche Tradition lässt es natürlich erscheinen, dass mit dem neuen Diktator ein besonders brutaler Militär, verantwortlich für die furchtbare Niederschlagung des Aufstands in diesem Frühjahr, an die Macht kommt?

*

US-Verteidigungsminister Brown hat rechtzeitig vor dem Wahlkampf das Geheimnis um die neue amerikanische Wunderwaffe gelüftet: Man habe jetzt das «unsichtbare Flugzeug», und bald werde man den unsichtbaren Tank, das unsichtbare Schiff haben. Wie immer, wenn die technische Forschung Erfolge zeitigt, sind wir glücklich über die neueröffneten Horizonte. Ganz besonders freuen dürfen wir uns in diesem Fall, weil dieser technische Durchbruch, wie Brown sagte, ein «Instrument des Friedens» ist. Der Frieden der Zukunft ist unsichtbar . . .

Völkermord in Zentralamerika

«Die USA werden niemals ein neues Nicaragua zulassen»

(Zbigniew Brzezinski)

Von Jean-Michel Berthoud, Mitarbeiter beim Schweizerischen Arbeiterhilfswerk

El Salvador ist am Rand des Bürgerkriegs. Seit Anfang Jahr wurden über 8000 Menschen von Militärs und rechtsextremen Gruppen auf brutale Weise umgebracht. Guatemala ist im Aufstand. Auch hier wurden seit Jahresbeginn bereits über 5000 Menschen von der Armee und rechten Terrorgruppen ermordet. In Honduras und Costa Rica, dieser «Schweiz Zentralamerikas», regt sich der Widerstand der Guerillagruppen und Bananenarbeiter. Aber die Wellen des Nicaragua-Schocks breiten sich bis nach Washington aus.

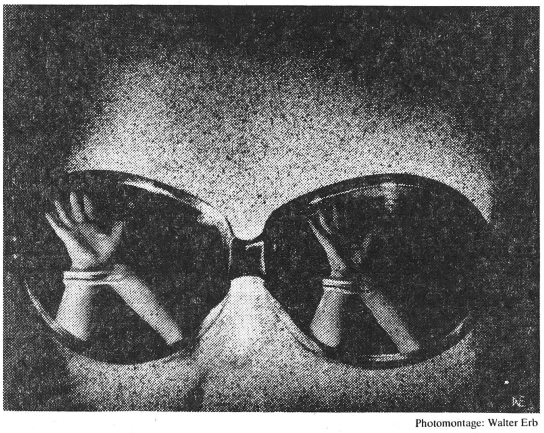
«Zentralamerika und die Karibikstaaten erleben zurzeit die grösste politische, wirtschaftliche und soziale Krise ihrer Geschichte», erklärte kürzlich der Präsident von Costa Rica, Rodrigo Carazo («Le Monde diplomatique», August 80). Und die «New York Times» schrieb: *«Weil Washington die strategische Wichtigkeit Zentralamerikas erkannt hat, vergrössert sich der Druck im Kongress, im Nationalen Sicherheitsrat und im Pentagon, der linken Herausforderung in der Region mit einer Antwort der harten Linie entgegenzutreten.»*

US-Geheimkrieg in El Salvador

In den USA sind deutliche Zeichen einer militärischen Vorbereitung zur Durchführung einer «Antwort der harten Linie» erkennbar. Die Drohung von Zbigniew Brzezinski, Carters nationalem Sicherheitsberater, die USA würden niemals ein neues Nicaragua zulassen, *«auch wenn wir die schlimmsten Massnahmen ergreifen müssen, um dies zu verhindern»*, lassen Befürchtungen eines neuen Vietnam in Zentralamerika nicht mehr utopisch erscheinen.

Für die Bevölkerung El Salvadors hat der Krieg allerdings schon lange begonnen. Nach Berichten verschiedener Menschenrechtsorganisationen wurden seit Jahresbeginn bereits über 8000 Menschen von der Armee oder rechtsextremen Gruppen massakriert. Armeevertreter und Rechtsextremisten erklären offen, man müsse *«ein für allemal mit allen Agitatoren Schluss machen»*. Und dazu *«müssen wir 100 000 bis 150 000 Personen physisch liquidieren, um El Salvador zu befrieden»* («Le Monde diplomatique», August 80). Diese Strategie nennen die Militärs unverhohlen «den Frieden der 100 000 Toten».

Bei der Verwirklichung dieses «Friedens» hilft ein mächtiger Verbündeter mit: die USA. Washington versorgt die Junta El Salvadors direkt mit Waffen und Munition oder indirekt mit «privaten» Waffenlieferungen über Israel[1]. Armee und Polizei werden von US-Beratern ausgebildet. US-Truppeneinheiten intervenieren zum Teil direkt gegen Guerillas. Washington stärkt die Streitkräfte Guatemalas und Honduras' für eine mögliche Intervention in El Salvador. Und schliesslich bemühen sich US-Diplomaten, die Andenstaaten zur Entsendung einer Interventionsarmee zu bewegen, damit die USA das schmutzige Geschäft nicht selber machen müssen. Eine solche «Operation» würde wiederum etwa 100 000 Menschen das Leben kosten.



Photomontage: Walter Erb

Versteckte Operationen

Weil das Vietnamtrauma in den USA immer noch vorhanden ist, muss Washington in El Salvador einen «versteckten Krieg» führen. Und dieser Krieg wird unter dem Deckmantel «Menschenrechte und soziale Reformen» geführt. Deshalb auch immer wieder das Märchen vom Regime gutwilliger Reformer in El Salvador, das sich im Sandwich zwischen Links- und Rechtsextremisten befinde. Allerdings hat die Landreform, vom amerikanischen Institut für freie Gewerkschaften ausgearbeitet, den verarmten Bauern in El Salvador nichts gebracht. Die Riesenpublizität über die Neuverteilung des Landes diente lediglich als Deckmäntelchen für eine Terrorkampagne gegen linksverdächtige Bauern. *«Am 21. Februar brannte die Armee bei Camulasco die Felder der Bauern nieder und zerstörte zwei Brücken, damit die Bauern nicht flüchten konnten. Und auf der Hacienda de Tihuilacoyo in La Paz wurden diejenigen Bauern, die sich bei der versprochenen Kooperative meldeten, samt ihren Frauen und Kindern niedergemetzelt.»* («Los Angeles Times», 11. 6. 80).

William Bowdler, Stellvertretender Staatssekretär für interamerikanische Angelegenheiten schrieb: *«Um das Reformprogramm erfolgreich durchzuführen, muss die Regierung die politische Gewalt eindämmen. Um dies zu tun, muss die Professionalität der Streitkräfte erhöht werden. So wird der Respekt für die individuellen Rechte verstärkt»* («New York Times», 29. 4. 80).

Direkte US-Intervention

Während im amerikanischen Kongress um Waffenlieferungen an die Junta gefeilscht wird, befinden sich US-Truppen bereits in El Salvador. *«Uniformierte Amerikaner nahmen als Operationsleiter am Massaker vom 15. Dezember 1979 an 100 Bauern in El Congo teil. Am 23. Januar 1980 nahmen US-Marinesoldaten vor der amerikanischen Botschaft in San Salvador Mitglieder des Revolutionären Volksblocks (BPR) fest und übergaben sie der Nationalgarde. Seither gelten die BPR-Studenten als vermisst»*, schrieb die Revolutionäre Volksarmee am 12. 3. 80 in der «New York Times». Und Fabio Castillo, der ehemalige Rektor der Universität von San Salvador, doppelte in der belgischen Wochenzeitung «La Gauche» nach: *«Amerikanische Truppen nehmen jetzt direkt an den Kämpfen in El Salvador teil. 36 US-Militärberater sind heute auf drei Anti-Guerilla-Stützpunkten im Land stationiert.»* Daneben unternimmt Washington Anstrengungen, eine Interventionsarmee der Andenstaaten (Kolumbien, Venezuela, Peru, Bolivien, Ecuador) für eine «friedenbringende Mission» in El Salvador auf die Beine zu stellen. Auch wurde in den USA ein Geheimtreffen Brzezinskis mit christdemokratischen Politikern und Regierungsmitgliedern aus diesen Ländern abgehalten. In Guatemala bilden US-Militärberater des Pentagons eine Armee aus 5000 Söldnern, Ex-Nationalgardisten Somozas, kubanischen und vietnamischen Konterrevolutionären aus.

Der Widerstand

Obwohl der von der Demokratisch-Revolutionären Front (FDR) ausgerufene Generalstreik vom 13. bis 15. August wegen der massiven Einschüchterung

Fortsetzung auf Seite 12

[1] In den vergangenen Monaten haben die USA der salvadorianischen Junta Waffen im Wert von 11 Millionen DM geliefert, 30 Kampfhelikopter, Gasmasken, Kampfanzüge, Militärjeeps, Patrouillenboote, Fallschirme und Kampfflugzeuge. Daneben wickelt sich noch der «private» Waffenverkauf an die Junta ab, der von der US-Regierung gutgeheissen werden muss. So bewilligte im Januar 1980 das Handelsdepartement den Verkauf von «nichtmilitärischen» (!) Gewehren im Betrag von 8000 Dollar an die Junta.

Auch Israel mischelt bei der Unterstützung der rechtsextremen salvadorianischen Junta kräftig mit: In den letzten Jahren lieferte die israelische Regierung mehr als 80 Prozent der von El Salvador erstandenen Waffen, darunter Ouragan-Kampfflugzeuge, Arava-Transportflugzeuge sowie Uzi- und Galil-Maschinengewehre.

* Eine wesentlich erweiterte Fassung dieses Berichts erscheint in der Septembernummer der «Arbeitersolidarität».

Fortsetzung von Seite 11

der Bevölkerung durch die Militärs und rechtsextreme Terrorgruppen kein durchschlagender Erfolg für die Opposition war (Bilanz: über 300 Tote), formiert sich der Widerstand in El Salvador. Die Bevölkerung hat nichts zu verlieren. Eine dünne Schicht reicher Grossgrundbesitzer (14 Familien) lässt drei Fünftel der Bevölkerung als besitzlose Campesinos für sich arbeiten. 60 Prozent der Bevölkerung haben nie eine Schule besucht. Auf 1000 Kinder sterben über 60 wegen Unterernährung nach der Geburt und 40 vor Ende des 1. Lebensjahrs. 71 Prozent der Bevölkerung verdienen weniger als das gesetzlich vorgeschriebene Minimum. Gewerkschaften sind verboten, Sozial- und Arbeitslosenversicherung gibt es nicht. Am 18. 4. 80 haben sich alle Oppositionsgruppen und -parteien zur *Demokratisch-Revolutionären Front* zusammengeschlossen, darunter auch Sozialdemokraten und Christdemokraten (letztere beteiligen sich auch an der Junta). Die isolierte Junta versucht krampfhaft, das breite Bündnis zu sprengen, wird aber nur noch von Christdemokraten und vom privaten Sektor unterstützt.

Guatemala: Ein Friedhof

Die Situation in Guatemala ist nicht minder dramatisch als im benachbarten El Salvador. Seit Jahresbeginn wurden über 5000 Menschen meist von rechtsextremen Terrorbanden umgebracht. Jeden Tag werden über 30 Leichen erschossener Menschen, manchmal durch Folterungen bis zur Unkenntlichkeit verstümmelt, ins Leichenhaus des Zentralspitals von Guatemala City gebracht. Nach den Worten der guatemaltekischen Bischofskonferenz – zahlreiche ihrer Mitglieder wurden Opfer der politischen Gewalt – hat Guatemala *«in seiner ganzen Geschichte bisher kaum derart traurige Tage erlebt»* («Le monde», 8./9. Juni 1980).

Offiziell werden die meisten politischen Morde durch «Unbekannte» verübt, die sofort danach verschwinden, ohne eine Spur zu hinterlassen. In Wahrheit sind die paramilitärischen, von der Regierung tolerierten Organisationen der extremen Rechten die Urheber der Politmorde. Schon mehrmals hat die *Antikommunistische Untergrundarmee* (ESA) Listen mit Namen von Personen publiziert, denen der Tod angedroht wird.

Nach der Organisierung der Opposition 1975 verstärkte sich die Repression noch mehr. Die Indios sind speziell der Repression unterworfen, weil das Land von den direkt aus der spanischen Kolonisation stammenden Ladino-Minderheit dominiert wird. Die Ladinos betrachten die Indios als minderwertige Rasse. Seit 1975 steht die gesamte Indio-Bevölkerung auf den Hochebenen von Altiplano unter militärischer Kontrolle. Die Indios arbeiten bei den Ladino-Grossgrundbesitzern für etwa 2.50 Franken im Tag.

Seit Juni 1980 morden die rechtsextremen Terrorgruppen immer wütender im Land herum: Gewerkschafter, Indio-Bauern, Journalisten, Studenten, Professoren, ja sogar christdemokratische und liberale Politiker fallen den Kugeln der schwarzen Mordkommandos zum Opfer.

Vor dem täglichen Terror der herrschenden Kreise im Land hat jetzt sogar der seit März 1978 designierte Vizepräsident Guatemalas, der Liberale Francisco Villagran Kramer, kapituliert: Er erklärte Anfang September von den USA aus seinen Rücktritt, weil es nach den jüngsten Attentaten auf Politiker der Linken und des Zentrums keine Möglichkeit für eine politische Öffnung mehr gebe.

Auch in Guatemala will eine dünne Oberschicht krampfhaft ihre Privilegien aufrechterhalten: 2 Prozent Grossgrundbesitzer verfügen über mehr als 60 Prozent des bebaubaren Bodens, 90 Prozent der Bauern besitzen weniger als 7 Hektaren Land. Drei Viertel der Bevölkerung leben unter dem Existenzminimum, und 80 Prozent aller Kinder sind unterernährt. 63 Prozent der Bevölkerung sind Analphabeten. Und wie in El Salvador die US-Konzerne Exxon, International Basic Coffee Company, Westinghouse Electric, Alcoa, Texaco und U.S. Steel, wollen auch in Guatemala die Multis ihre Profite aufrechterhalten. Darum gilt Brzezinskis Drohung auch Guatemala. ●

Entwicklungshilfe

Das Schweizerische Arbeiterhilfswerk (SAH) unterstützt Projekte in Guatemala und Nicaragua. Näheres erfahren Sie beim SAH, Quellenstrasse 31, Zürich, Tel. (01) 42 26 00, oder aus der Zeitschrift des SAH, *«Arbeitersolidarität»*, Postfach, 8031 Zürich.

Spenden auf PC 80–188.

COPY-CORNER

FOTOKOPIEN UND DRUCKSERVICE

Öffnungszeiten
Mo–Fr 08.30–18.30
Sa 10.00–13.00

Seilergraben 41
Tel. 01/32 49 34

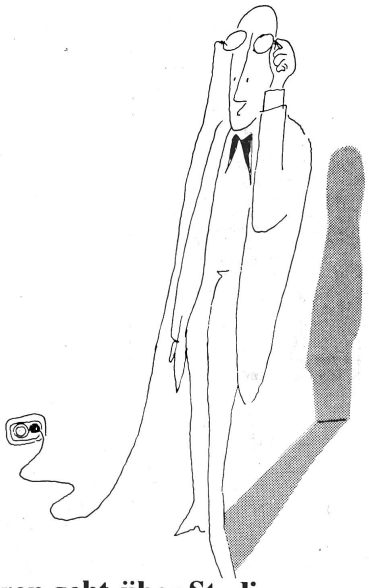
8001 Zürich
PC 80-27780

Fotokopien	– Normal	20 Rp.	– Verkleinerung	30 Rp.
	– mit Legi	15 Rp.	– mit Legi	25 Rp.

Kopien auf Normalpapier (Xerografisches Verfahren)

Schnelldruck (ab einer Vorlage)	1-seitig	2-seitig
30 Ex.	4.50	9.—
50 Ex.	5.50	10.50
100 Ex.	7.50	14.50
200 Ex.	15.—	28.—
300 Ex.	21.—	38.—
350 Ex.	23.—	42.—
400 Ex.	25.50	44.50
500 Ex.	28.—	52.—
1000 Ex.	40.—	73.—

Reinschriften / Dissertationsdruck



Kopieren geht über Studieren

.....Blatt für Blatt:
Jeder Student hat Rabatt.
Sein Geld wir ihn schonen
speziell bei Dissertationen.

Copy Quick

8001 Zürich, Schützengasse 4, Tel. 01 211 66 36 ● 8008 Zürich, Kreuzstrasse 19, Tel. 01 252 39 39 ● 8003 Zürich, Zweierstrasse 129, Tel. 01 35 38 88 ● 4051 Basel, Kohlenberg 3, Tel. 061 22 96 96 ● 3011 Bern, Bahnhofplatz 10B, Tel. 031 22 22 20 ● 1003 Lausanne, Pl. Pépinet 1, Tel. 021 22 50 44

tersagen Weitersagen Weitersagen Weitersagen Weite

PREIS-Tiefschlag!

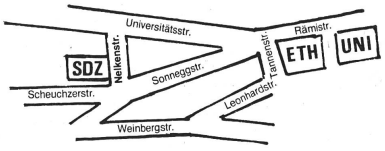
Tip für Studenten

Kaum zu glauben, aber wahr, Xerox-Kopien für 8 Rp. gar! (ab 70 Stück 7 Rappen)

geschenkt werden auch die Sortier-Kosten drum schnell zur SDZ Kopien posten!

Spiral-Bindungen innert kürzester Frist!

Kopien aus Büchern 15 Rp. 10% Legi



STUDENTEN DRUCK ZENTRALE
SDZ Nelkenstr. 7, 8006 Zürich, Tel. (01) 361 01 31

Praxisgruppe-Hus Plaffenwatz

Waffenplatzstrasse 6, 8002 Zürich
Tel. (01) 202 48 58

sucht **Zahnarzt** oder **Zahnärztin**
für 1981.

Salecina-Hüttenwart

Die Stiftung Salecina in Maloja sucht für November bzw. Weihnachten zwei Hüttenwarte, die zusammen mit Anna Ratti und Res Zumbrunn das Ferien- und Bildungszentrum verwalten (Essensplanung/Einkauf, Administration/Buchhaltung, Wartung des Hauses samt Einrichtungen, Seminarbetreuung). Auskunft über die Stellen erteilen die Hüttenwarte (Tel. 082/4 32 39).

Composersatz

Schreibservice
zu alternatiefen Preisen

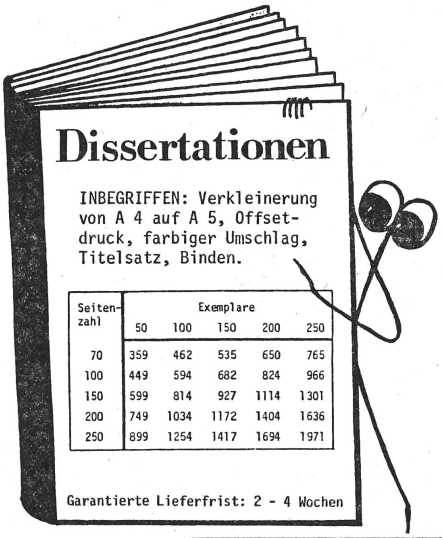
Helga Ruckstuhl-Riedhammer
8581 Schocherswil,
(071) 67 53 04

Mach dini Cigarette sälber.

Oettinger Imex AG

Leichter zu drehen,
da langfaserig geschnitten. Immer frisch, da doppelt verpackt.

Keine Angst vor tiefen Preisen!



Dissertationen

INBEGRIFFEN: Verkleinerung von A 4 auf A 5, Offsetdruck, farbiger Umschlag, Titelsatz, Binden.

Seitenzahl	Exemplare 50	100	150	200	250
70	359	462	535	650	765
100	449	594	682	824	966
150	599	814	927	1114	1301
200	749	1034	1172	1404	1636
250	899	1254	1417	1694	1971

Garantierte Lieferfrist: 2 - 4 Wochen

ADAG ADMINISTRATION & DRUCK AG COPY-CENTER
Sonneggstrasse 25 – 8006 Zürich – Telefon 01/47 35 54

St Giles College
London Brighton Eastbourne
für Englisch in England
Intensivkurse – Ferienkurse – Juniorenkurse
an unseren bewährten, staatlich anerkannten Ganzjahresschulen in England.
Illustriertes Schulprogramm mit Preisen bei:
Sekretariat ST GILES COLLEGE, Ch. des Anémones, 3960 Sierre/VS,
Telefon 027/55 36 19. Schulsprechstunden: täglich 19.00–21.30 Uhr.

Herr/Frau/Frl. _____ Vorname _____
Strasse _____ PLZ/Wohnort _____
ungefähres Datum: _____ gewünschte Kursdauer: _____

dk 1

Schweizerische Forschungspolitik:

Kein Engagement für Sozialprobleme

Von Georg Hodel

In einer hochindustriellen Gesellschaft wie der Schweiz spielt der wissenschaftliche Fortschritt eine zentrale Rolle für die wirtschaftliche Expansion. Die Verfilzung von Wissenschaft, Wirtschaft und Staat ist daher schon gefährlich weit fortgeschritten. Die staatliche Forschungsförderung, welche diesem Trend entgegenwirken könnte, ist hoffnungslos überfordert und unterstützt gewollt oder ungewollt den wissenschaftlichen Wildwuchs.

Jene Wissenschafter, die nicht das Glück haben, einen privaten Geldgeber für ihr Forschungsvorhaben auftreiben zu können, landen früher oder später beim Schweizerischen *Nationalfonds zur Förderung der wissenschaftlichen Forschung* (NF), der wohl wichtigsten Forschungsinstanz ausserhalb der Privatindustrie in unserem Lande. Seit ihrer Gründung im Jahre 1952 ist diese Stiftung, welche ihre Mittel zu fast 100% vom Bund bezieht, Anlaufpunkt für Forschungsprojekte, die keine Aussicht auf kommerzielle Vermarktung haben. Das zentrale Organ des Nationalfonds ist der *Nationale Forschungsrat.* Er überprüft und genehmigt (oder auch nicht) alle Forschungsgesuche und -beiträge. Er ist ein reines Wissenschaftergremium, dessen Zusammensetzung nach den Worten seines Präsidenten, dem stockkonservativen Ständerat *Prof. Olivier Reverdin* aus Genf, *«gezwungenermassen e l i t ä r» ist, «weil wir die Besten berufen».* Entsprechend einseitig werden auch die Anträge behandelt. Forscher, die dem NF ein Finanzierungsgesuch stellen, haben bei einer Ablehnung keine echten Rekursmöglichkeiten. Es kann mitunter vorkommen, dass dank dem internen Rekurssystem die gleichen Leute über einen Rekurs entscheiden, die schon zuvor über das Gesuch entschieden haben. Diese Selbstregulierung in den Händen einer geschlossenen Forscherriege zog immer wieder den Unmut jener Wissenschafter auf sich, die sich nicht zu dieser ausgesuchten Gilde zählen durften.

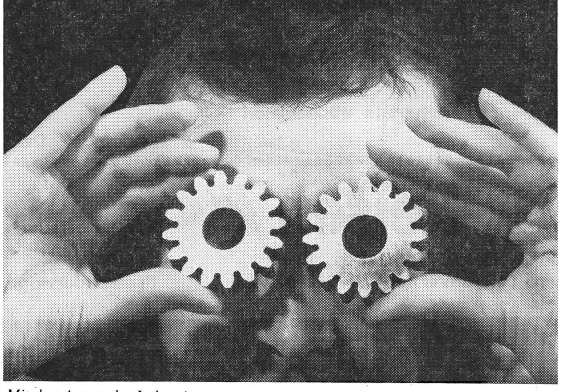
Seltsame Förderungspraktiken beim Nationalfonds

Bei näherer Betrachtung der Förderungspraxis des Nationalfonds fällt auf, dass Anwärter, die z. T. schon mehrere Male Geld von Fonds erhalten haben, mit erstaunlicher Leichtigkeit zu einem neuen Kredit kommen, während z. B. bei den Sozialwissenschaften (Soziologie und Politologie) überdurchschnittlich viele Anträge abgewiesen werden. Mit einem Anteil von 1,5% am Budget des Nationalfonds (145,57 Millionen Franken) sind diese Wissenschaften sowieso deutlich unterdotiert. Der finanzielle Notstand in diesem Forschungsbereich hat, das lässt sich kaum übersehen, eindeutig *politische* Präferenzen: Beim Nationalfonds abgeblitzt sind in letzter Zeit das westschweizerische *Mouvement populaire des familles* und die *Groupe de Recherche et d'Intervention Sociologique* mit einer Untersuchung über die *«Lebensbedingungen der Westschweizer Arbeitnehmer»,* das *Institut für Politische Wissenschaften der Universität Lausanne* mit einer Untersuchung über das *«Fernsehen in der Westschweiz»,* einer *«Analyse des Staates in der Schweiz»* und einer Studie über den *«Entscheidungsprozess in der schweizerischen Demokratie.»* Von den schweizerischen Soziologen noch immer allgemein bedauert wird zudem die länger zurückliegende Ablehnung einer Grundlagenuntersuchung über die *«Machtkonzentration bei den multinationalen Gesellschaften»,* eingereicht vom *Soziologischen Institut der Universität Zürich.*

Die ablehnenden Entscheide werden meist mit der Anführung nicht definierter «wissenschaftlicher» Kriterien begründet. Der Präsident des Forschungsrates, Olivier Reverdin, nimmt dazu unbefangener Stellung: *«. . . es gibt eine gewisse Soziologie, die politisiert ist und beweisen will, dass die Leute in der Schweiz unglücklich sind, dass die Verteilung des Reichtums in der Schweiz ungerecht ist. Die Motivation dieser Forscher ist nicht wissenschaftlich. . .»* Offen bekennt er auch, was er von einzelnen, nicht berücksichtigten Antragsstellern hält: Prof. *François Masnata,* Autor von *«Macht und Gesellschaft in der Schweiz»,* ist in seinen Augen *«ein Exponent des linken Flügels der Sozialdemokratischen Partei, ein sehr schlechter Forscher, der noch nichts wissenschaftlich Solides produziert hat.»* Den Verdacht, dass der Nationalfonds trotz allen Beteuerungen eben doch politische Massstäbe anwendet, weist Reverdin weit von sich: *«Wir lehnen politische Kriterien absolut ab. Doch ich muss feststellen, dass politische Aktivisten ihre Wissenschaft in den Dienst ihrer Politik zu stellen versuchen. Damit wollen sie sich selbst und die Wahrheit überlisten.»*

Selbstbedienungsladen für die Schweizerische Forscherelite?

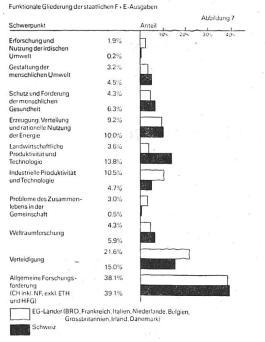
Die Polemik Reverdins gegen die Vertreter der Sozialwissenschaften kommt nicht von ungefähr. Eine Westschweizer Gruppe von Wissenschaftern hatte nämlich diesen Sommer ihrer Unzufriedenheit über die konsequente Ignorierung der Sozialwissenschaften durch den Nationalfonds Luft gemacht und dem Forschungsrat vorgeworfen, dass Mitglieder desselben unverhohlen in ihre eigene Tasche arbeiten würden. Sie veröffentlichten eine Statistik über die Kreditzusprachen des Nationalfonds der vergangenen Jahre aus der sich unschwer herauslesen lässt, dass in der Vergangenheit die wissenschaftlichen Nationalfonds-Experten bei der Projektvergabe sich selbst bevorzugt berücksichtigt haben. Es ist aber nicht das erste Mal, dass der Nationalfonds im Kreuzfeuer der Kritik stand. So wird allgemein bemängelt, dass der Impuls zu seiner Gründung vom Bedürfnis ausgegangen war, die Lage der Geisteswissenschaften zu verbessern. In Wirklichkeit wurde er von Anfang an als Institution zur Förderung von mehrheitlich naturwissenschaftlich orientierter *Grundlagenforschung* konzipiert. In den ersten Jahren nach seiner Gründung hielt sich der Anteil der Geisteswissenschaften einschliesslich Sozialwissenschaften bei einem Durchschnitt von 28%. Als 1958 die *Kommission für Atomwissenschaft* eingebracht wurde, wurden die Relationen zwischen den vom Nationalfonds geförderten Einzelwissenschaften völlig umgekrempelt. Der Anteil der Naturwissenschaften schnellte auf über 70%, während derjenige der Geisteswissenschaften unter 10% fiel. Seither gab es keine vergleichbaren Schwankungen mehr. ●



Mit den Augen der Industrie.

Führende Forschernation?

Über 3 Milliarden Franken werden in der Schweiz für Forschung und Entwicklung ausgegeben. Das sind mehr als 500 Franken pro Kopf der Bevölkerung. Mehr auch, als sich andere Industrienationen leisten können: Die USA geben pro Person ein Fünftel weniger aus, Grossbritannien kommt nicht einmal auf die Hälfte und Italien kann kaum mehr als ein Siebtel dieser Quote aufbringen. Damit zeichnet sich unser Land als «führende» Forschungsnation aus. Die vielleicht überraschende Tatsache sollte jedoch nicht falsch interpretiert werden: Der forschende Drang nach vorne ist nämlich, wie sich wohl vermuten lässt, nicht etwa durch eine ungewöhnlich aufgeschlossene Fortschrittshaltung motiviert, sondern entspringt vielmehr der hierzulande beinah naturgebundenen Gabe gewisser Geschäftskreise, mit Gütern aller Art, so auch mit dem wissenschaftlichen Know-how, schwungvollen Handel zu betreiben. Sowohl bei der Finanzierung als auch bei der Durchführung von Forschung und Entwicklung ist die *Privatwirtschaft* federführend. Etwa 80% des schweizerischen Forschungsaufkommens werden von ihr bestritten. Der Anteil der öffentlichen Aufwendungen für Forschung und Entwicklung ist denn auch von entsprechender wirtschaftlicher Bedeutungslosigkeit: Während die USA auf einen Anteil von 1,3% am Bruttoinlandprodukt kommen, liegt die Schweiz mit einem Anteil von 0,3% sogar noch hinter Italien (0,4%).



Weltraumfahrt – dringliches Forschungsbedürfnis der Schweiz?

Neben den Fragen «Wer bezahlt» und «Wer forscht», interessiert vor allem, *worüber* geforscht wird, d. h. wofür die staatlichen Forschungsmittel ausgegeben werden:

Der Anteil der Verteidigung am staatlichen Forschungsaufwand wird nur von Frankreich und Grossbritannien übertroffen. Die beiden Bereiche mit den kleinsten Anteilen, *«Erforschung und Nutzung der irdischen Umwelt»* und *«Probleme des Zusammenlebens in der Gesellschaft»* – zu letzterem gehören Themen wie die Verbesserung der Arbeitsbedingungen und der Bildung – figurieren auch in der Schweiz, sogar noch ausgeprägter, am Schluss der Liste. Überraschend ist wohl auch, dass die Schweiz nach Italien den grössten Anteil der öffentlichen Forschungsmittel für die Weltraumfahrt aufwendet.

Konzentration der Forschungsmittel

Sowohl in der Privatwirtschaft als auch im Bund konzentrieren sich die Forschungsaufwendungen auf wenige Firmen und Bundesstellen. *Chemische Industrie* und *Maschinen-, Metall-* und *Elektroindustrie* decken *76%* des gesamten Forschungsaufkommens ab. Da die Forschung vor allem von den Branchenleadern getragen wird, kann davon ausgegangen werden, dass knapp *10 Grossunternehmen* rund *60%* der Forschungsausgaben unseres Landes bestreiten. Eine ähnliche Ballung ist beim Bund festzustellen, wo 6% Stellen 85% der Bundesmittel für Forschung und Entwicklung ausgeben. Eine wissenschaftliche Untersuchung, welche im Auftrag der Forschungsstelle für Politikwissenschaften an der Hochschule St. Gallen ausgeführt worden ist, weist nach, dass die vom Bund allgemein praktizierte Forschungsförderung in keiner Weise *strukturneutral* ist: Die staatliche Förderung verhielt sich bis jetzt *reaktiv* und *prozyklisch,* d. h. sie hat einseitig *wachstumträchtige Technologien* gefördert, die gleichzeitig Gegenstand industrieller Forschung waren und ebenso einseitig den *forschungsintensiven Grossunternehmen* zugute kamen, während kleinbetriebliche strukturierte Branchen kaum profitierten.

Kritik an der staatlichen Forschung

Schon der 1973 veröffentlichte Forschungsbericht des *Wissenschaftsrates* (Beratungsorgan des Bundesrates) weist eine andere Schwachstelle staatlicher Forschungspolitik aus: So wurde vom Wissenschaftsrat das völlige Ausserachtlassen nicht etablierter Wissenschaftszweige (Soziologie, Verwaltungswissenschaften etc.) sowie der Bedürfnisträger, welche keinen Einfluss auf den Gang der Forschung haben (Frauen, Rentner, Minoritäten etc.) bemängelt (vgl. «das konzept» Nr. 7/73). Der Wissenschaftsrat empfahl aufgrund dieser Erkenntnisse Sonderförderungsmassnahmen für die Wissenschaftsbereiche *Bildung, Umwelt* und *Neuere Gesellschafts- und Wirtschaftswissenschaften.*

Die vom Wissenschaftsrat geäusserten Bedenken und Empfehlungen wurden jedoch bereits beim Erscheinen seines Forschungsberichtes von der Finanzkrise des Bundes eingeholt. Der Bundesrat würdigte die Vorschläge des Wissenschaftsrates, kam aber trotz grundsätzlicher Übereinstimmung mit den Empfehlungen des Wissenschaftsrates zum Schluss, dass *keine zusätzlichen* Mittel für sie bereitgestellt werden können. Es lag daher auf der Hand, dass der *Nationalfonds* die Aufforderung erhielt, seine bisherige Förderungspraxis zu überprüfen. Im Nationalfonds wurde vom Stimmungswandel bei den Bundesbehörden *ablehnend* Kenntnis genommen. Die Tätigkeit des Nationalfonds war in den Augen seiner Mitglieder wissenschaftlich ausreichend begründet und abgestützt, die Politik sollte draussen bleiben. Insgesamt wurde der Vorstoss des Wissenschaftsrates als unnötige und nicht sachkompetente Einmischung in Angelegenheiten kritisiert, welche bisher vom Nationalfonds zur Zufriedenheit der Beteiligten und zum Nutzen der Wissenschaft gelöst worden waren. Die Kontroverse der beiden Wissenschaftsgremien führte schliesslich zur Intervention der Bundesparlamente, die 1974 die Schaffung der *Nationalen Forschungsprogramme* (NFP) beschlossen.

Etikettenschwindel oder Reform?

Mit den Nationalen Forschungsprogrammen sollte, so schien es jedenfalls, den gesellschaftlich relevanten Aspekten der vom Bund geförderten Forschung vermehrt Rechnung getragen werden. Formal sind die NFP dem Nationalfonds angegliedert. Inhaltlich, d. h. über die Themenwahl, entscheidet der Bundesrat, er kann dafür ca. 12% des Nationalfonds-Budgets beanspruchen. Auf fünf Jahre hinaus stehen für die NFP jährlich zwischen 14 und 16 Millionen Franken zur Verfügung, das sind nur ewa 2,5% der Bundesaufwendungen für Forschung und Entwicklung und lediglich 0,1% der gesamten Bundesausgaben. Daher werden die NFP als neues Forschungsinstrument kaum je das Gewicht haben, um eine Verschiebung im Kräfteverhältnis zwischen den recht divergierenden Interessen der Forschungsinstanzen des Bundes zu bewirken. Auch die mit der Schaffung der NFP erhoffte Transparenz der wissenschaftspolitischen Entscheidungsprozesse ist ausgeblieben. Die Öffentlichkeit, aber auch die direkt betroffenen Wissenschaftler haben nicht einmal informellen Zugang zu den vorgelegten Forschungsvorhaben. Schon seit Monaten liegt die 3. Serie (4 Projekte) der NFP beim Bundesrat, der Entscheid verzögert sich, weil eines der Projekte bei jenen Kreisen umstritten sein soll, die schon immer die Türklinke zum Büro des Bundesrates schneller in der Hand haben als andere. Die Geheimratspolitik geht weiter. Das Volk will mehr für Hochschule und Forschung ausgeben, das belegt eine repräsentative Meinungsumfrage, die der Bundesrat selbst in Auftrag gegeben hatte (vgl. «das konzept» Nr. 3/78), aber es will wissen, *wofür* die Forschungsmillionen ausgegeben werden. ●

Dieser Artikel basiert auf der Diss. von Günther Latzel: «Prioritäten in der schweizerischen Forschungspolitik im internationalen Vergleich – Die nationalen Forschungsprogramme». «Haupt»-Verlag, Bern 1979

Zürcher Ethnologie soll disziplíniert werden

Verborgene Spiele

Es stand in der Zeitung: Die Zürcher Hochschulkommission – das politische Wissenschaftskontrollgremium mit Vorsitz Gilgen – hat ihrem Misstrauen gegen die Ethnologie gehörigen Nachdruck verschafft: In nächer Zeit soll die Fakultät der Uni Zürich die Tätigkeiten am Institut von Professor Löffler «begleiten», d. h. diskret überwachen. Den «gefährlichsten» Lehrauftrag, die Community Medien Gruppe mit Dr. Heinz Nigg, hat man gleich sofort gestoppt. Und gegen Professor Löffler wurde überdies eine Administrativuntersuchung eingeleitet, weil er wissenschaftliches Material – es geht um den Videofilm zum Opernhauskrawall – nicht so ohne weiteres an die Behörden weitergegeben hat. Gewaltig brechen die Politiker, allen voran natürlich Bildungsvogt Gilgen, in den bisher halbwegs respektierten Hoheitsbereich der bereits etablierten Wissenschaft ein.

Begründet werden diese Übergriffe vorerst überhaupt nicht, auch nicht gegenüber den direkt Betroffenen. Doch die mannigfachen Selbstdarstellungen des publizitätsgewohnten Gilgen brachten die Politikerängste ans Licht: Die Wissenschaft hat sich nicht wissenschaftlich verhalten. Statt ausgestorbene Indianerstämme oder sonstwelche Exotik objektiv, neutral und vollständig zu beschreiben, illustriert mit ein paar hübschen Bildchen vielleicht – ja sogar über Video könnte man da diskutieren, setzen die ihre Untersuchungen hier und jetzt an. Dokumentieren laufende Ereignisse. Lassen Betroffene ausführlich zur Sprache kommen. Wo bleibt da die akademische Distanz? Ist ja wie beim Fernsehen, auch die berichten an Ort, statt nobel zu schweigen, bis die offizielle Meinung gemacht ist. Muss man auf die Wissenschaft jetzt auch noch aufpassen? Wäre die Welt doch noch klein und es gäbe weder Medien noch Wissenschaft, die das Böse nebenan nicht dem Teufel und der Polizei überlassen können, und einzig die Kirche bliebe im Dorf.

Man mag sich über die Provinzialität unserer Dorfpolitiker noch so lustig machen. Ihre Macht ist leider kein Witz. Da kann die wissenschaftliche Untersuchungskommission, die im Auftrag der Behörden die Wissenschaftlichkeit der Ethnologie geprüft hat, lange zum Schluss kommen:

*«Die Freiheit der Wissenschaft und Forschung ist nach Ansicht der Fakultät verfassungsmässig implizit im Rahmen der in der Bundesverfassung genannten Gewissens- und Pressefreiheit gewährleistet; im Rahmen dieser Freiheit sind auch solche sozialwissenschaftliche Studien vor staatlichen Eingriffen oder Pressionen zu schützen, welche sich kritisch mit diesen staatlich-gesellschaftlichen Ordnungsformen befassen bzw. Gruppen zum Forschungsobjekt wählen, die sich in diesem staatlich-gesellschaftlichen Ordnungsgefüge marginalisiert fühlen (Alternativkulturen).»**

Für die Politiker ist die Wissenschaft d a n n politisch, wenn sie sich nicht mehr dem politischen Opportunitätskriterium unterwirft. Und sie haben keine Hemmungen, einen Lehrauftrag Nigg entgegen der Empfehlung der von ihnen selbst eingesetzten Untersuchungskommission abzuklemmen und diese Kommission obendrein aufzufordern, sich die ganze Sache noch einmal anzusehen. Aber diesmal gründlich, bitte, und mit den rechten Konsequenzen.

Das Traurige ist, dass die Gilgen-Kommission mit ihrer Anmassung kaum gänzlich abblitzen wird. Unter den Professoren hat sie wohl zumindest dasjenige Dutzend hinter sich, das sich mit dem offiziellen Bericht der Fakultät nicht zufriedengeben konnte und hinter dem Rücken der Untersuchungskommission seine minderheitlichen Stellungnahmen als konzentrierten Negativbericht gesondert an die Hochschulkommission weiterreichte. Als besorgte Demokraten versteht sich. Der unermüdlichste Versöhner, Rektor Hilty, beschwichtigte zwar einmal mehr, es komme nur darauf an, dass die Fakultät den ihr zugespielten Ball richtig aufnehme. Nur: was wird denn hier eigentlich gespielt?

Liselotte Suter

* *Originalzitat aus der Antwort der Philosophischen Fakultät I an die Hochschulkommission betreffend Lehraufträge/Lehrveranstaltungen in Ethnologie*

12 000 Fr. für die Community-Medien

«Mit dem Nichterteilen des Lehrauftrags an Dr. H. Nigg hat die Behörde dem Projekt auch die finanzielle Unterstützung entzogen. Damit wird eine während 1½ Jahren geleistete Arbeit hinfällig, weil das gesammelte Material nicht mehr ausgewertet werden kann. Der VSU will in Zusammenarbeit mit dem VSETH darum alles daransetzen, dass das Projekt weitergeführt werden kann. Wer das Vorhaben finanziell unterstützt drückt damit auch ideell seine Kritik an dem von der Hochschulkommission gefällten Entscheid aus (PC 80 - 56067, Vermerk: Community-Medien).»

Sonderflüge

für Studenten, Schüler und Lehrlinge

Beim SSR kannst du jeden Flug buchen – garantiert sehr günstig!

Der SSR verkauft nicht nur Charter- und Studentenflüge, sondern auch Billette für Linienflüge.
Als spezialisiertes Reisebüro für junge Leute kennen wir uns bei den stark reduzierten Jugend- und Studententarifen bestens aus.
Buchen kannst du entweder per Telefon (01/242 30 00) oder bei unseren Verkaufsstellen.
Telefonische Buchungen nur bis 1 Woche vor Abreise.

NEW YORK
mit BALAIR und TRANSAMERICA

einfach 520.– retour 620.– bis 940.–

Abflüge ab Zürich: zweimal wöchentlich

Abflüge ab Genf: wöchentlich

Linienflüge ab New York auf Anfrage

LOS ANGELES
mit BALAIR und AMERICAN AIRLINES

einfach 870.– retour 1230.– bis 1740.–

Abflüge ab Zürich: wöchentlich

Anschlussflüge auf Anfrage

LIMA
einfach 1060.– retour 1600.– bis 1700.–

Wöchentliche Abflüge ab Zürich

LONDON
mit AIR UNITED KINGDOM

einfach 165.– retour 250.–

Abflüge ab Zürich: jeden Montag und Freitag

TEL AVIV
mit CTA

einfach 350.– retour 640.–

Abflüge ab Zürich: vierzehntäglich vierzehn-

einfach 400.– retour 780.–

Abflüge ab Zürich, Basel und Genf: mehrmals wöchentlich

FERNER OSTEN

		ab/bis einfach	retour
Zürich	Manila	950.–	1800.–
	Seoul	1050.–	2000.–
	Tokio	1050.–	2000.–
	Colombo	850.–	1670.–
Genf	Bombay	765.–	1585.–
	Dehli	765.–	1530.–
Frankfurt	Sydney	1760.–	2360.–
	Bangkok	660.–	1320.–
	Hongkong	810.–	1620.–
	Jakarta	840.–	1680.–
	Kuala Lumpur	680.–	1360.–
	Manila	840.–	1680.–
	Penang	680.–	1360.–
	Singapore	730.–	1460.–
	Sydney	1220.–	2440.–
Rom	Bangkok	630.–	1260.–
	Hongkong	780.–	1560.–
	Jakarta	800.–	1600.–
	Sydney	1180.–	2360.–
London	Delhi	540.–	1080.–

SSR-Reisen

Zürich, Bern, Basel, St. Gallen, Chur und Luzern. Telefonverkauf 01/242 30 00

Treibstoffzuschläge zum Teil nicht inbegriffen.

Preisänderungen vorbehalten.

das konzept bücherservice

ausgewählt von Herbert Graf
Paola Steiner

Rudolf Steiner: **Erde und Naturreiche.** *10 Vorträge. 224 S., Freies Geistesleben, 10.80 Fr.* **Nr. 912**

Eine der wichtigsten Aufgaben der Gegenwart ist, das einseitig materialistisch orientierte Weltbild der Naturwissenschaft so zu ergänzen und zu erweitern, dass auch das geistige Wesen des Menschen, der Erde und der Natur verständlich wird.

Rudolf Steiner gibt auf der Grundlage seiner geisteswissenschaftlichen Forschung in den vorliegenden Vorträgen wichtigste Beiträge hierzu. **Es wird deutlich gemacht, dass die Erde und ihre Lebensbereiche nur unter Einbeziehung ihrer kosmischen Umgebung verstanden werden können.**

Otto Gross: **Von geschlechtlicher Not zur sozialen Katastrophe.** *166 S., Robinson, 19.80 Fr.* **Nr. 911**

Gross' Schriften gehen vom politischen Ansatz weiter zur Revolution der Zärtlichkeit. Aufsätze über Politik und Familie, über Parlamentarismus und Liebesbeziehung. Mit Fallbeschreibungen, die der Schriftsteller Franz Jung im Anhang als Erzählungen aufgreift.

Vita: Psychoanalytiker und Prophet für eine alternative Lebensform, geboren 1877, radikaler Befürworter des Mutterrechts, Lieblingsschüler Freuds, Psychiater mit gesellschaftskritischer Perspektive, Revolutionär auf der Basis eines individualistischen Anarchismus, starb 1920 als Kokainist.

R. M. Schernikau: **Kleinstadtnovelle.** *Rotbuch 220. Prosa. 68 S., Rotbuch, 7 Fr.* **Nr. 913**

Mit einer erstaunlich scharfen sozialen Wahrnehmung zeichnet der 19jährige Autor **das Bild jener Vorurteile, die das Leben in einer Kleinstadt beherrschen.** Nicht nur der Schwule, die Hauptfigur der Novelle, ist davon betroffen. Es geht auch um die Diskriminierung von Frauen, Linken, Gastarbeitern und um den Kampf gegen ein Schulsystem, das bei aller vorgeblichen Liberalität die bürgerlichen Normen und Werte mit offenem Zwang durchzusetzen versucht.

Xavier Gauthier: **Inszenierung der Weiblichkeit.** *Surrealismus und Sexualität. Aus dem Französischen. 260 S., Medusa-Verlag, 29.80 Fr.* **Nr. 914**

Unzählige Bücher gibt es über jene Surrealismus genannte Kunstrichtung. Zumindest die im deutschsprachigen Raum zugänglichen haben alle eines unangetastet gelassen: **das surrealistische Versprechen von «Freiheit» in jeder Beziehung, die Utopie, dass die Surrealisten selbst es bereits eingelöst hätten – gerade in bezug auf die Sexualität.** So mag es für manchen überraschend sein, was die Autorin in ihrer Analyse surrealistischer Texte und Gemälde zutage fördert.
Ein in der Tat überraschendes Ergebnis, brillant formuliert und mit Abbildungen, die, wie bekannt auch immer, sich mit diesen Erläuterungen in einem neuen Licht zeigen.

Für Leser auf dem Land, für Faulenzer, Stubenhokker, Bequemlinge usw. beiderlei Geschlechts. Einfacher geht's nicht: Gewünschte(n) Titel im Talon unten eintragen, Absender gut leserlich eintragen. Talon an «das konzept» schicken.

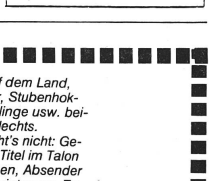
Die Entdeckung der Schweiz. *Mit Karikaturen von Nico. 158 S., Z-Verlag, 14.80 Fr.* **Nr. 904**

15 Aufsätze (u. a. von *Hugo Loetscher, Annemarie Holenstein, Peter Bichsel, Regula Renschler*), **um uns neu zu entdecken:** Das Kapitel *«Vergessene Vergangenheit»* erinnert uns daran, wie sehr noch vor wenigen Jahrzehnten unsere eigene wirtschaftliche und soziale Situation mit der heutigen zahlreicher Länder des Südens vergleichbar gewesen ist. – Wie wohltuend und nützlich ist es, die Schweiz auch einmal mit den Augen eines lateinamerikanischen Indianers zu sehen. – Eine Anklage eines Afrikaners zeigt uns, wie schwer wir uns mit der Begegnung mit Menschen anderer Kulturen tun.

Zur Eröffnung des Gotthardtunnels:

Tobias Kästli: **Der Streik der Tunnelarbeiter am Gotthard 1875.** *Quellen und Kommentar. 87 S., Z-Verlag, 9.80 Fr.* **Nr. 902**

In den Jahren 1872–1882 wurde der Eisenbahntunnel durch den Gotthard gebaut. Der Durchstich durch das Alpenmassiv wurde von den Zeitgenossen als



technisches Wunderwerk angeschaut. Weniger ins Bewusstsein drang die Tatsache, **dass Tausende von Arbeitern beim Tunnelbau Gesundheit und Leben aufs Spiel setzten. Auch 1980 ist das nicht anders.**

Rosa Luxemburg: **Ich umarme Sie in grosser Sehnsucht.** *Briefe aus dem Gefängnis 1915–1918. 328 S., Dietz, Bonn, 16 Fr.* **Nr. 903**

Die hier vorliegenden Briefe – die umfangreichste Sammlung von Gefängnisbriefen Rosa Luxemburgs – sind an Mathilde Jacob gerichtet, ihre Sekretärin und spätere Freundin. **Sie zeigen den persönlichen Mut und die politische Kraft Rosa Luxemburgs.**

E. F. Schumacher: **Das Ende unserer Epoche.** *«Good Work». 193 S., rowohlt, 19.80 Fr.* **Nr. 901**

Als Alternative zum grosstechnologischen, naturzerstörerischen Industriegigantismus entwickelte Schumacher in seinem ersten Buch *«Small is Beautiful»* das Konzept einer alternativen Technik und Ökonomie. Sein letztes, postum erschienenes Werk, *«Das Ende unserer Epoche»*, führt die früheren Überlegungen fort und wendet sie auf den gesellschaftlichen Bereich an, der unser aller Leben am stärksten prägt: die Arbeit. **«Die Frage, was die Arbeit dem Menschen antut, ist kaum jemals gestellt worden; erst recht nicht die Frage, ob nicht die Arbeit den Bedürfnissen des Menschen angepasst sein sollte, statt den Menschen den Bedürfnissen der Arbeit anzupassen.»** Die konventionelle Technik hat die Arbeit für die meisten Menschen zu einer sinnentleerten Plage herabgewürdigt, der man so schnell wie möglich zu entkommen sucht. Schumacher zeigt dagegen, dass eine in sich sinnvolle Arbeit zu den zentralen Voraussetzungen eines Lebens in Würde gehört.

«Tu, was du willst». *Anarchismus, Grundlagentexte zur Theorie und Praxis. 235 S., AHDE, 17 Fr.* **Nr. 905**

Mit Texten von: *Godwin, Stirner, Bakunin, Kroptkin, Mühsam, Landauer, Tolstoi, Rocker, Thoreau, Goodman, Bookchin, Goldmann, Nettlau* u. v. a.
Die Sammlung ist ein Beitrag in der Auseinandersetzung zwischen Autorität und Freiheit.

Bestell-coupon

Ich bestelle folgende Buchtitel Nr(n).:

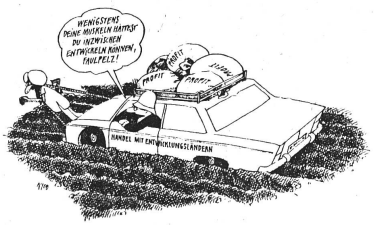
Einsenden an: «das konzept», Weinbergstr. 31, 8006 Zürich

Name

Str.

PLZ/Ort

Ich bezahle die Rechnung (inkl. Versandspesen) nach Erhalt der Bücher.



... fast gratis ...

Luchterhand, 1978, 214 S., brosch., früher 26 Fr., jetzt 9.80 Fr.

Rolf Niederhauser: **Ein paar junge Leute haben es satt, zu warten auf das Ende der blossen Vermutung, dass es bessere Formen menschlicher Gemeinschaft gibt.** *214 S., Luchterhand, 1978, früher 26 Fr., jetzt 9.80 Fr.* **Nr. 900**

In Tagebuchnotizen, Auszügen aus den Statuten, der Betriebsverfassung, in Protokollen und Szenen aus dem Alltag der Genossenschaft «Kreuz» in Solothurn werden Beweggründe der Mitglieder geschildert, in der Gruppe zu arbeiten, ihre Vorstellungen vom Alltag und die Auseinandersetzungen, die von Anfang an ebenso unvermeidlich wie notwendig sind.

INFOTHEKE

Zugegeben, unsere

für Genies(ser)

sind manchmal anspruchsvoll, besonders das in jeder Nummer um ein anderes aktuelles Thema kreisende **Kreuzworträtsel.** Dafür sind aber die Preise verlockend: Gewinnen Sie «konzept»-(Geschenk-)Abonnemente!

Wir haben eine Liste zusammengestellt von Ärzten, welche die Abgabe der Pille und anderer Verhütungsmittel liberal und unkompliziert handhaben.
Ausserdem ist ein Merkblatt erhältlich für den Fall, dass ein Schwangerschaftsabbruch in Betracht gezogen werden muss. Sie finden darauf Informationen über Kliniken und Ärzte im In- und Ausland. Erfahrungen, die mit diesen Adressen gemacht werden, finden etwa halbjährlich ihren Niederschlag in einer Neuauflage dieses Merkblatts.
Diese Unterlagen können Sie gratis beziehen. Richten Sie Ihre Bestellung an die Redaktion, und legen Sie ein adressiertes und frankiertes Antwortcouvert bei.

Was lesen

80 000 Neuerscheinungen pro Jahr allein auf dem deutschsprachigen Büchermarkt machen einem die Auswahl nicht gerade leicht.

bücher service

Für Leser auf dem Land, für Faulenzer und Stubenhocker liefert «das konzept» jedes bestellte Buch nach Hause (bezahlen Sie erst nach Erhalt der Rechnung!).

Jeden Oktober gibt «das konzept» eine spezielle

Literatur-Beilage

heraus, die ebenso wie die

Filmbeilage

im Januar allen Abonnenten und Kioskkäufern als Sonderleistung ohne Aufpreis eine Fülle von Informationen aus kompetenter Feder bietet.

Gratis sind Kleininserate in der Rubrik

Fahre Ende Juli mit meinem Auto **von Zürich nach Spanien** und Ende Oktober wieder zurück. Wer möchte mich auf meiner Fahrt begleiten? Antoine (071) . . . . . (abends).

Liebst du den Süden, das Meer, die Natur und die Freiheit? **Diskutierst und philosophierst du gerne?** Mir, einem 22jährigen Mädchen, fehlt ein **unternehmungslustiger Partner für die Sommerferien.** Ruf doch mal an! Tel. (073) . . . . . .

Wär chonnt mit mer uf **Italie** i de Zit vom 1. bis 13. Septämber (vilicht uf länger)? Mit

Kurze Hinweise auf Hörenswertes.
Das Thema «Medien» ist einer der Schwerpunkte des «konzepts». Auf der «Infotheke»-Seite begnügen wir uns deshalb auch beim Fernsehen mit einer knappen Übersicht. Hintergründe finden Sie anderswo im Blatt.

Alle andern Kleininserate kosten

nur 10 Franken,

wenn Sie den in jeder Nummer abgedruckten Talon benützen (evtl. Chiffregebühr: 5 Franken Zuschlag):

Sehr günstig abzugeben **1 Öf-Ausgangs-Uniform** (Schw. Uniformenfabrik). **1 Ausgangsmantel, 1 Öf-Uniform** (KTA), **1 Öf-Mütze** (Ausgang). Die Kleider sind sehr gut erhalten, da wenig gebraucht. Tel. Nr. (01) . . . . . .

Dissertation über ein wintersportliches Thema! Biete unter einer Bedingung (nicht finanzieller Art) entsprechenden Stoff an. Hans . . . . . 8026 Zürich, (01) . . . . . .

Boy (22/180), Student, blond, unerfahren, zärtlich und sehr scheu, sucht lieben Jeans- und-Leder-Boy, der ihn **in die Künste der Zärtlichkeit** führt. Jede Bildzuschrift wird beantwortet. Chiffre . . . . . .

Individualistin (29, schlank, sportlich, vielseitig interessiert) sucht **Kontakt mit aufgeschlossenen Frauen** (ca. 25-35j.) für gute Gespräche, Besuch von kulturellen Veranstaltungen. Chiffre . . . . . .

Mein Wunsch: attraktiven Mann, Akademiker, ung. 37–43j., kennenzulernen **für sorgfältige Partnerschaft** mit lebendigem Gedanken- und Gefühlsaustausch. Ich: Frau, 161 cm, mit Hochschulbildung. Bildzuschrift an Chiffre . . . . . .

Suche für ca. 1 Jahr (April 80–81) Wohnmöglichkeit in Zürich. Komme aus der BRD und möchte hier 2 Gastsemester an der Uni machen (. . . aber nicht **nur!** . . . sondern . . . lieber leben & lernen . . . z. B. mit netten Leuten zuammen . . .). Chiffre . . . . . .

Wir (♀/♂ und 3 Mte. altes Kind) suchen **ab sofort Platz in WG oder Hausgemeinschaft** (Bern und Umgebung). Tel. (031) . . . . . .

Für WG mit Behinderten gesucht: Paar oder Einzelperson mit Kleinkindern. In Bern, ab Sommer 1980. Auskunft unter Nummer (031) . . . . . .

Wir suchen auf abgelegenen Berghof (auch Sitz des Ökojournals) **Person mit Lehrerpatent** mit möglichst viel Erfahrung mit Kindern und im Leben überhaupt. Seltene Gelegenheit, Kinder ausserhalb der Schulinstitution zu erziehen. Näheres bei Ökojournal, 9128 Bächli, Tel. (071) . . . . . .

«konzept»-Leser(in) sein heisst Monat für Monat eine Zeitung voller Überraschungen am Kiosk oder im Briefkasten finden, es bedeutet aber auch

- **mit Tausenden von Lesern in Kontakt zu stehen und sie mit Kleininseraten (aber auch Leserbriefen, Artikeln und Bildern) ansprechen zu können und,**
- **wenn's brennt, Informationen über Ärzte und Juristen zu erhalten, die in der Nähe wohnen und Hilfesuchende nicht als Goldesel betrachten, sondern als Partner anerkennen.**

Die *«Infotheke»* fasst jeden Monat die Dienstleistungen der «konzept»-Redaktion zusammen.

Veranstaltungen

Aus dem riesigen Angebot treffen wir eine Auswahl von Ereignissen, die uns besonders interessieren. Ein Tip: Wenn Sie selbst Veranstalter von Tagungen, Konzerten, Demonstrationen, Filmzyklen, Festen etc. sind, vergessen Sie nicht, uns darüber zu informieren – je früher, desto besser!

Wenn Sie einen fortschrittlichen Juristen mit Ihrem Einkommen angepassten Tarifen suchen,

rufen Sie uns an! Wir kennen auch Spezialisten für knifflige Rechtsfragen (Tel. 01/ 47 75 30).

Impressum
das konzept, die Monatszeitung, Weinbergstr. 31, 8006 Zürich, 01 47 75 30
Redaktion: siehe Bild auf der ersten Seite
Erscheinungsweise: 11 mal jährlich, ca. Mitte Monat, keine August-Nummer.
Auflage: 32 000
Abonnemente: Pro Jahr (11 Nummern) 20 Fr. (Ausland 28 Fr.)
Inserate: Inseratenverwaltung «das konzept», Weinbergstr. 31, 8006 Zürich 01 47 75 30. Gültigen Tarif bitte verlangen.
Druck und Versand: Tages-Anzeiger, Zürich

das konzept Lesensluss

DIE MONATSZEITUNG AM KIOSK

Alles was Recht ist ...

Hier schreiben unsere juristischen Mitarbeiter zu aktuellen Fragen der Gesetzgebung und der Rechtsprechung, über Macht und Machtlosigkeit, über den «freiheitlich-demokratischen Rechtsstaat» und seine Auswüchse.

HINTERGRUND

«konzept»-Artikel sind keine Eintagsfliegen. Deshalb weisen wir an dieser Stelle auf frühere «konzept»-Berichte hin, welche Hintergrundinformationen für wichtige aktuelle Fragen bieten. Die Nummern sind bei der Administration gegen 2 Fr. in Briefmarken erhältlich. «das konzept», Weinbergstr. 31, 8006 Zürich.

Spots

Ein Spotlight auf Kuriositäten, Scheusslichkeiten, dunkle Machenschaften, Macht-, Amts- und andere Missbräuche . . .

«Nach den heutigen Erkenntnissen der medizinischen Wissenschaft erscheint der derzeit geltende Blutalkoholwert von 0,8 Gewichtspromillen zu hoch. Unter Berücksichtigung sämtlicher Umstände erachten wir eine Herabsetzung auf 0,5 Gewichtspromille als notwendig.» Das ist die Auffassung der vom Bundesrat eingesetzten Experten – zwei bekannten Gerichtsmedizinern, die sich in ihrer beruflichen Tätigkeit tagtäglich mit den verheerenden Auswirkungen von Alkohol am Steuer zu beschäftigen haben. Trotzdem hat der Bundesrat beschlossen, an der bisherigen Promillegrenze von 0,8‰ festzuhalten. Begründet wird dieser Entscheid mit dem Hinweis auf die offen geäusserten Bedenken der Polizei, die Feststellung niedrigerer Blutalkoholkonzentrationen würden Schwierigkeiten bereiten. – Viel leichter sei es dagegen, die paar von Besoffenen zu Tode gefahrenen Menschen von der Strasse zu räumen . . .

TIP·TIP·TIP

Die Spalte für kurze Hinweise auf kritische, hilfreiche, aussergewöhnliche oder sonst der Redaktion beachtenswürdig erscheinende Publikationen, Aktionen, Institutionen (Veranstaltungen siehe «Infotheke»).

Entwicklungspolitik

Die Erklärung von Bern gibt in unregelmässiger Folge Papers über Entwicklungsländer und entwicklungspolitische Fragen heraus. Die ersten zwei Dossiers der Reihe «Beiträge zur entwicklungspolitischen Diskussion» sind Bangladesh und der Haltung der Schweiz gegenüber der dritten Welt gewidmet.

Erhältlich bei: Erklärung von Bern, Gartenhofstr. 27, 8004 Zürich (Tel. 01/242 69 00), für 3.50 Fr. pro Nummer.

Nach dem Knast –?

Um eine rasche und wirkungsvolle Resozialisierung und Integration entlassener Strafgefangener bemüht sich die «PRO-RE-INT», eine Organisation der Hilfe zur Selbsthilfe, welche von einem Inhaftierten der Strafanstalt Regensberg ins Leben gerufen worden ist. Die «PRO-RE-INT» sucht Wohngemeinschaften, die bereit sind, einen Strafentlassenen oder Behinderten bei sich aufzunehmen. Schriftliche Unterlagen können bei *Peter Frischknecht, Postfach 75, 5600 Lenzburg,* angefordert werden.

Filme für Schulen, Diskussionen etc.

Möchten Sie hin und wieder Filme für Diskussionen, Veranstaltungen oder in der Schule einsetzen? Die Visionierungsweekends der Schweiz. Arbeitsgemeinschaft Jugend und Massenmedien (AJM) bieten auch dieses Jahr wieder Gelegenheit, die wichtigsten, 1979/80 in den Verleih gekommenen Schmalfilme (16 mm) kennenzulernen. Das Programm umfasst kurze, mittellange und lange Zeichentrick-, Dokumentar- und Spielfilme zu den verschiedensten Themenkreisen; Filme, die sich für die Bildungsarbeit mit Jugendlichen und Erwachsenen eignen. Das Weekend wird den Lehrern in den meisten Kantonen als Weiterbildung angerechnet.

Vorführorte sind:
Zürich u. Rorschach, 13./14. September 1980
Basel, 27. September 1980
Programme und Anmeldung:
AJM, Postfach 4217, 8022 Zürich
Tel. (01) 242 18 96

das konzept *Kurzinterview des Monats*

Klipp und klar und kaum gelogen

Hier haben unsere Zeitgenossen aus Feld und Wald, die Dunkelmänner und Mattscheibenleuchten das Wort frei.

Heute mit der hohen Regierungspersönlichkeit Georges-André Pferdlatz

«das konzept»: Sie sind wütend, Herr Pferdlatz?

G.-A. Pferdlatz: Eggsaggtemang. Mein Gollege Willi, dieser emporkömmlische Sprüschegloplfer, hat sich erdreistet, sisch gegenüber meinem charmanten königlischen Besüsch – wie soll isch sagen – aufs ooee Pferd zu setzen, das war dosch meine Aufgabe, nomen est omen . . .

Sie sprechen seine Rede zum Tag der Arbeit an?

C'est ça!

Aber Sie haben doch das Schlimmste noch verhindern können, wie wir hörten?

Wui, Wui, isch aabe ihm gesagt, in diesem Annee ist der Premier Mai nischt der Tag der Arbeit, sondern der Tag der Nischt-Arbeiter. Willi, dem isch ja schon ein soo grosses Losch in der Trésorerie geschenkt habe, hat verstanden, dass das ein Befehl war. So aat er in seiner Rede ein paar Löscher gemacht und nicht alles gesagt, was er daschte.

Statt dessen haben Sie in Ihrer Rede zur Begrüssung des königlichen Besuchs gesagt: «Die Grande-Bretagne ist eine Insel, und La Suisse will eine sein . . .»

Tutt a fee, eine Insel für alle schiffbrüschigen Gönige, Dictateurs und ihre Vermögen . . .

AUFGELESEN

Hier finden Sie Zitate aus anderen Druck-Erzeugnissen. Unsere Auswahl ist zufällig; eher auffällig ist, wie leicht es ist, dieser Rubrik «würdige» Texte aufzulesen . . .

Wie «männlich» Frauen schreiben können (vielleicht, weil sie in einer virilen Umgebung sind):

«In Griechenland ist die ausländische Weiblichkeit im Handumdrehen an den – griechischen – Ferienmann gebracht. Hier findet, wie die Umgangssprache sagt, jeder Topf seinen Deckel.»

Christa Kroha in der «NZZ» vom 23. 8. 79

*

Da beschreibt einer den Aufstand eines Bergstamms im Nordosten Indiens vom für heutige Verhältnisse doch ungewohnt hohen Ross des zivilisierten Westeuropäers aus: «Eine merkwürdige Gesellschaft, diese Khasis», meint der weitgereiste Journalist alles in allem befremdet, hat er doch bei diesem indischen Bergstamm so Exotisches wie «vor Selbstbewusstsein strotzende Frauen» entdeckt. Der Khasi-Stamm ist eine der letzten noch weithin intakten Matriarchatsgesellschaften auf diesem Globus.

«Die Männer sind eher traurige Erscheinungen, oft der Trunksucht verfallen, was kaum zu verwundern vermag, wenn man um ihren kümmerlichen Familienstatus weiss. Macht und Besitz werden bei den Khasis von Frau zu Frau vererbt . . .»

In unseren Breitengraden ist der Alkoholismus von Frauen nach wie vor stark im Steigen begriffen . . .

Olaf Ihlau im «Tages-Anzeiger», 16. Juni 1980

Unser Briefkasten für Ahnungslose

Lieber Onkel Adolar!

In einer Zeit zunehmender politischer und wirtschaftlicher Unsicherheit sehen wir uns immer mehr vor brennende Fragen gestellt, die gebieterisch eine klare Antwort erheischen. Kein Blatt von Rang und Namen kann da abseits stehen, wo ein dringendes Informationsbedürfnis zu stillen ist. Wir freuen uns daher, unseren geschätzten Lesern die Dienste Onkel Adolars, eines versierten Kenners der Materie, zur Verfügung stellen zu können. Er wird mit Rat und Tat beistehen, wo es gilt, Dinge ins rechte Licht zu rücken.

*

Ja, lieber *A. J.* in Z., Sie haben ihn richtig verstanden, unseren unkonventionellen EMD-Chef und heurigen Bundespräsidenten G.-A. Chevallaz. Er hat tatsächlich an der Gedenkfeier für den Rütlirapport des verstorbenen Generals H. Guisan Ihre Auffassung bestätigt, dass es «nicht die Anhänger der Gewaltlosigkeit» seien, die uns «ein glückliches und ein freies Land bewahren helfen». Auf Anfrage hat mir der Zürcher Stadtpräsident Sigi Widmer auch bestätigt, dass er den Wink mit dem Zaunpfahl sehr wohl verstanden habe und ab sofort nur noch Demonstrationen mit garantierter Gewaltanwendung bewilligen werde. Im übrigen teile er die Meinung von G.-A. Chevallaz schon lange und habe deshalb auch in der Vergangenheit immer wieder Polizei gegen die Anhänger der Gewaltlosigkeit eingesetzt, um die Anwendung von Gewalt zu ermöglichen.

Ihr Onkel Adolar

A-Z. 8006 Zürich Weinbergstr. 31 ✆ (01) 47 75 30 | 9. Jahrgang | Gratisprospekt | sonst 2 Fr.

das konzept

DIE MONATSZEITUNG

Warum eine eigene Zeitung?

NEU! INFOTHEKE Seite 2

LESENSLUST Seite 3

keine Tabus Seite 4

WER ZAHLT, BEFIEHLT!

In der Schweizer Wirtschaft gilt: «Wer zahlt, befiehlt!» Für die Schweizer Demokratie ebenso. Und für die Journalisten «eine verantwortungsvolle Berichterstattung».

Das Beispiel Jugendbewegung zeigt, wie schnell Inserate für unbotmässige Zeitungen abgestoppt werden. Für kritische Journalisten ist es deshalb schwierig, Informationen und Analysen in die Zeitung zu bringen, welche die herrschende Ordnung in Frage stellen.

Schweizer Presse? Ihre Freiheit ist zwar in der Bundesverfassung verankert, ihr Überleben jedoch hängt zum grössten Teil vom Inseratenzufluss aus der Wirtschaft ab. Deshalb ist es für die Zeitungsverleger nicht ratsam, gegen den Strom zu schwimmen. Im Wettbewerb um das dicke Inserategeschäft verordnen sie ihren Journalisten «eine verantwortungsvolle Berichterstattung».

Die «konzept»-Macher (von links nach weiter links): Erich Meier, Liselotte Suter, Georg Hodel, Reinhard Schärer, Daniel Wiener, Ruedi Küng, Fredi Hänni, Marianne Fehr

Zusammenhänge statt Leerformeln

Gegen den täglichen Trott

Manchmal beneiden wir vom «Konzept» jene, die Tageszeitungen machen. Sie sind, so scheint's, näher am Puls des Zeitgeschehens, können unverzüglich Stellung beziehen zu allem, was unter den Nägeln oder im Herzen brennt. Aber: Wenn wir uns durch ein halbes Dutzend Tageszeitungen durchgelesen haben, ist uns unsere Aufgabe als Monatszeitung wieder lieb. Wir können längst nachdenken und deshalb versuchen, gängige Leerformeln zu vermeiden.

Zwar tönt es einprägsam, wenn zum Beispiel der «Tages-Anzeiger» schreibt: «In Polen wurde der Kommunismus demaskiert», aber wenn man die Forderungen der Streikenden genauer anschaut, ist es nicht mehr so einfach. Da werden «3 Jahre bezahlter Mutterschaftsurlaub» gefordert, etwas was bisher nur in sozialistischen Staaten verwirklicht wurde. Und wenn die «NZZ» den «demokratischen Aufstand in Polen» bejubelt, dann fragen wir, welch rebellische Demokratie die «NZZ» auf einmal vertritt. Solche Fragen sind sicher nicht das Neueste vom Neuen. Aber sie stellen sich hartnäckig, und wir bemühen uns, sie hartnäckig in ihren Zusammenhang zu stellen. Ohne Anspruch auf richtige oder gar endgültige Antworten, aber mit der Hoffnung «steter Tropfen höhlt den Stein».

Für uns bleiben Menschenrechte für Mann und Frau, AKW und dritte Welt, Emanzipation und soziale Ungerechtigkeit aktuell, auch wenn sie keine Schlagzeilen in der Tagespresse haben. Mit gründlichen Analysen, sorgfältigen Recherchen und brisanten Dokumenten versuchen Schreiber und Schreiberinnen neue Informationen, Einsichten und Veränderungsmöglichkeiten zu vermitteln. Bissige Photomontagen und Karikaturen decken Blössen auf, und hie und da gelingt auch das Schwierigste, eine gute Satire.

Was bleibt möglich? Wir vom «konzept» versuchen, in einer selbstverwalteten Zeitung die Pressefreiheit wiederzufinden. Auch für uns gibt's die rauhe wirtschaftliche Wirklichkeit, in der wir bestehen müssen. Aber wir bestimmen selbst, wie wir das anstellen:

- Wir nehmen zum Beispiel Inserate in unsere Zeitung auf, um die Preise für Jahresabo und Einzelnummern tiefzuhalten (20/2 Franken), aber wir sind nicht von unseren Inserenten abhängig.
- Wir werben neue Leser, damit wir die Kosten für eine immer umfangreichere Zeitung decken können.
- Wir zahlen uns Löhne, die uns nicht erlauben, Fett anzusetzen oder die kampfeslustige Stimmung zu verlieren
- und vor allem versuchen wir eine Zeitung zu machen, die von hellhörigen Menschen verlangt und gelesen, kritisiert und unterstützt wird.

Photomontage: Walter Erb

Seit 8 Jahren veröffentlichen wir monatlich, was uns unter den Nägeln brennt.

Viele Schreiber und Zeichner helfen uns dabei, zum Beispiel Bahro, Biermann, Bisig, Brodmann, Frisch, Frischknecht, Grasso, Hehlen, Held, Hürzeler, Jungk, Leiter, Mattiello, Meienberg, Muschg, Parnass, Senghaas, Seiler, Sigg, Strahm, Stürm, Truninger, Wallraff, Walter, Werren, Ziegler . . .

ohne Tabu

das konzept die Monatszeitung

Menschenwürde: Der Kampf von Amnesty International (10/79)
Kindsmisshandlung: Foltermethoden in Schweizer Kinderzimmern (4/80)
Die Linksparteien: Aktive erklären, warum sie in einer Partei sind (10/79 u. 11/79)
Vergewaltigung: Peggy Parnass: «Das Schrecklichste ist der Angriff auf die Seele» (6/80)
Wehrbereitschaft: Exklusivdokumente über die nationale Gesamtverteidigungsübung (2/80)
Entwicklungsländer: Agrochemie und «grüne Revolution» (2/80)
Arbeitsmedizin: Wer schützt die Gesundheit der Arbeiter? (mit Exklusivdokument) (11/79)
Das «NZZ»-Jubiläum: Unsere reichbebilderte Festschrift (2/80)
Gefängnisse: Champ-Dollon, ein Treibhaus für Selbstmorde (7/79)
Volkspension: 2. Säule – Ruine im Aufbau (5/80)
AKW: Die Gösgen-Hearings: Teilnehmer ziehen Bilanz (3/80)
Selbstverwaltung: Jugoslawiens Reise in die Zukunft (11/80)
Homosexualität: Erlebnisbericht: «Ich könnte ebensogut Schweinehund schreiben» (5/80)
Das EMD-Archiv: Enthüllungen über Ernst S., von Niklaus Meienberg (10/79)
Jugendbewegung: Die grosse Wut und ihre klammheimlichen Freunde (6/80)

Dafür wird «das konzept» kritisiert und ermuntert, beschimpft und gelobt – vor allem aber gelesen; «das konzept» hat heute 2mal so viele Abonnenten wie vor 2 Jahren und 4mal so viele wie vor 4 Jahren. Entscheiden Sie mit, ob wir so weitermachen sollen:

Kaufen Sie jetzt am Kiosk

oder abonnieren Sie schon jetzt

bis Ende 1981

☐ **ab Oktober 1980 für 24 Fr.**
☐ **ab Nov. od. Dez. 1980 für 22 Fr.**
☐ **ab Januar 1981 für 20 Fr.**

(Zutreffendes ankreuzen)

Name _____ Vorname _____

Strasse _____ PLZ/Ort _____

Unterschrift _____

Talon an:
«das konzept», Weinbergstr. 31, 8006 Zürich